

Fuchs-Schündeln, Nicola (Ed.)

Periodical Part

Körper: Gesundheit - Selbstbestimmung - Protest

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fuchs-Schündeln, Nicola (Ed.) (2024) : Körper: Gesundheit - Selbstbestimmung - Protest, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 186 (4/24), https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2024_186.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327967>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

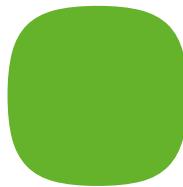
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

4|24

Dezember 2024

wzb.eu



Körper

Gesundheit

Selbstbestimmung

Protest





Anatomie der Gesellschaft

Der Körper. Ist das nicht eher ein Thema für eine natur- oder lebenswissenschaftliche Zeitschrift? In den Sozialwissenschaften geht es um die Interaktion zwischen den Menschen – spielt der Körper dabei eine Rolle?

Diese Frage beantworte ich entschieden mit „Ja“. Allein schon, weil wir den Menschen nicht vom Körper trennen können. Am WZB behandeln wir Themen wie Migration, Bildung, Demokratie, Ungleichheit, Zusammenhalt der Gesellschaft, Klimawandel, Digitalisierung etc. Alle diese Themen berühren direkt die Körper der Menschen: Flüchtende setzen oftmals ihr Leben aufs Spiel, auf überfüllten Booten im Meer, in Wüsten oder Dschungelgebieten. Die Schulschließungen während der Pandemie haben die psychische und physische Gesundheit einer ganzen Generation massiv belastet. Anne Case und Angus Deaton erklären die sinkende Lebenserwartung weißer Männer in den USA mit „Deaths of Despair“, also Suiziden und Tod durch Drogen, ausgelöst durch sich verschlechternde Lebensumstände. Körperliche Bedrohungen in der politischen Protestbewegung scheinen zuzunehmen. Steigende Temperaturen machen das Bewohnen mancher Regionen fast unmöglich. All dies sind nur Beispiele. Wir können Menschen nicht ohne ihre Körper denken.

Auch in meiner Amtsantrittsrede im September kam der Körper vor. Universitätskliniken sind deswegen so erfolgreich in der Erforschung und Behandlung noch der bedrohlichsten Krankheiten, weil sie unterschiedliche Disziplinen unter einem Dach vereinen. Ursachen und Symptome von Krankheiten sind vielfältig und wirken aufeinander ein. Körper sind komplizierte Konstrukte – und ebenso verhält es sich mit der Gesellschaft. Daher ist Interdisziplinarität auch in den Sozialwissenschaften für mich unabdingbar, um die gesellschaftlichen Herausforderungen anzugehen. Die Stärke des WZB besteht darin, viele Disziplinen unter einem Dach zu vereinen. Fast wie eine Universitätsklinik für die Gesellschaft.

Nicola Fuchs - Schündeln
Nicola Fuchs-Schündeln
Präsidentin

Inhalt 4|24

Dezember 2024

Editorial

- 3 Anatomie der Gesellschaft**
Nicola Fuchs-Schündeln

Titelthema

- 6 Saubere Luft, gesunde Kinder**
Der Effekt von Umweltzonen in Städten
ist messbar
Felix Holub

- 10 Die Welt kommt auf die Füße**
Neuer Rückhalt für ein altes Verkehrsmittel
Andreas Knie

- 14 Der normierte Körper**
Eine Analyse von Lehrplänen und medizinischen Richtlinien rund um Reproduktion
Anna E. Kluge und Mio Tamakoshi

- 19 Viele Betroffene, wenige Daten**
Wie Reproduktionspolitik die Gesundheit von Frauen beeinflusst
Rohan Khan und Hannah Zagel

- 23 Versprechen und Wirklichkeit**
Die Grenzen des Gewaltschutzgesetzes
Paula Edling und Michael Wräse

- 28 Richtlinien, Reflexion, Konsens**
Körperlichkeit und Machtkritik an künstlerischen Hochschulen
Marina Fischer

- 32 Angst, Stress, Depressionen**
Was die Akzeptanz psychologischer Unterstützung fördert
Francesco Capozza

- 36 Wie eine neue Pandemie**
Dass Aufmerksamkeitsdefizite weltweit zunehmen, hat nicht nur medizinische Gründe
İrem Tuncer-Ebetürk, Jessica Kim und Yasemin Soysal

- 40 Die Gesundheit der Wendekinder**
Unterschiede zwischen Ost und West auf lange Sicht
Lara Bister

- 44 Körper und Widerstand**
Protestcamps in autoritären Regimen
Anna Frühstorfer, Ismael Benkrama und Rebecca Kittel

Aus der aktuellen Forschung

- 48 Bestechung und Bomben**
Korruptionsbekämpfung dient auch der nationalen Sicherheit
Daniel Auer und Daniel Meierrieks

- 51 Mangelware Arbeitskraft**
Wie Personalengpässe entstehen und wie ihnen begegnet werden kann
Lianara Dreyer, Mario Michael Ottaiano und Jonas Ferdinand

Das WZB

Aus dem WZB

- 55** Danke, Jutta Allmendinger!
- 58** Personen/Veranstaltungen
- 61** Kohli-Preis
- 62** Vorgestellt
- 64** Nachlese/Impressum

Zu guter Letzt

66 Nicht rekordverdächtig

In Sachen Inklusion liegt Deutschland weit hinten
Steffen Huck

WZB|Mitteilungen online

Voller Körpereinsatz

Dieter Rucht über die physischen Komponenten von Protest (Audio)

Mode und Masse

Alexander D. Hoppe über seine ethnografische Arbeit in der Fashion-Branche

Diese Beiträge finden Sie im Online-Bereich der WZB-Mitteilungen: wzb.eu/magazin-koerper

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 200 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte – Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



WZB



Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

**Sie können die Printausgabe der WZB-Mitteilungen kostenfrei abonnieren.
Schreiben Sie einfach eine E-Mail an:
presse@wzb.eu.**

Saubere Luft, gesunde Kinder

Der Effekt von Umweltzonen in Städten ist messbar

Luftverschmutzung ist ein ernsthaftes Gesundheitsproblem. Feinstaub beeinträchtigt die Entwicklung der Atemwege – teils langfristig. Welche gesundheitlichen Folgen hat es, in schlechter Luft aufzuwachsen? Die schrittweise Einführung von Umweltzonen in deutschen Städten bietet die einmalige Gelegenheit, die Antwort auf diese Frage mit einem Preisschild zu versehen.

Felix Holub

Seit 2008 sind in vielen deutschen Städten Umweltzonen eingeführt worden. Diese Zonen beschränken den Zugang für ältere, emissionsstarke Fahrzeuge, insbesondere Dieselfahrzeuge mit hohen Schadstoffemissionen. Ziel ist es, die Belastung durch Feinstaub und Stickoxide zu reduzieren, um die von der EU vorgegebenen Luftqualitätsstandards einzuhalten und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Deutschland mit seinen zuletzt 37 Umweltzonen war Vorreiter bei dieser politischen Maßnahme. Inzwischen wurden aber unter anderem in Städten wie Madrid, Paris oder Rom vergleichbare, häufig sogar deutlich strengere Umweltzonen eingeführt, die die allermeisten Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor aus den Innenstädten verbannen.

Zusammen mit fünf Kolleg*innen habe ich untersucht, wie sich Umweltzonen langfristig auf die Gesundheit von Kindern auswirken. Konkret wollten wir herausfinden, ob Kinder, die während der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr durch das Vorhandensein einer

Umweltzone einer geringeren Feinstaubbelastung ausgesetzt waren, längerfristig eine bessere Atemwegsgesundheit aufweisen als Kinder ohne diesen Schutz.

Umweltzonen erschienen vielen Städten und Landkreisen als relativ einfache Maßnahme, die vor allem durch den Verkehr bedingten, deut-

„Dass Umweltzonen in verschiedenen Städten zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt wurden, ermöglichte uns ein quasi-experimentelles Design“

lich zu hohen Feinstaubbelastungen zügig abzusenken. Werden regelmäßig EU-Standards zur Luftqualität verletzt, können durch die



Kinder, die in sauberer Luft aufwachsen,
brauchen weniger Medikamente gegen
Atemwegserkrankungen.

Foto: © Stella Blackmon/New York Times/
Redux/laif, alle Rechte vorbehalten.

Europäische Kommission spürbare Strafen verhängt werden. Die Einführung der Umweltzonen erfolgte in verschiedenen Städten zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Das bot uns die Möglichkeit, die Auswirkungen der verbesserten Luftqualität auf die Gesundheit von Kindern in einem quasi-experimentellen Design zu untersuchen: Wir konnten Regionen mit und ohne Umweltzonen vergleichen und so den Einfluss dieser Maßnahme messen.

Unsere Untersuchung basiert auf Abrechnungsdaten des Wissenschaftlichen Instituts der AOK. Wir analysierten medizinische Informationen der Krankenkasse aus den ersten 5 Lebensjahren von rund 480.000 Kindern aus 107 Landkreisen und kreisfreien Städten, die zwischen 2006 und 2012 geboren wurden – ein Zeitraum, in dem besonders viele Umweltzonen eingeführt wurden. Der zentrale Ansatz unserer Studie war der Vergleich von Geburtskohorten, also von Kindern, die kurz vor und kurz nach der Einführung einer Umweltzone in ihrer Region geboren wurden. Diese beiden Gruppen unterscheiden sich hauptsächlich in einem Punkt: ob sie während der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr von der durch eine Umweltzone verbesserten Luftqualität profitierten. Langfristige, teils unbeobachtete Faktoren wie die medizinische Versorgung oder regionale Besonderheiten blieben rund um die Einführung einer Umweltzone konstant. So konnten wir sicherstellen, dass beobachtete Unterschiede in der Gesundheit tatsächlich auf die veränderte Luftqualität zurückzuführen sind und nicht auf andere Einflüsse.

Die Gesundheitsdaten enthalten detaillierte Informationen über die verschriebenen Medikamente der Kinder, einschließlich der Anzahl und Kosten aller Rezepte. Wir konzentrierten uns auf Medikamente zur Behandlung von Atemwegserkrankungen, insbesondere von Asthma. Zusätzlich nutzten wir Luftqualitätsdaten des Umweltbundesamtes, das genauen Stationsmessdaten über die Feinstaubbelastung in den jeweiligen Regionen bereitstellt (angegeben wird die Konzentration von Partikeln, die kleiner als 10 Mikrometer sind – kurz „PM10“). So konnten wir die tatsächlichen Veränderungen der Luftqualität im Zusammenhang mit der Einführung der Umweltzonen präzise erfassen. Unsere Analyse berücksichtigte zudem kurzfristig variierende demografische und sozio-ökonomische Faktoren sowie Wetterdaten. Dies war wichtig, um sicherzustellen, dass die beob-



Felix Holub ist Postdoktorand in der Forschungsgruppe *Inequality, Social Mobility and Growth* am WZB. Seine Forschungsinteressen liegen in der Arbeits- und Umweltökonomie.

felix.holub@wzb.eu

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

achteten Effekte tatsächlich auf die verbesserte Luftqualität zurückzuführen waren und nicht durch andere Variablen verfälscht wurden.

Die Einführung von Umweltzonen führte tatsächlich zu einer signifikanten Verbesserung der Luftqualität. Konkret sank die durchschnittliche Feinstaubkonzentration (PM10) im ersten Lebensjahr der Kinder um etwa 4,7 Prozent. Unsere Untersuchung ergab, dass selbst diese relativ moderate Reduktion einen deutlichen Einfluss auf die Gesundheit der Kinder im Kleinkindalter hat. Über einen Zeitraum von 5 Jahren benötigten die Kinder, die nach der Einführung der Umweltzonen geboren wurden, durchschnittlich 3,5 Prozent weniger Medikamente zur Behandlung von Atemwegserkrankungen im Vergleich zur Kontrollgruppe. Besonders auffällig war der Effekt bei Asthamedikamenten, wo der Bedarf um 13,1 Prozent sank. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die verringerte Feinstaubbelastung zu einer spürbaren Verbesserung der Atemwegsgesundheit führt.

Interessanterweise ist dieser Effekt nicht primär darauf zurückzuführen, dass weniger Kinder an Atemwegserkrankungen litten, sondern dass betroffene Kinder weniger schwere Symptome aufwiesen und somit weniger Medikamente benötigten. Dies deutet darauf hin, dass saubere Luft während der Schwangerschaft und im Säuglingsalter Krankheitsverläufe im späteren Alter mildert und die Lebensqualität nachhaltig verbessert.

Ein bemerkenswertes Ergebnis unserer Studie ist, dass die positiven gesundheitlichen Effekte nicht unmittelbar nach der Geburt sichtbar wurden. Im ersten Lebensjahr zeigten sich noch keine signifikanten Unterschiede zwis-

chen den beiden Kindergruppen. Erst ab dem zweiten Lebensjahr traten deutliche Unterschiede auf. Die Kinder, die in saubererer Luft aufwuchsen, benötigten in den folgenden Jahren weniger Medikamente zur Behandlung von Atemwegserkrankungen. Dieses zeitliche Muster legt nahe, dass sich die gesundheitlichen Vorteile einer besseren Luftqualität erst mit der Zeit zeigen und möglicherweise auf langfristig anders verlaufende körperliche Entwicklungsprozesse zurückzuführen sind.

„Die Unterschiede traten allerdings erst ab dem zweiten Lebensjahr auf“

schen den beiden Kindergruppen. Erst ab dem zweiten Lebensjahr traten deutliche Unterschiede auf. Die Kinder, die in saubererer Luft aufwuchsen, benötigten in den folgenden Jahren weniger Medikamente zur Behandlung von Atemwegserkrankungen. Dieses zeitliche Muster legt nahe, dass sich die gesundheitlichen Vorteile einer besseren Luftqualität erst mit der Zeit zeigen und möglicherweise auf langfristig anders verlaufende körperliche Entwicklungsprozesse zurückzuführen sind.

Die gesundheitlichen Verbesserungen hatten auch finanzielle Folgen: Die Einführung von Umweltzonen reduzierte die durchschnittlichen Kosten für Atemwegsmedikamente pro Kind über den Fünfjahreszeitraum um etwa 17,90 Euro. Hochgerechnet auf alle in unserer Studie erfassten Kinder ergibt das eine Gesamteinsparung von rund 30,5 Millionen Euro.

Diese Einsparungen ergeben sich allein aus den Medikamentenkosten. Sie berücksichtigen

also noch nicht weitere potenzielle Entlastungen wie reduzierte Arztbesuche, weniger Krankenhausaufenthalte oder geringere Fehlzeiten der Eltern am Arbeitsplatz. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteile dürften also erheblich größer sein.

Unsere Ergebnisse stehen im Einklang mit internationalen Forschungen zu diesem Thema. Schon 2011 fanden Janet Currie und Reed Walker in den USA heraus, dass Verbesserungen der Luftqualität zu besseren gesundheitlichen Ergebnissen bei Neugeborenen führten. Einige Jahre später konnte Walker mit Kollegen zeigen, dass saubere Luft im Kindesalter langfristig sogar zu höheren Einkommen beitragen kann.

Saubere Luft ist also nicht nur ein Umweltthema, sondern essenziell für die langfristige ökonomische Entwicklung. Bei der Einführung von Umweltzonen in deutschen Städten hat sich gezeigt, dass schon moderate Verbesserungen der Luftqualität nachhaltige positive Effekte auf die Gesundheit von Kindern haben können. Dabei ist interessant zu sehen, dass das Verkehrsaufkommen insgesamt gar nicht abnahm – Ziel der Maßnahmen war es vielmehr, die Anzahl schadstoffintensiver Fahrzeuge zu reduzieren. Unsere Forschungsergebnisse verdeutlichen, dass das Problem der Luftverschmutzung nicht auf entfernte Mega-Städte wie Mexiko-Stadt oder Delhi beschränkt ist. Auch in Deutschland können Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität erheblichen Nutzen stiften. ●

Literatur

Currie, Janet/Walker, Reed: „Traffic Congestion and Infant Health: Evidence from E-ZPass“. In: American Economic Journal: Applied Economics, 2011, Jg. 3, H. 1, S. 65–90.

Isen, Adam/Rossin-Slater, Maya/Walker, W. Reed: „Every Breath You Take – Every Dollar You'll Make: The Long-Term Consequences of the Clean Air Act of 1970“. In: Journal of Political Economy, 2017, Jg. 125, H. 3, S. 848–902.

Klauber, Hannah/Holub, Felix/Koch, Nicolas/Pestel, Nico/Ritter, Nolan/Rohlf, Alexander: „Killing Prescriptions Softly: Low Emission Zones and Child Health from Birth to School“. In: American Economic Journal: Economic Policy, 2024, Jg. 16, H. 2, S. 220–248.

Die Welt kommt auf die Füße

Neuer Rückhalt für ein altes Verkehrsmittel

Zu Fuß gehen ist gesund. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, Laufen liegt im Trend. Das herrschende Verkehrsrecht zeigt allerdings schnell die Grenzen auf. Alle stadtplanerische Energie in Richtung einer Stadt der kurzen Wege prallt an der Grundausrichtung der Verkehrspolitik ab: Die Straße gehört, jedenfalls in Deutschland, immer noch den Autos. Einige Überlegungen dazu, was sich ändern müsste.

Andreas Knie

Big Apple macht den Anfang: Seit November 2024 darf man in New York City bei Rot über die Straße gehen. Das Zu-Fuß-Gehen kennt dort jetzt keine Grenzen mehr! Das Motiv dahinter war allerdings kein verkehrspolitisches. Vielmehr sollte ein Diskriminierungstatbestand abgebaut werden: Mehr als 80 Prozent der Rotsünder*innen, die Strafzettel erhielten, waren nämlich Schwarze und Latinos. Vom neuen Erlass der Stadtverwaltung profitieren allerdings alle. Ab sofort gilt: freies und straffreies Überqueren der Straßen!

Das wird natürlich noch jede Menge Ärger geben – und zwar mit dem fließenden Verkehr. Denn eigentlich gehört die Straße den Autos und mit viel Abstand dann irgendwann mal den Fahrrädern. Wo kommen wir hin, wenn alle einfach mal rüberlaufen ...? Da werden Verhältnisse wie früher eintreten, als noch jeder und jede die Straße nach eigenem Belieben benutzen konnte. Alte Bilder, beispielsweise aus dem Berlin der 1920er-Jahre, zeigen das wilde Treiben damals: Alles geht, läuft und fährt durcheinander. Alte Menschen, junge Menschen, Pfer-

defahrwerke, Fahrräder und Autos, mal auf der Straße, mal daneben, mal diagonal, mal quer.

Das Verkehrsmittel Nummer eins zu jener Zeit: die eigenen Füße. Autos blieben in Deutschland lange ein Luxusgut. Der Fuß war das Maß der Dinge. Man lief zur Arbeit, zur Schule, zum Markt und auch zur Kneipe. Mangels empirischer Belege aus dieser Zeit geben zeitgenössi-

**„Eine Fahrt mit Taxi oder
privatem Auto war, als ob
Weihnachten und Ostern
auf einen Tag fielen“**

sche Romane, beispielsweise Alfred Döblins „Berlin Alexanderplatz“ plastische Einsichten in die damalige Verkehrswelt. Fast alle täglichen Wege wurden zu Fuß unternommen, die „Elektrische“ wurde nur gelegentlich genutzt, und eine Fahrt mit Taxi oder privatem Auto war, als ob Weihnachten und Ostern auf einen Tag fie-

len. Das Fahrrad war damals auch noch nicht massentauglich. Die Menschen gingen zu Fuß, und das aus beruflichen wie aus privaten Gründen, und ab und an flanierten sie auch und erhoben das Zu-Fuß-Gehen damit zu einem Kunstgenuss.

„Fußgänger müssen die Gehwege benutzen, und Fahrbahnen sind auf dem kürzesten Weg und ohne Aufenthalt zu überschreiten“

Doch Auto- und Motorradverkehr nahmen zu, und bald war Schluss mit der Anarchie auf den Straßen. Die Reichsstraßenverkehrsordnung von 1934 räumte Kraftfahrzeugen in Deutschland erstmals grundsätzlich die Vorfahrt ein; ab jetzt gehörte die Straße dem Auto. „Fußgänger müssen die Gehwege benutzen, und Fahrbahnen sind auf dem kürzesten Weg quer zur Fahrtrichtung mit der nötigen Vorsicht und ohne Aufenthalt zu überschreiten“, heißt es im Gesetzestext. Das Spielen auf der Straße wurde ganz verboten.

Fußgängerinnen und Fußgänger wurden an den Rand gedrängt, sie mussten warten und bitten, um auch mal rüberzukommen. Denn auch die ersten Lichtsignalanlagen kümmerten sich vor allem um die Regelung des fließenden Verkehrs mit Motorfahrzeugen. Der Zebrastreifen kam nach dem Zweiten Weltkrieg aus England nach

„Auch die ersten Lichtsignalanlagen kümmerten sich vor allem um die Regelung des fließenden Verkehrs mit Motorfahrzeugen“

Deutschland, die zu Fuß Gehenden hatten aber erst ab Mitte der 1960er-Jahre formal den Vorrang. In Berlin gab es einmal 1.600 solcher Querungshilfen, im Osten mehr als im Westen. Die Zahl schrumpfte allerdings bis zur Vereinigung auf gerade mal 100 – schließlich behin-

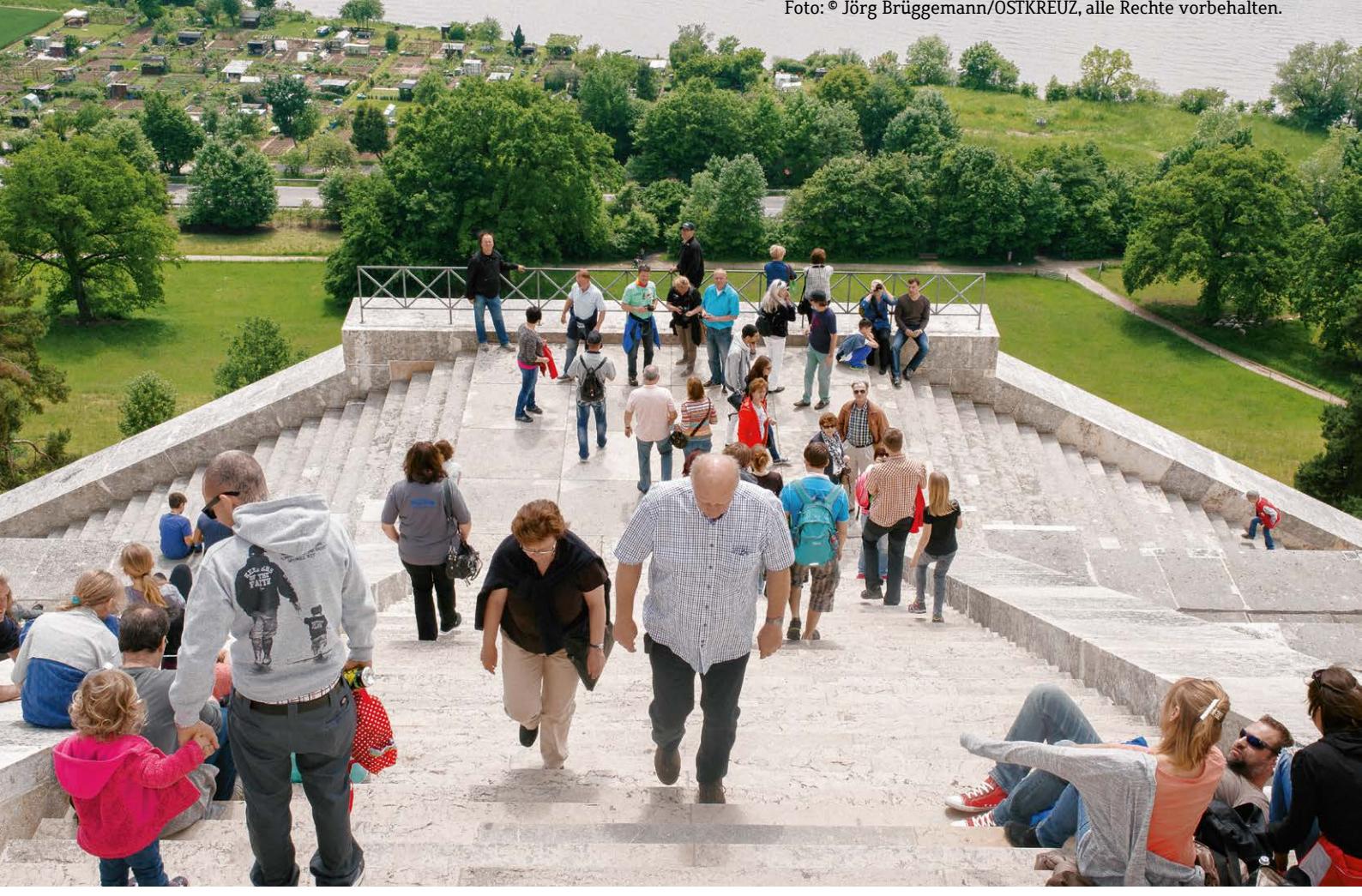


Andreas Knie ist Leiter der Forschungsgruppe *Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung* am WZB, Professor für Soziologie an der Technischen Universität Berlin und Chief Scientific Officer der Choice GmbH. andreas.knie@wzb.eu
Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

derten sie den Autoverkehr. Heute gibt es laut Senatsverkehrsverwaltung immerhin wieder 500 dieser seltenen Exemplare.

All diesen Behinderungen zum Trotz: Die Füße als Verkehrsmittel erleben seit Jahren eine Renaissance. Besonders eindrucksvoll entwickelten sich die Zahlen während der Corona-Zeit. Der Anteil der zu Fuß zurückgelegten Wege betrug über 35 Prozent, heute liegt er immer noch bei rund 28 Prozent und damit so hoch wie seit den 1950er-Jahren nicht mehr. Der Hauptgrund für diesen Anstieg waren sicher die pandemiebedingten Einschränkungen und das Bestreben, nicht in geschlossenen Verkehrsmitteln angesteckt zu werden. Aber zu Fuß zu gehen ist auch in anderen westlichen Staaten wieder schwer in Mode. Die Fitness-Welle und die vielen Apps tragen das Ihre dazu bei, indem sie täglich Schritte messen und viele Empfehlungen machen.

Insgesamt haben sich die Präferenzen der Menschen verschoben. Durch die Pandemie wurden die Schattenseiten des entfernungsintensiven Lebens- und Arbeitsstils deutlicher als Nachteil empfunden. Die damit verbundene „Raumlast“ – also die großen Entfernung, die überwiegend mit dem Pkw absolviert werden – gilt besonders dann als problematisch, wenn es Alternativen gibt. Seit dem Ende der Pandemie arbeitet rund ein Drittel der Beschäftigten mindestens an zwei Tagen orts- und zeitflexibel. Der Trend ist stabil und scheint sich auch gegenüber dem Willen der Arbeitgeber durch-



zusetzen. Dabei geht es nicht nur um „Homeoffice“, sondern auch um sogenannte Third Places, also Orte, die weder das Zuhause noch das

„Durch die Pandemie wurden die Schattenseiten des entfernungsintensiven Lebens- und Arbeitsstils deutlicher“

Büro sind. Zu diesen Orten gehen die Menschen überwiegend zu Fuß. Und zwar branchen- und hierarchieübergreifend, allerdings mehrheitlich Menschen mit höherer Bildung und überdurchschnittlichem Einkommen.

Für Stadtplaner*innen sind diese Tendenzen ein wahres Fest. Durch die Szene geistert schon seit den späten 1990er-Jahren die Idee der Stadt der kurzen Wege. Die Folgen der klassischen Moderne, also die locker gegliederte und räumlich funktional getrennte Stadt, sollen im wahrsten Sinne des Wortes „zurückgefahren“ werden. Nach den Erfahrungen der Miets-

kasernen der früheren Jahre war der Ansatz, für mehr Licht, Luft, Sonne und Hygiene zu sorgen, Wohnorte auszulagern und in Siedlungen an die Ränder der Stadt zu schieben, sehr begrüßenswert. Aber der Plan ging nicht auf. Es zeigt sich, dass Menschen doch mehr eine Mischung aus allem brauchen und sich in monofunktionalen Räumen unwohl fühlen. Jetzt werden wieder Stadtviertel gesucht, die alles, was eine Stadt zu bieten hat, zu Fuß erreichbar machen. Bei der Wahl des Wohnortes ist als entscheidendes Kriterium immer öfter zu hören: „Da kann ich alles zu Fuß machen.“

Aber man darf die Rechnung nicht ohne das Tiefbauamt machen. Die Regeln und die baulichen Umstände sind nämlich nicht so weit, diesen Trend zu unterstützen. Die geltenden Verkehrsregeln sind nicht nur in Deutschland auf die Optimierung des fließenden und des ruhenden Verkehrs ausgerichtet. Hierzulande allerdings hat das eine besondere Tradition. Denn Deutschland war viele Jahre das Land der Eisenbahn und der Motorräder und keineswegs ein Autoland. Erst in den 1960er- und 1970er-Jahren holte man auf und erreichte die Mengen an Privatfahrzeugen, die auch im europäischen

Ausland als Standard galten. Dies gelang auch deshalb, weil der öffentliche Raum ganz besonders auf die Bedürfnisse des Autos zuschnitten wurde. Die sollten störungsfrei durchkommen und vor allen Dingen auch überall parken können. Von diesem Nachholeifer hat sich Deutschland immer noch nicht erholt. Mühsam entdeckt man gerade das Fahrrad als Verkehrsmittel und versucht, dem Auto etwas Raum abzuringen. Aber die Fahrbahn bleibt immer noch tabu. Besser geht es auf den Gehwegen; hier ist der Widerstand nicht so groß, Fahrradwege können schon mal ersatzweise aufgemalt werden. Den Autofahrer*innen kommt hier nichts in die Quere – nur die Fußgänger*innen haben immer weniger Platz.

Immerhin erarbeitet das Verkehrsministerium jetzt zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine „Fußverkehrsstrategie“ der Bundesregierung. Denn plötzlich ist entdeckt worden, dass die Herausforderungen, Städte klimaresilient zu machen, den Verkehr nachhaltiger zu gestalten und dann auch noch für eine Belebung der Innenstädte zu sorgen, nicht mit noch mehr Autos zu machen ist. Dumm ist nur, dass alle Gesetze und Verordnungen zur Regulierung und Bewirtschaftung der öffentlichen

„Der Straßenraum ist noch genauso aufgeteilt wie seit 1934: Die Fahrbahn gehört den Autos“

Räume immer noch ausschließlich dem Ziel dienen, den Autoverkehr zu stärken und in seinem Fluss nicht zu behindern. Der Straßenraum ist noch genauso aufgeteilt wie seit 1934: Die Fahrbahn gehört den Autos, die zu Fuß Gehenden müssen an den Rand und sich eine Querung praktisch erbetteln. Vor allem für sehr junge und für alte Menschen sind die Städte in Deutschland nur schwer zu ertragen. Der seit einigen Jahren bemerkbare Fahrrad-

boom hat diese Situation nicht wirklich verbessert.

Immer stärker werden Forderungen laut, die Straße neu zu denken und der Königsdisziplin des Gehens den ihr gebührenden Raum zu geben. Man stelle sich eine Straße vor, in deren Mitte zu Fuß gegangen wird, mit dem Fahrrad oder auch mit dem Roller gefahren werden kann und ab und zu auch ein Auto um Durchfahrt bitten oder vielleicht auch kurz halten darf. Das Dauerparken von privaten Fahrzeugen gibt es in dieser neuen Verkehrswelt nicht mehr.

In den Niederlanden, in Belgien und auch in Skandinavien sind solche „Shared Spaces“ in einzelnen Stadtgebieten längst Realität. Können wir uns das auch für Deutschland vorstellen? Autos, die nachrangig behandelt werden, also warten müssen, bis Fußgänger durch sind? Es gibt solche Viertel, wie am Beispiel des Ber-

„Bislang traut sich noch keine Kommunalverwaltung, eine wirklich neue Straßenordnung einzuführen“

liner Graefekiez in Kreuzberg schon zu besichtigen ist. Hier fahren faktisch kaum noch Autos, hier gehen die Menschen zu Fuß oder sind mit dem Rad unterwegs. Allerdings stehen die Autos noch auf Straßenland, und das in beachtlicher Zahl. Bislang traut sich noch kein Bezirk, noch keine Kommunalverwaltung, eine wirklich neue Straßenordnung einzuführen, also rechtlich einklagbar zu machen.

Daher wieder zurück nach New York: Die Entscheidung der dortigen Stadtverwaltung könnte ein Startsignal für den Umbau der Stadt werden. So verrückt ist es doch gar nicht, wenn die zu Fuß Gehenden sich wieder der Straße bemächtigen! ●

Der normierte Körper

Eine Analyse von Lehrplänen und medizinischen Richtlinien rund um Reproduktion

Wie verhandelt eine Gesellschaft das Thema Reproduktion? Welche kulturellen Normen rund um Kinderwunsch und Geschlechterrollen werden dabei transportiert? Anna E. Kluge und Mio Tamakoshi untersuchen zwei unterschiedliche Textbestände zu dieser Frage: schulische Lehrpläne zur Sexualerziehung und medizinische Richtlinien der Fruchtbarkeitsbehandlung. Die Untersuchung ist wichtig, denn Schule und Medizin prägen Bilder, die gesellschaftlich wirksam sind.

Anna E. Kluge und Mio Tamakoshi

In Lehrplänen für die Sexualerziehung wird festgelegt, was in Schulen über Fortpflanzung gelehrt werden soll. Sie werden in der Regel von pädagogischen Mitarbeiter*innen in den Bildungsministerien entwickelt. Sie richten sich in erster Linie an Kinder und Jugendliche in der Primar- und Sekundarstufe, doch beginnt die Sexualerziehung oft schon im Kindergarten. Nach den Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation konzentriert sich die frühe Sexualerziehung auf Körperbewusstsein und Missbrauchsprävention: Kindern soll ein Bewusstsein für persönliche Grenzen und Emotionen vermittelt werden, gleichzeitig sollen positive Körpererfahrungen und Identitätsfindung gefördert werden. Bei älteren Schüler*innen verlagert sich der Schwerpunkt: Diese Kinder sollen auf die Pubertät vorbereitet werden. Jetzt werden körperliche Veränderungen, Sexualität, sexualisierte Gewalt und der Einfluss der Medien thematisiert. Die Diskussionen werden ausgeweitet auf körperliche und psychologische Veränderungen, die geschlechtliche und gesellschaftliche Identität und den Umgang mit sexueller Aktivität. Bei älteren Schüler*innen werden zudem Themen wie Schwangerschaft und medizinisch unterstützte Fortpflanzung behandelt.

Leitlinien für die medizinische Praxis werden von Ärzteverbänden erstellt und regelmäßig auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse aktualisiert. Sie sollen einheitliche Standards dafür bieten, welche medizinischen Maßnahmen wann sicher, wirksam und angemes-

„Klinische Leitlinien standardisieren medizinische Praktiken und autorisieren so eine bestimmte Form des Wissens über Körper und die Art und Weise, wie Medizin in Körper eingreift“

sen sind. Sie dienen in der Regel nicht der Sanktionierung, sondern lassen Raum für klinische Einzelfallentscheidungen. Werden sie nicht eingehalten, kann es allerdings zu Haftungsfällen kommen. Indem sie medizinische Praktiken standardisieren und sie für die Mit-

glieder des Berufsstandes und für Dritte, einschließlich der Patient*innen, einsehbar machen, autorisieren klinische Praxisleitlinien eine bestimmte Form des Wissens über Körper und die Art und Weise, wie Medizin in Körper eingreift.

Die beiden Wissensbestände richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und verfolgen jeweils eigene Zielsetzungen. Wir zeigen auf, wie sie in ähnlicher Weise geschlechtsspezifische und reproduktive Prozesse beschreiben und welche normativen Annahmen dabei implizit formuliert werden.

Lehrpläne zur Sexualerziehung beschreiben Prozesse der reproduktiven Entwicklung: Sie skizzieren, wann welche Prozesse beginnen, wie sie sich auf Kinder und Jugendliche emotional und körperlich auswirken und wie man mit den daraus resultierenden Problemen umgehen kann, sowohl zwischenmenschlich als auch individuell. Allerdings beziehen sich die Lehrpläne zur Sexualerziehung nicht nur auf die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen, sondern sie handeln auch von der Fortpflanzung im Allgemeinen. Erörtert werden Aspekte der Fortpflanzung über den gesamten Lebensverlauf hinweg wie etwa die Beschreibung von Schwangerschaftsprozessen und Diskussionen über medizinisch unterstützte Fortpflanzung – Themen, die nicht unbedingt viel mit den Erfahrungen von Jugendlichen zu tun haben. Bei den derzeit in den deutschen Bundesländern verwendeten Lehrplänen fallen besonders zwei Aspekte auf:

Man könnte erwarten, dass Reproduktionsprozesse in einer deutlich vergeschlechtlichten Weise beschrieben werden – immerhin haben die Normen rund um Reproduktion viel mit „Geschlecht“ zu tun, und die Prozesse, um die es geht, spielen sich in Körpern ab, denen Geschlechter zugeschrieben werden. Trotzdem enthalten die meisten Lehrpläne nur seltene oder vage Hinweise auf das Geschlecht. Das Thema wird in allgemeiner Form angesprochen, wenn von „Mädchen und Jungen“ gesprochen oder auf „geschlechtsspezifische Erwartungen“ in den gesellschaftlichen Normen hingewiesen wird, ohne diese jedoch auszuführen. Etwas explizitere Hinweise auf das Geschlecht finden sich in der Rede von der „Mutter-Kind-Beziehung“ („Vater-Kind-“ oder allgemein „Eltern-Kind-Beziehungen“ finden seltener Erwähnung). Auch die Pubertät wird manchmal in



Anna E. Kluge ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Emmy-Noether-Forschungsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes: Institutions, Norms and Social Inequality* am WZB. anna.kluge@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

geschlechtsspezifischer Weise beschrieben, zum Beispiel als Übergang „vom Mädchen zur Frau“ oder „vom Jungen zum Mann“ (statt vom „Erwachsenwerden“ zu sprechen).

In Bezug auf sexuelle Aktivität vermitteln die Lehrpläne die normative Haltung, dass eine Fortpflanzung zu diesem Zeitpunkt im Lebensverlauf der Jugendlichen nicht erwünscht ist. Mit Beginn der Pubertät liegt der Schwerpunkt der Lehrpläne stark auf der Vermeidung von Schwangerschaften durch Verhütungsmittel. Es

„Der Schwerpunkt der Lehrpläne liegt auf heterosexuellem Geschlechtsverkehr als wichtigste sexuelle Praxis, die erwähnt werden muss, da sie zu einer Schwangerschaft führen kann“

wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass junge Menschen ihre Sexualität erforschen. Selten wird anerkannt, dass dies nicht auf alle Jugendlichen zutrifft, die Erfahrungen und Entscheidungen also vielfältig sind. Der Schwerpunkt liegt eindeutig auf heterosexuellem Geschlechtsverkehr als wichtigste sexuelle Praxis, die erwähnt werden muss, da sie zu einer Schwangerschaft führen kann. Es gibt Unterschiede zwischen den Lehrplänen darin, wie stark dieser Aspekt in den Vordergrund gestellt

wird. In allen Lehrplänen jedoch ist die Schwangerschaft quantitativ gesehen eines der am häufigsten genannten Themen, dicht gefolgt von Verhütung. Diese Themen werden sogar noch häufiger genannt als die Pubertät selbst.

Leitlinien für die klinische Praxis beschreiben Reproduktionsverfahren auf unterschiedliche Weise. Wir betrachten exemplarisch die Leitlinie zur Erhaltung der weiblichen Fruchtbarkeit, die 2020 von der European Society of Human Reproduction and Embryology (ESHRE), einer führenden internationalen Expert*innengruppe für assistierte Reproduktion, veröffentlicht wurde. Mit der Erhaltung der weiblichen Fruchtbarkeit sind Eingriffe und Verfahren gemeint, die darauf abzielen, die Chance auf eine Schwangerschaft zu bewahren, einschließlich der Kryokonservierung (dem Tiefgefrieren in flüssigem Stickstoff) von Eizellen, Embryonen und Eierstockgewebe. Die Leitlinie definiert vier Kategorien von Personen, die für solche Maßnahmen in Frage kommen: 1.) Krebspatientinnen, die sich einer gonadotoxischen (also die für die Fortpflanzung essenziellen Keimdrüsen schädigenden) Behandlung unterziehen, 2.) Frauen mit gutartigen Erkrankungen, die sich einer solchen Behandlung (einschließlich chirurgischer Eingriffe) unterziehen oder bei denen ein vorzeitiger Verlust der Fruchtbarkeit droht, 3.) Transgender-Patienten (bei der Geburt als weiblich eingestuft) und 4.) Frauen, die eine Kryokonservierung von Eizellen bei altersbedingtem Fruchtbarkeitsverlust wollen. Es gibt mehrere interessante Punkte dabei, wie die Leitlinie die Funktion von Körpern beschreibt und welche Vorgaben sie enthält, wie diese sich zu verhalten haben.

Erstens spiegelt die ESHRE-Leitlinie eine stark vergeschlechtlichte Vorstellung von Fortpflanzung wider: Fortpflanzung wird als ein (ausschließlich) weibliches Phänomen verstanden.

„Es gibt keine internationale klinische Praxisleitlinie zur Erhaltung der männlichen Fertilität“

Die Leitlinie erkennt zwar an, dass es medizinische Studien zur männlichen Fruchtbarkeit gibt, sie konzentriert sich aber auf die weibliche Seite. Tatsächlich gibt es keine internatio-

nale klinische Praxisleitlinie zur Erhaltung der männlichen Fertilität. Das Nichtvorhandensein solcher Leitlinien verstärkt die traditionellen (reproduktiven) Geschlechterrollen, da Männer nicht in die „reproduktive Gleichung“ einbezogen werden, wie es die Soziologinnen Rene Almeling und Miranda R. Waggoner beschreiben.

Zweitens ist die Leitlinie von der starken Annahme geprägt, dass Fortpflanzung für Frauen natürlich ist und von ihnen generell gewünscht wird. Die Leitlinie empfiehlt, dass Patientinnen über die potenziellen negativen Auswirkungen ihrer Erkrankung oder geplanten Behandlungen auf ihre zukünftige Fruchtbarkeit und über die Möglichkeiten der Fertilitätserhaltung informiert werden. In der Leitlinie steht: „Idealerweise sollten alle Patienten im fortspflanzungsfähigen Alter, die sich einer gonadotoxischen Behandlung unterziehen sollen, an das FP-Team [‘fertility preservation’] zur Beratung über die Erhaltung der Fruchtbarkeit und gegebenenfalls zur Behandlung überwiesen werden. In ähnlicher Weise sollten Transgender-Männer vor Beginn einer Hormonbehandlung über Fertilitätsfragen und FP-Optionen informiert werden.“ Diese Empfehlung gilt unabhängig von den individuellen Präferenzen zum Thema Kinderwunsch. Die Leitlinie transportiert also die starke Annahme, dass ein Aufhalten der „natürlichen biologischen Uhr der Frau“ (so formuliert es der Text) durch eine Krankheit, eine Krebsbehandlung oder eine geschlechtsangleichende Behandlung für alle betroffenen Menschen von großer Bedeutung ist und durch Techniken zur Erhaltung der Fruchtbarkeit überwunden werden sollte.

Drittens legt die Leitlinie den Betroffenen nahe, ihren Kinderwunsch nicht aufzuschieben – es sei denn, es liegen medizinische Indikationen vor. Es wird zwar empfohlen, das Einfrieren von Eizellen als etablierte Option zur Erhaltung der Fruchtbarkeit generell anzubieten. Eventuell abschreckende Informationen zur Kryokonservierung, also der Hinweis auf mögliche langfristige Folgen für die körperliche oder psychische Gesundheit, sollen jedoch primär denjenigen vermittelt werden, die ihren Kinderwunsch aus Gründen der persönlichen Lebensplanung verschieben möchten – hier wird von elektivem oder sozialem Einfrieren gesprochen. Obwohl das Gelingen einer Schwangerschaft mit kryokonservierten Keimzellen in beiden Fällen nicht garantiert ist, sollen die möglichen Risiken gegenüber Patientinnen, die

Die biologische Uhr, die bei Frauen tickt –
oder rinnt, wurde von Männern erfunden.
Eine Grußkarte aus dem Jahr 1908.
Abbildung: DeGolyer Library,
Southern Methodist University.



A Happy
New Year

sich einer gonadotoxischen oder geschlechtsangleichenden Behandlung unterziehen, keine Erwähnung finden.

Die beiden genannten Textkörper – Lehrpläne und Leitlinien – befassen sich mit der Fortpflanzung in sehr unterschiedlichen Stadien des reproduktiven Lebenslaufs: Die Sexualerziehung konzentriert sich auf die Anfänge der Fruchtbarkeit, während sich die klinischen Praxisleitlinien auf einen möglichen Rückgang der Fruchtbarkeit im späteren Leben beziehen. Beide entwerfen spezifische Bilder über die angenommene und erwartete Fruchtbarkeit im Laufe des Lebens, indem sie die körperlichen Prozesse der Fortpflanzung beschreiben und festschreiben. Die Sexualerziehung erfasst ihr jugendliches Publikum als von Natur aus fruchtbar; umgekehrt geht die klinische Leitlinie zur Erhaltung der weiblichen Fruchtbarkeit davon aus, dass Einzelpersonen zumindest über Möglichkeiten zur Überwindung des vorzeitigen Verlusts ihrer natürlichen Fruchtbarkeit informiert sein sollten. Während in den Lehrplänen zur Sexualerziehung betont wird, dass eine Schwangerschaft um jeden Preis verhindert und aufgeschoben werden sollte, bis die Betreffenden reif dafür sind, gehen die Leitlinien zur Fertilitätserhaltung davon aus, dass Menschen aktiv den Wunsch haben, sich fortzupflanzen, und dass sie ihren Kinderwunsch nicht aufschieben sollten, nur weil sie medizinisch die Möglichkeit dazu haben.

Es ist wichtig zu analysieren, welche Beschreibungen und Normen den verschiedenen Texten zugrunde liegen, denn diese Texte haben gro-



Mio Tamakoshi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Emmy-Noether-Forschungsgruppe Varieties of Reproduction Regimes: Institutions, Norms and Social Inequality am WZB.

mio.tamakoshi@wzb.eu

Foto: © WZB/Anna Kluge, alle Rechte vorbehalten.

ßen Einfluss: Die Lehrpläne für die Sexualerziehung sind eine bedeutende Quelle für das Wissen von Kindern und Jugendlichen über die Fortpflanzung; das vermittelte Wissen und die Normen prägen mit, wie Jugendliche Reproduktion wahrnehmen. Leitlinien für die klinische Praxis bilden häufig die Grundlage für die Behandlung von Patientinnen und Patienten und beeinflussen, wie und warum Menschen Verfahren zur Erhaltung der Fruchtbarkeit suchen, erhalten und erleben. Die Wissensbestände spiegeln zum einen bestehende kulturelle Normen wider, zum anderen beeinflussen sie gesellschaftlich und individuell unsere Erwartungen und Erfahrungen im Umgang mit Reproduktion und Geschlecht. ●

Literatur

Almeling, Rene/Waggoner, Miranda R.: „More and Less than Equal: How Men Factor in the Reproductive Equation“. In: *Gender & Society*, 2023, Jg. 27, H. 6, S. 821–842. DOI: 10.1177/0891243213484510.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA)/WHO (Hg.): Standards for Sexuality Education in Europe. A Framework for Policy Makers, Educational and Health Authorities and Specialists. Online: www.bzga-whocc.de/fileadmin/user_upload/BZgA_Standards_English.pdf (Stand: 12.11.2024).

ESHRE Female Fertility Preservation Guideline Development Group: Female Fertility Preservation. Guideline of the European Society of Human Reproduction and Embryology, 2020. Online: www.eshre.eu/Guidelines-and-Legal/Guidelines/Female-fertility-preservation (Stand 12.11.2024).

Timmons, Stephen/Tanner, Judith: „A Disputed Occupational Boundary: Operating Theatre Nurses and Operating Department Practitioners“. In: *Sociology of Health & Illness*, 2004, Jg. 26, H. 5, S. 645–666. DOI: 10.1111/j.0141-9889.2004.00409.x.

Viele Betroffene, wenige Daten

Wie Reproduktionspolitik die Gesundheit von Frauen beeinflusst

Über Verhütung, Schwangerschaftsabbruch oder pränatale Diagnostik wird gesellschaftlich kontrovers gestritten, und die Politik setzt für diese Gesundheitsleistungen den Rahmen. Solche staatlichen Maßnahmen haben unmittelbaren Einfluss auf die Autonomie und die Gesundheit von Frauen. Darüber, wie sich Reproduktionspolitiken auf die Gesundheit der Einzelnen auswirken, gibt es jetzt erste Erkenntnisse – doch viele Fragen bleiben offen aufgrund einer schwierigen Datenlage.

Rohan Khan und Hannah Zagel

Im US-Präsidentenwahlkampf 2024 spielten Berichte von Frauen eine wichtige Rolle, die am eigenen Körper erlebt haben, welche schwerwiegenden Gesundheitsfolgen aus einem Verbot des Schwangerschaftsabbruchs resultieren können. Exemplarisch steht hierfür der Fall von Kate Cox, der trotz der großen Gesundheitsrisiken ihrer Schwangerschaft der Abbruch in ihrem heimatlichen Bundesstaat Texas verwehrt blieb. Dies zwang sie, für diesen medizinischen Eingriff in einen anderen Bundesstaat zu reisen. Das Beispiel zeigt besonders eindrücklich, wie weitreichend die Auswirkungen der politischen Regulierung von Reproduktionspolitik auf die Gesundheit verschiedener Personengruppen sind. Auch wissenschaftliche Studien haben für einzelne Regionen und Länder gezeigt, dass die Ausweitung von reproduktiven Gesundheitsdiensten wie die Verbreitung von Verhütungsmitteln oder die umfassendere Betreuung Schwangerer durch Hebammen zu einer besseren Gesundheit von Frauen führen.

Die reproduktive Gesundheit von Frauen spielt eine zentrale Rolle in der Diskussion darüber, wie Staaten in Prozesse des Kinderkriegs und Nicht-Kinderkriegs eingreifen. Sei es die rechtliche Zulassung von Verhütungsmitteln, der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen oder die Kostenübernahme für Pränatal-Tests – bei der Abwägung all dieser politischen Maßnahmen sind die Implikationen für die Autonomie und Gesundheit der Betroffenen besonders gewichtige Argumente.

Eine ländervergleichende Studie, die systematisch die Effekte von institutionellen Unterschieden der Reproduktionspolitik herausarbeitet, scheiterte bisher an der mangelhaften Datenlage zu diesen politischen Maßnahmen. Mit der International Reproduction Policy Database hat unsere Forschungsgruppe einen Datensatz erstellt, der für 33 Länder zwischen 1980 und 2020 Regulierungen der Reproduktionspolitik erfasst. Diese neue Datenbank nutzen wir, um zu untersuchen, wie die Regulierung von Ver-



Rohan Khan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Emmy-Noether-Forschungsgruppe Varieties of Reproduction Regimes: Institutions, Norms and Social Inequality am WZB. Er forscht ländervergleichend zum Zusammenhang zwischen Reproduktionspolitik und politischen Einstellungen.

rohan.khan@wzb.eu

Foto: © WZB/Anna Kluge, alle Rechte vorbehalten.

hütungsmitteln, Schwangerschaftsabbrüchen und Schwangerschaftsvorsorge mit der Gesundheit von Frauen in 25 europäischen Ländern zusammenhängt – für mehr Länder waren

„Die International Reproduction Policy Database umfasst Daten zu Regulierungen der Reproduktionspolitik für 33 Länder zwischen 1980 und 2020“

keine individuellen Gesundheitsdaten verfügbar. In unserer Studie betrachten wir die Effekte einzelner reproduktionspolitischer Maßnahmen in den drei genannten Regulierungsfeldern auf Frauengesundheit.

Im Bereich der Verhütungsmittel analysieren wir, welche Verhütungsmethoden zugänglich sind, ob der Staat die anfallenden Kosten mitträgt, sowie welche Berufsgruppen Verhütungsmittel verschreiben und zu diesen beraten dürfen. Wir erwarten, dass sich ein breiterer Zugang zu Verhütungsmitteln positiv auf Frauengesundheit auswirkt. Für das Politikfeld Schwangerschaftsabbruch untersuchen wir die Effekte von drei Faktoren: der Anzahl der Voraussetzungen für einen Schwanger-

schaftsabbruch (z. B. eine verpflichtende Beratung, Wartezeiten, Erbringung eines rechtlichen Nachweises einer Vergewaltigung), der Kostenübernahme für den medizinischen Eingriff und ob Ärzt*innen die Durchführung des Eingriffs verweigern dürfen. Auch hier erwarten wir, dass ein besserer Zugang zum Schwangerschaftsabbruch positive Effekte auf Frauengesundheit hat, da er die Selbstbestimmung von Frauen erhöht und die negativen gesundheitlichen, ökonomischen und sozialen Folgen ungewollter Schwangerschaft verringern kann. Schließlich blicken wir auf mögliche Effekte der Regulierung von Schwangerschaftsvorsorge. Wir vermuten, dass die Anzahl der empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen und die Bandbreite von Entbindungsstationen (Krankenhaus, Geburtshaus, zu Hause), zwischen denen Schwangere wählen können, positiv mit Frauengesundheit zusammenhängt. Von der staatlichen Empfehlung für Pränatal-Tests erwarten wir hingegen, dass diese einen negativen Effekt auf die mentale Gesundheit werdender Mütter hat, da sie zur Medikalisierung von Schwangerschaften beiträgt und Schwangere dazu drängt, sich mit möglichen Anomalien des Fötus auseinanderzusetzen.

Bei der Analyse haben wir Frauen in unterschiedlichen reproduktiven Lebensphasen berücksichtigt. Außerdem haben wir zwischen Müttern und Frauen ohne Kinder unterschieden. Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbruch spielen in jüngeren Lebensjahren eine wichtige Rolle, aber ebenso für Mütter, die

„Es gibt keine Datensätze, die Frauengesundheit in unterschiedlichen Ländern detailliert messen, zum Beispiel den Gesundheitsstatus vor, während und nach einer Schwangerschaft“

nicht wünschen, (unmittelbar) weitere Kinder zu bekommen. Schwangerschaftsvorsorge soll sichere und gesunde Schwangerschaften gewährleisten, daher betrachten wir hier besonders mögliche Effekte auf die Gesundheit von



Hannah Zagel ist Professorin für Lebenslaufsoziologie an der Technischen Universität Dortmund und Leiterin der Forschungsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes: Institutions, Norms and Social Inequality* am WZB. Sie forscht ländervergleichend zu sozialen Ungleichheiten im Lebensverlauf, Wohlfahrtsstaaten und Reproduktion.
hannah.zagel@wzb.eu

Foto: © WZB/Anna Kluge, alle Rechte vorbehalten.

Müttern. Es gibt jedoch keine Datensätze, die Frauengesundheit in unterschiedlichen Ländern detailliert messen, wie zum Beispiel den Gesundheitsstatus vor, während und nach einer Schwangerschaft. Deshalb beziehen wir uns auf allgemeinere Gesundheitsvariablen der Befragungswelle 2018 des Datensatzes European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC), der Haushalts- und Personendaten zusammenfasst. EU-SILC enthält eine Variable zur subjektiven Gesundheitseinschätzung, bei der die Befragten auf einer Skala von 1 bis 5 angeben, wie gesund sie sich fühlen. Darüber hinaus bietet der Datensatz die Möglichkeit, einen Index zu bilden, der die mentale Gesundheit der Befragten bemisst. Dafür werden Variablen zusammengefasst, bei denen die Befragten beantworten, wie glücklich, nervös und niedergeschlagen sie sich in den letzten 4 Wochen gefühlt haben. Den Effekt staatlicher Reproduktionspolitik auf die individuelle Gesundheit analysieren wir mit Mehrebenenmodellen. Dabei werden statistische Unterschiede in der Gesundheit von Bürger*innen in verschiedenen reproduktionspolitischen Kontexten untersucht. Die Modelle sind besonders zuverlässig, wenn die Unterschiede zwischen den Ländern groß sind.

Aus den Ergebnissen unserer Analysen lassen sich mehrere Schlüsse ziehen. Der Index, den wir aus den drei Politikfeldern zusammenge-

fasst haben, um zu bestimmen, wie liberal oder restriktiv die Staaten allgemein im Bereich der Reproduktionspolitik sind, hat keinen für uns messbaren Effekt auf Frauengesundheit. Im Hinblick auf die Schwangerschaftsvorsorge unter-

„Eine Vielfalt an Entbindungsorten wirkt sich positiv auf Müttergesundheit aus, Empfehlungen für Pränatal-Tests negativ“

stützen die Ergebnisse unsere Hypothesen: Eine Vielfalt an verfügbaren Entbindungsorten ist positiv assoziiert mit Müttergesundheit, während sich staatliche Empfehlungen für Pränatal-Tests negativ auf die mentale Gesundheit von Müttern auswirken. Die Analyseergebnisse für die Politikfelder Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbruch sind inkohärent und größtenteils statistisch nicht aussagekräftig. Sie weisen zwar darauf hin, dass die subjektive Gesundheitseinschätzung von Frauen dann positiver ausfällt, wenn verschiedene medizinische Berufsgruppen zu Verhütungsmitteln beraten können und wenn die Barrieren zum Schwangerschaftsabbruch niedriger sind. Allerdings sind diese Effekte nur für die Altersgruppe der über 50-Jährigen nachweisbar, die nicht mehr im reproduktionsfähigen Alter sind.

Für diesen letzten Befund gibt es zwei Deutungsmöglichkeiten: Es könnte sein, dass sich der Effekt eines erleichterten Zugangs zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen auf die subjektive Gesundheit erst im Lebensverlauf entfaltet. Reproduktionspolitik prägt Lebensverläufe, indem sie es Menschen ermöglicht oder sie daran hindert, ihre individuellen reproduktiven Präferenzen umzusetzen. Sie beeinflusst, ob, wann, wie und wie viele Kinder sie bekommen – oder eben nicht. Unsere Ergebnisse könnten darauf hindeuten, dass Reproduktionspolitik erst in der Summe dieser Ereignisse subjektive Frauengesundheit beeinflusst und sich deshalb erst später im Leben zeigt. Die Inkohärenz der Ergebnisse könnte aber auch daraus resultieren, dass die verfügbaren Daten zu Frauengesundheit zu ungenau sind.

Um eingehend zu untersuchen, durch welche Mechanismen Reproduktionspolitik die Gesundheit verschiedener Bevölkerungsgruppen und insbesondere Frauengesundheit beeinflusst, bräuchte es ländervergleichende Längsschnittbefragungen, die auch die reproduktive Gesundheit explizit erheben. Der Generations and Gender Survey (GGS), ein Datenprojekt der am Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (NIDI) in Den Haag angesiedelten Infrastruktur „Gender and Generations Programme“, das Längsschnittdatensätze seiner Mitgliedsländer zusammenfasst, ist ein erster Schritt in diese Richtung. In diesem Datensatz gibt es ein Modul mit Indikatoren zu Fruchtbarkeit, Kinderwünschen, Angaben zu Menstruation und Sexualverkehr sowie zur Nutzung von Verhütungsmitteln. Für einen umfassenden Blick auf reproduktive Gesundheit müsste auch erhoben werden, welche reproduktiven Dienstleistungen Personen wahrgenommen haben (z. B. Schwangerschaftsabbruch), welche gesundheitlichen Erfahrungen sie mit diesen Maßnahmen gemacht haben und auch, welche Wünsche sie an diese Dienstleistungen haben, also zum Beispiel welche Verhütungsmittel sie gerne benutzen würden.

Detaillierte Erkenntnisse dazu, wie Reproduktionspolitik Gesundheit beeinflusst, wären für die anhaltenden Diskussionen in diesem Feld von großer Bedeutung; sie könnten zu einem evidenzbasierten politischen Diskurs beitragen.

„In gesellschaftlichen Debatten, in denen Normen über Geschlecht, Sexualität und Familie eine herausragende Rolle spielen, sollten empirische Ergebnisse als Orientierungspunkt dienen“

In diesen gesellschaftlichen Debatten, in denen Normen über Geschlecht, Sexualität und Familie eine herausragende Rolle spielen, sollten sachliche, genaue empirische Ergebnisse als Orientierungspunkt dienen. ●

Literatur

Cleland, John/Conde-Agudelo, Agustín/Peterson, Herbert/Ross, John/Tsui, Amy O.: „Contraception and Health“. In: *The Lancet*, 2012, (380, 9837), S. 149–156.

Donegan, Moira: „Kate Cox Begged Texas to Let Her End a Dangerous Pregnancy. She Won't Be the Last“. In: *The Guardian*, 12.12.2023. Online: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/dec/12/kate-cox-emergency-abortion-texas> (Stand 4.11.2024).

Frankenberg, Elizabeth/Thomas, Duncan: „Women's Health and Pregnancy Outcomes: Does Access to Services Make a Difference?“ In: *Demography*, 2001, Jg. 38, H. 2, S. 253–265.

Löwy, Ilana: *Imperfect Pregnancies: A History of Birth Defects and Prenatal Diagnosis*. Baltimore: Johns Hopkins University Press 2017 (1. Aufl.).

Senderowicz, Leigh: „Contraceptive Autonomy: Conceptions and Measurement of a Novel Family Planning Indicator“. In: *Studies in Family Planning*, 2020, Jg. 51, H. 2, S. 161–176.

Versprechen und Wirklichkeit

Die Grenzen des Gewaltschutzgesetzes

Gewalt zwischen ehemaligen oder aktuellen Beziehungspartner*innen, sogenannte Partnerschaftsgewalt, gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten. In rund 80 Prozent der Fälle sind die Täter männlich und die Betroffenen weiblich. Im Jahr 2002 wurde ein zusätzliches zivilrechtliches Schutzinstrument für Betroffene entwickelt: das Gewaltschutzgesetz. Damit können diese bei Gericht niedrigschwellig und schnell Kontaktverbote für die Täter*innen erlangen. So jedenfalls die Theorie. Doch wie viel Schutz bietet das Gesetz tatsächlich für Betroffene?

Paula Edling und Michael Wräse

Das „Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen“ – kurz: Gewaltschutzgesetz – ermöglicht es Betroffenen von Gewalt oder Stalking, gerichtlich angeordnete Kontakt- oder Nähungsverbote zu beantragen. Wenn sie in einer gemeinsamen Wohnung mit dem Gewalttäter leben, kann ihnen zusätzlich das alleinige Wohnrecht zugesprochen werden. Gewaltbetroffene sollen ihren Alltag selbstbestimmt und sicher weiterführen können, statt Arbeitsweg und Telefonnummer wechseln oder in ein Frauenhaus fliehen zu müssen.

Für eine Gewaltschutzanordnung müssen sich Betroffene an das örtliche Familiengericht wenden. Dort wird ihr Antrag in der Regel ohne Anhörung der Gegenpartei innerhalb weniger Tage bearbeitet. Hält das Gericht den Antrag für begründet, sind die Schutzanordnungen unmittelbar für meist 6 bis 24 Monate gültig. Bei Missachtung der gerichtlichen Anordnung drohen den Antragsgegner*innen

Ordnungsgelder oder sogar Haftstrafen. Eine Verlängerung der befristeten Schutzanordnung ist möglich, sofern die Bedrohungslage weiterhin besteht.

Grundsätzlich kann das Gesetz in all jenen Fällen in Anspruch genommen werden, in denen vorsätzlich der Körper, die Gesundheit, die Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung einer Person verletzt wurde oder sie aufgrund konkreter Umstände eine dieser Verletzungen befürchtet. Bezüglich der Form oder der Schwere von Gewalt, die einem Antrag zugrunde liegen müssen, stellt das Gesetz wenig Anforderungen. Dennoch münden längst nicht alle Anträge auch tatsächlich in eine Anordnung zugunsten der Betroffenen. Wird ihr Antrag zurückgewiesen, zahlen sie die Verfahrenskosten.

Im Projekt „Zugang zu Gewaltschutz“ erforschen wir, wie gut das Recht auf Gewaltschutz für die Betroffenen tatsächlich wirkt. Das Projekt wird von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz

und Verbraucherschutz sowie der CMS Stiftung „Zugang zum Recht. Für alle.“ gefördert. Dazu werten wir Gewaltschutzverfahren in Berlin statistisch aus und nutzen Daten aus der Verfahrensdatenbank forumSTAR. Außerdem analysieren wir Verfahrensakten qualitativ, ergänzt durch Expert*inneninterviews und teilnehmende Beobachtungen an Gerichten.

Vorläufige Ergebnisse unserer Aktenanalyse von 120 Gewaltschutzverfahren an Berliner Familiengerichten aus den Jahren 2021 bis 2023 zeigen: Zurückweisungen von Anträgen werden häufig damit begründet, dass aus der Perspektive des Gerichts eine konkrete Gefährdungssituation nicht ausreichend glaubhaft gemacht worden oder die geschilderte Gewalterfahrung nicht vom Gesetz erfasst sei. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf, die wir vor dem Hintergrund soziologischer Erkenntnisse zu Partnerschaftsgewalt betrachten müssen.

„In Gewaltschutzverfahren liegt die Beweislast grundsätzlich bei den Antragstellenden“

In Gewaltschutzverfahren liegt die Darlegungs- und Beweislast grundsätzlich bei den Antragstellenden. Eine mündliche Anhörung findet nur selten statt. Daraus ergeben sich bestimmte Anforderungen an den schriftlichen Antrag: Nach der juristischen Kommentarliteratur sollte dieser beispielsweise möglichst genaue Angaben zu Zeitraum, Ort sowie eine detaillierte Darstellung der erlebten oder zu befürchtenen Verletzung beinhalten, um als ausreichend glaubhaft bewertet zu werden.

Das Datum ist beispielsweise wichtig, um die Dringlichkeit der Anordnung zu begründen. So muss die beschriebene Verletzung kurz vor der Antragstellung datiert sein. Hier ist die gerichtliche Logik: Wenn der Antrag nicht innerhalb weniger Tage nach einer Gewalthandlung gestellt wurde, scheint die Bedrohungssituation nicht (mehr) akut zu sein. Außerdem muss der Wahrheitsgehalt eines Antrags mindestens durch eine eidesstattliche Versicherung bestätigt werden. Weitere Dokumente wie ärztliche Atteste, Fotos, Zeug*innenaussagen, polizeiliche Einsätze oder Strafanzeigen sind hilfreich, um eine tatsächliche Gefahrensituation glaubhaft



Paula Edling ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten am WZB und Co-Leiterin des Projekts „Zugang zum Recht auf Gewaltschutz“. paula.edling@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

zu machen. Wenn das Gericht die Darstellungen der Antragstellenden für nicht ausreichend konkret oder unvollständig hält, wird in einigen Fällen um eine schriftliche Konkretisierung innerhalb einer ein- bis zweiwöchigen Frist gebeten. In anderen Fällen wird der Antrag ohne weitere Nachfrage direkt zurückgewiesen.

Diese formal-rechtlichen Ansprüche an den Gewaltschutzantrag sind mit dem komplexen Phänomen von partnerschaftlicher Gewalt erfahrung in Teilen schwer zu vereinbaren. Denn nur jene Gewaltbetroffenen können die genannten Ansprüche erfüllen, die innerhalb kurzer Zeit nach einer konkreten Gewalterfahrung über die Möglichkeit eines Gewaltschutzantrags informiert sind und insofern reaktions- und handlungsfähig sind, dass sie den Weg zum Gericht oder zu einer Anwältin/ einem Anwalt auf sich nehmen können oder wollen. Dieser Weg erfordert nicht nur zeitliche und finanzielle Ressourcen, sondern für viele auch eine Überwindung, zum Beispiel wegen früherer Erfahrungen mit Behörden. Zusätzlich benötigen einige Gewaltbetroffene Unterstützung aufgrund von Sprachbarrieren oder Beeinträchtigungen – diese steht jedoch nicht immer zur Verfügung. Gerade bei partnerschaftlicher Gewalt kostet die Antragstellung auch in emotionaler Hinsicht Kraft: So stellt es für einige Betroffene eine große emotionale Herausforderung dar, ihre*n (ehemalige*)n Beziehungspartner*in offiziell „anzuzeigen“ – besonders dann, wenn gemeinsame Kinder betroffen sind. Nicht nur Scham, sondern auch

Partnerschaftsgewalt gibt es in allen gesellschaftlichen Schichten.
Foto: © Fabian Sommer | picture alliance/dpa,
alle Rechte vorbehalten.



konflikthafte Gefühle oder Wünsche nach einer Versöhnung können ihre Entscheidungsfindung beeinflussen und verzögern.

Darüber hinaus spielen für die Gewaltbetroffenen befürchtete Konsequenzen oder auch schlicht ökonomische Abhängigkeit eine Rolle bei der Abwägung. Ein rechtlicher Antrag könnte eine Gegenreaktion der gewalttätigen Person auslösen: Wie aus der Fachliteratur zu partnerschaftlicher Gewalt bekannt ist, bedeutet der empfundene Kontrollverlust oder Verrat, den gewalttätige (Ex-)Beziehungspersonen bei einer drohenden Trennung empfinden, häufig ein besonders großes Gewaltpotenzial.

Die Anforderung, einen Antrag innerhalb weniger Tage nach einer Verletzung zu stellen, erscheint daher unter dem Gesichtspunkt des schnellen Schutzes zwar sinnvoll – verstrichene Zeiträume als Zurückweisungsgrund zu nutzen, jedoch nicht. In der stark durch juristisches Denken geprägten Entscheidungspraxis

„Auch ein später gestellter Antrag weist in der Regel auf eine echte Bedrohungssituation hin“

der Gerichte wird eine sich eigentlich aufdrängende Frage offenbar nicht gestellt: Weshalb sollten Gewaltbetroffene einen Antrag stellen, wenn sie sich gar nicht mehr bedroht fühlen (müssten)? Sprich: Auch ein später gestellter Antrag weist in der Regel auf eine echte Bedrohungssituation hin.

Blickt man auf die Zurückweisungen, so wird deutlich, dass Gewalt in juristischer Hinsicht eben nicht gleich Gewalt ist. Das Gesetz ist lediglich darauf ausgerichtet, in den Fällen Schutz zu bieten, in denen eine glaubhaft zu machende vorsätzliche Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung (oder eine Androhung dessen) vorliegt. So kann das Gewaltschutzgesetz beispielsweise dann schon nicht greifen, wenn aufgrund starker psychischer Belastung die Schulpflichtigkeit des Täters oder der Täterin anzuzweifeln ist.

Eine Schwierigkeit liegt auch darin, dass begrenzt ist, was überhaupt als Verletzung angesehen wird. Die Akten zeigen, dass körperliche

Gewalterfahrungen aus juristischer Perspektive nicht mit Körperverletzungen gleichzusetzen sind. So steht beispielsweise in einer richterlichen Zurückweisung: „Zwar tragen Sie ohne nähere Ausführungen vor, dass der Antragsgegner Sie am [DATUM] geschlagen hat. Es wird aber nicht vorgetragen, ob dadurch eine Körperverletzung eingetreten ist.“ Gewaltschutzverfahren sind auf konkrete Vorfälle von Verletzungen ausgerichtet, die anhand einer Uhrzeit und eines Tathergangs detailgetreu dargelegt werden können. Dies trifft vor allem auf direkte, körperliche Gewaltverfahrungen zu. Körperliche Gewalt kann je nach Schweregrad durch Bilder oder ärztliche Atteste nachgewiesen werden. Subtilere Formen von Partnerschaftsgewalt hingegen sind deutlich schwieriger zu beschreiben und nachzuweisen.

Vor allem Formen psychischer Gewalt sind meist diffus und subtil und passen kaum in die konkrete und datierbare Vorfalls-Logik des Gewaltschutzgesetzes. Sie äußern sich mitunter in schleichender Isolation, Einschränkung der Handlungsfreiheiten durch Bewachen und finanzielle Kontrolle sowie Demütigung, Beleidigungen und Manipulation über längere Zeiträume hinweg. Diese Mechanismen führen dazu, dass die Handlungsmöglichkeiten von Betroffenen stark eingeschränkt werden und teilweise sogar dazu, dass diese selbst an ihrer Wahrnehmung und Handlungsfähigkeit zweifeln. Das geforderte konkrete und detailgetreue Vortragen ihrer Gewalterfahrung wird dadurch erschwert.

Als Verletzung der Freiheit gilt außerdem lediglich das tatsächliche räumliche Einsperren einer Person, nicht jedoch die Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit durch Isolation oder Kontrolle, vor allem die Kontrolle von finanziellen Mitteln. Dabei ist wirtschaftliche Gewalt weithin als Form partnerschaftlicher Gewalt anerkannt und wird als solche explizit in Artikel 3 des völkerrechtlichen Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (kurz: Istanbul-Konvention) genannt. In den ablehnenden Entscheidungen wird jedoch darauf verwiesen, dass eine solche Gewalterfahrung nicht durch das Gesetz abgedeckt sei.

Deutlich wird in der Kommentarliteratur, dass von psychischer Gewalt wie Demütigung, Beleidigung und Kontrolle Betroffene physische Fol-

gen wie Schlafstörungen oder Panikattacken vorbringen müssen, damit das Kriterium einer Verletzung der Gesundheit vorliegt. So ist das eher uneindeutig beschriebene Gefühl, Angst zu haben oder bedroht zu werden, nach vorläufigen Ergebnissen unserer Aktenanalyse häufig nicht ausreichend für eine Schutzanordnung.

Grundsätzlich gilt laut Gesetz außerdem, dass eine Person nicht nur auf die Schutzmaßnahmen zugreifen kann, wenn sie bereits Gewalt erlebt hat, sondern auch, wenn sie vortragen kann, dass sie diese aus konkreten Umständen befürchtet. Diese Umstände scheinen jedoch weiterhin einer juristischen Eingrenzung zu unterliegen: Die Art und Weise, wie eine direkte oder indirekte Gewalt- oder Mordandrohung wiedergegeben wird, kann laut ersten Erkenntnissen unserer Analyse einen entscheidenden Unterschied machen. Fraglich ist jedoch, ob die Antragstellenden sich einer solchen Relevanz der Worte bewusst sind und ob sie tatsächlich in der Lage sind, den Wortlaut einer gehörten Drohung immer genau wiederzugeben. Hier sind auch Sprach- und Übersetzungsbarrieren zu berücksichtigen.

All diese Schwachstellen des Gesetzes und seiner rechtlichen Praxis können dazu beitragen, Werte aus der deutschen Frauenhausstatistik 2022 zu erklären, nach der lediglich 13 Prozent der befragten Personen, die im Frauenhaus Schutz suchten (also jener Gruppe, für die das Gesetz seiner Ursprungsidee nach eine wichtige Handlungsoption bieten soll), überhaupt einen Gewaltschutzantrag stellten. Aus der Aktenanalyse werden jedoch zahlreiche weitere Probleme sichtbar, mit denen wir uns in den kommenden Monaten eingehend auseinandersetzen werden: So ist die effektive Um-



Michael Wräse ist Leiter der Forschungsgruppe *Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten am WZB* und Professor für Öffentliches Recht mit den Schwerpunkten Sozial- und Bildungsrecht an der Universität Hildesheim. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Verfassungsrecht, Sozial- und Bildungsrecht, Bildungssteuerung und Rechtssoziologie/Socio-Legal Studies. michael.wräse@wzb.eu

Foto: © Universität Hildesheim, alle Rechte vorbehalten.

setzung der gerichtlichen Anordnungen an eine entsprechende Sanktionierung von Verstößen geknüpft. Nach aktuellem Stand unserer Forschung sind solche Sanktionierungen jedoch mit weiteren Hürden für Betroffene verbunden.

Unsere Forschung zeigt Probleme auf, die sowohl im Gesetz selbst als auch in der Rechtspraxis liegen. Durch eine vertiefte rechtssoziologische Analyse erhoffen wir uns außerdem grundlegende Erkenntnisse über die Möglichkeiten effektiver rechtlicher und sozialpolitischer Interventionen – und konkrete Verbesserungen beim Rechtszugang für die Betroffenen. ●

Literatur

Baker, Jeffrey R.: „Enjoining Coercion: Squaring Civil Protection Orders with the Reality of Domestic Abuse“. In: Journal of Law and Family Studies, 2008, Jg. 11, H. 35.

Barlow, Charlotte/Johnson, Kelly/Walklate, Sandra Lyn/Humphreys, Les: „Putting Coercive Control into Practice: Problems and Possibilities“. In: The British Journal of Criminology, 2020, Jg. 60, H. 1, S. 160–179.

Frauenhauskoordinierung e.V.: Bundesweite Frauenhausstatistik 2022. Berlin: 2023. Online: <https://www.frauenhauskoordinierung.de/publikationen/frauenhausstatistik> (Stand 4.11.2024).

Richtlinien, Reflexion, Konsens

Körperlichkeit und Machtkritik an künstlerischen Hochschulen

Gewalt und grenzüberschreitendes Verhalten gibt es in allen Branchen, auch in Schulen und in den Künsten. Was macht den Machtmissbrauch an künstlerischen Hochschulen aus? Was ist dort bereits unternommen worden, um Strukturen aufzubrechen, Neues zu wagen und diese Orte sicherer und einladender für alle zu gestalten? Für ihre Dissertation hat Marina Fischer Interviews mit Angehörigen künstlerischer Hochschulen im deutschsprachigen Raum geführt, Erfahrungswissen gesammelt und Erkenntnisse für Präventionsmaßnahmen abgeleitet.

Marina Fischer

Im Frühjahr 2024 schrieb „Der Spiegel“ über eine Sammlung von Erfahrungsberichten, die eine Initiative von Studierenden an Musikhochschulen im deutschsprachigen Raum zusammengetragen hatte. Die Sammlung enthielt mehr als 600 Fälle von Grenzüberschreitungen im Unterricht, von psychischer Gewalt bis hin zu körperlichen Übergriffen. Im selben Jahr erschien eine Vollerhebung an der Hochschule für Musik und Theater München, in der ein Drittel der Befragten Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt schilderte.

Künstlerische Hochschulen bündeln Bedingungen, die jede für sich schon zu Machtmissbrauch und Grenzüberschreitungen einladen, nämlich starke Hierarchien, kleine Klassen, körperliche Nähe und die besondere Verletzlichkeit junger Menschen, die sich für ihre persönliche und musikalische Entwicklung an erfahrenen und etablierten Lehrenden orientie-

ren. So berichten Personen, die an Instituten mit körperorientierten Studiengängen beispielsweise Gesang oder Tanz studieren, besonders häufig von Machtmissbrauchserfahrungen. Mit weitreichenden Folgen: In Lernräumen werden die Weichen für Karrierewege gestellt und Grundüberzeugungen für die spätere Berufstätigkeit geprägt. Grenzüberschreitungen, die sich auch körperlich manifestieren, können sich auf spätere Lebens- und Arbeitsbedingungen und den eigenen Umgang mit Macht und Machtmissbrauch auswirken; sie können Berufswege früh beenden und Betroffene gänzlich aus künstlerischen Räumen ausschließen.

In meinen Interviews mit Studierenden, Lehrenden, Gleichstellungsbeauftragten und ehemaligen Praktiker*innen künstlerischer Hochschulen im deutschsprachigen Raum tauchten quer über die Schwerpunkte und Fachbereiche, ob bei Instrumentalunterricht, Gesang, Schauspiel,

Film oder kreativem Schreiben, die Begriffe der Körperlichkeit und Nähe immer wieder auf. Körperliche Nähe ist ein konstituierendes Element für die künstlerische Hochschullehre. Körper sind Werkzeuge für das Trainieren von technischen Kompetenzen und emotionalem Ausdruck in vielen künstlerischen Fächern. Körperliche Übungen zu Bewegungstechniken, Stimmbildung, Körpertraining, Atmung und Körperhaltung, zur Führung von Instrumenten oder Hilfsmitteln, im Tanz oder Schauspiel sind wichtiger Bestandteil vieler Unterrichtsformen. Körper als Werkzeuge sind aber auch besonders exponiert und besonders vulnerabel: „Wenn dann noch, wie im Gesang, der Körper das eigene Instrument ist, dann gibt es quasi überhaupt nichts mehr, was man dazwischensetzen kann. Das geht dann direkt auf den Körper als Instrument, und eine Instrumentalisierung findet quasi auch direkt mit diesem Körper statt.“

Fast alle Interviewten erzählten ohne explizite Aufforderung von selbsterlebten oder beobachteten körperlichen Grenzverletzungen in der künstlerischen Ausbildung, schon im frühen Musikunterricht, später im Hochschulstudium. Neben körperlicher Nähe ist auch emotionale Nähe ein ermöglichernder Umstand. Kleine Klassen oder Eins-zu-Eins-Settings, manchmal jahrelange Begleitung durch eine Lehrperson: Studierende und Lehrende verbringen viel Zeit zusammen. Der Umgang kann entsprechend familiär ausfallen: „Das passiert schon häufiger, dass man auch zuhause Unterricht hat, oder dass man irgendwo hinfährt. Und einfach dadurch, dass man da eine sehr spezielle Beziehung zueinander aufbaut. Es ist trotzdem immer noch Arbeitsfeld, aber es kann sehr familiär und sehr freundschaftlich werden.“

Der fließende Übergang zwischen privatem und professionellem Raum wird institutionell häufig nur andeutungsweise oder gar nicht präventiv geregelt. Lehrpersonen werden auf die große körperliche und emotionale Nähe nicht systematisch pädagogisch vorbereitet. Obwohl er so zentral für die Ausbildung ist, bleibt der Körper in dieser Hinsicht oft unerwähnt.

Das explizite Thematisieren von körperlichen Erfahrungen und Bedürfnissen im zwischenmenschlichen Umgang ist also eine zwingende Voraussetzung für die Etablierung von Grenzen und Konsens, aber es ist noch keine Selbstverständlichkeit im künstlerischen Unterricht. Körper von Studierenden sind unmittelbare



Marina Fischer ist Psychologin und Stipendiatin im Promotionskolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“. Sie arbeitet an ihrer Dissertation zu sexualisierter Gewalt im Arbeits- und Ausbildungskontext junger Kultur- und Medienschaffender. marina.fischer@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Leidtragende nicht gesetzter Grenzen und zentraler Leerstellen in pädagogischen Curricula. Dabei ist der bewusste Umgang mit Körperlichkeit keineswegs nur zur Prävention körperlicher Grenzüberschreitungen wichtig. Auch für den Anspruch, künstlerische Hochschulen als inklusive und barrierearme Orte zu gestalten, bedarf es einer Bedürfnissensibilität. Menschen lernen unterschiedlich und brauchen je nach individueller Situation spezifisch gestaltete Räume, um sich in ihrem Fach entfalten zu können. Welche Maßnahmen sind für eine bessere Prävention denkbar? Aus den Interviews ergeben sich zwei zentrale Stichworte dafür: Institutionelle Richtlinien und Konsens.

Um Grenzüberschreitungen zu verhindern, müssen Grenzen benannt werden: Was passiert wann genau, was ist gewünscht, was nicht? Das ist zunächst auf institutioneller Ebene relevant. Richtlinien, Codizes und Dienstvereinbarungen, die sich die Institution Hochschule selbst gibt, können festschreiben, was erlaubt ist, und was nicht, inklusive Konsequenzen und Sanktionen. So entsteht ein eindeutiger Referenzrahmen, der das Setzen schützender Grenzen sagbar und umsetzbar macht – zum Beispiel das explizite Verbot, in privaten Räumen zu unterrichten, oder die klare Definition, was Machtmissbrauch ist.

Alle von mir Interviewten, gleich welcher Gruppe, bekräftigten die Notwendigkeit eines solchen Rahmens. Körper sind jedoch auf un-

terschiedliche Arten vulnerabel. Rassifizierte, be-hinderte, nicht-gendernormative Körper sehen sich auch in künstlerischen Settings einer besonderen Angreifbarkeit ausgesetzt, wie verschiedene Studien der letzten Jahre bestätigen. Es ist nicht für alle gleichermaßen leicht, über Bedürfnisse oder Unbehagen zu sprechen, eigene Grenzen wahrzunehmen und zu schützen. Künstlerische Hochschulen sind auf unterschiedlichen Ebenen von Macht durchzogene Räume. Bereits beim Zugang zum Studium und auch in seinem Verlauf wirken Barrieren und Ausschlussmechanismen, abhängig von der individuellen Situation der Studierenden, zum Beispiel ihrer Migrationsgeschichte, Rassifizierung, sozialen Herkunft oder Sorgeverantwortung. Auch die Exzellenzdiskurse, das Selbstverständnis der Hochschulen und der jeweiligen künstlerischen Sparten tragen dazu bei. Wer aus welchen Gründen auch immer abhängiger ist von Empfehlungen, Netzwerken und dem Wohlwollen von Lehrkräften, ist in einer schwächeren Position, Bedürfnisse und Grenzzsetzungen zu benennen. Auch der Zugang zu Unterstützungsangeboten ist ungleich verteilt – nicht-deutschsprachige Studierende wissen oft nicht, wer für sie zuständig ist, Studierende mit Behinderung erhalten nicht die Angebote, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Neben der Festlegung klarer institutioneller Richtlinien sahen die Interviewten die Etablierung von „Konsenspraktiken“ im künstlerischen Lehrumfeld als einen Hebel, um mehr psychologische und körperliche Sicherheit in den intimen Räumen zu ermöglichen. Der Umgang mit körperlichen Grenzen und Bedürfnissen der Studierenden, die in diesem Setting die vulnerableren, abhängigen Personen sind, muss von Lehrenden aktiv gestaltet werden. In ihren Interviews zeigten sie Problembewusstsein und das aktive Bemühen, es besser zu machen. Einige junge Lehrende berichteten von ihren eigenen Good Practices: Sie vereinbarten mit den Studierenden, sie vor jeder Berührung zu informieren und aktiv Konsens einzuholen: „Und ich halte meinen eigenen Schülerinnen auch viele MeToo-Vorträge, zum Beispiel berühre ich nicht viel, und wenn, dann frage ich konkret um Erlaubnis. Ich versuche dann wirklich, mir Mühe zu geben, dass ich nicht schon ‚Darf ich dich anfassen?‘ sage, und dann lange ich schon hin. Sondern dass ich dasitze, und sage ‚Ich würde jetzt gerne dein Handgelenk anfassen, um dir zu helfen, zu spüren, was du da machen sollst, darf ich das?‘“

Wenn diese und andere Beispiele guter Praxis an Hochschulen systematisch in Curricula und verpflichtenden Weiterbildungen verankert werden, bleiben sie keine Einzelinitiativen. Die Frage ist natürlich, wie wirklicher Konsens in einem von Machtgefällen gekennzeichneten Bereich wie der Hochschullehre entstehen kann. Nur wenn ein „Nein“ wirklich sicher und frei von negativen Konsequenzen geäußert werden kann – auch gegenüber erfahreneren und mächtigeren Personen –, ist eine Konsenskultur tragfähig. Hierzu bedarf es ehrlicher machtkritischer Praxis auf allen Ebenen künstlerischer Hochschulen.

Das Etablieren von Konsens und die Prävention vor körperlichen Grenzüberschreitungen beginnen sehr weit vor dem eigentlichen körperlichen Kontakt. Das Nachdenken über Macht und ihre Verteilung, Zugänglichkeit und Exklusivität von Räumen ist ein Baustein, der bei grundsätzlicher institutioneller Kritik ansetzt: Für wen wurden (künstlerische) Hochschulen gemacht, welche Vorstellungen von Exzellenz und Belastbarkeit werden vorausgesetzt, welche Körper sind mitgedacht, wessen Bedürfnisse werden erfasst? Auf dieser Grundlage kann

„Diskriminierungssensible Praxis ermöglicht es, Lernräume zu hinterfragen und neu zu gestalten“

das Sprechen über Grenzen und das Finden von Konsens in komplexer intersektionaler Verwobenheit adäquat und nachhaltig möglich werden. So widmet sich Grafikdesignerin Katharina Brenner in der Reihe „Praktiken wider-spenstiger Lernräume“ progressiven Lernformaten in künstlerischen Hochschulen – als Räume, die „Austausch ermöglichen [und] darüber hinaus widerspenstig die Infrastrukturen und Architekturen des Zusammenkommens auf den Kopf stellen“. In einer Veröffentlichung findet sich auch ein Interview mit Ren Loren Britten zum sogenannten Access Rider Tutorial. Access Rider sind Handreichungen für das proaktive Einholen und Äußern von individuellen Bedürfnissen, die es ermöglichen, die eigene Tätigkeit als Künstler*in oder Lernende gut ausüben zu können. Diese diskriminierungssensible Praxis ermöglicht es, Lernräume zu hinterfragen und neu zu gestalten: Für welche

(Norm-) Körper wurden sie ursprünglich gedacht? An welchen Stellen werden nicht-normative Bedürfnisse übergangen und behindert? Wer wird durch die vorhandenen Sitzmöglichkeiten, Pausengestaltungen und Verpflegungsangebote ausgeschlossen? Werden besondere Wünsche nach physischer Distanz berücksichtigt? Konsensbasierte Lernräume, in denen Körper vor Disziplinierung und Grenzüberschreitung geschützt sind, können so auch durch das Sichtbarmachen und Einfordern von Bedürfnissen entstehen.

An dem Praxisbeispiel wie aus den Interviewdaten wird deutlich: Das Neu-Lernen von Kommunikations- und Reflexionsformen kann es ermöglichen, künstlerischen Unterricht machtsensibel, bedürfnisorientiert, konsensbasiert und grenzwährend zu gestalten. Notwendig hierzu sind eine diskriminierungskritische Sensibilisierung und ein Bewusstsein für die in künstlerische Räume eingeschriebenen Macht-dynamiken.

Unterrichtssituationen in den Künsten bleiben fragile Settings, in denen häufig auf individueller körperlicher Ebene systemimmanente Problematiken von Macht, In- und Exklusion und Leistungslogiken verhandelt werden. Die Hochschule für Musik und Theater München präsentierte im Anschluss an ihre hochschulweite

Erhebung einen Sieben-Punkte-Plan mit Maßnahmen gegen Machtmissbrauch, Diskriminierung und sexualisierte Gewalt, der einen Baustein „Körper, Psyche und Gesundheit“ enthielt. Hier wurden unter anderem der Einsatz von

„Auf körperlicher Ebene werden Problematiken von Macht, In- und Exklusion und Leistungslogiken verhandelt“

sogenannten (im Filmgeschäft bereits bewährten) Intimitätskoordinator*innen in körperzentrierten Studiengängen sowie verstärkte Sensibilisierungsmaßnahmen zu Körperkontakt im Unterricht in Aussicht gestellt.

Dank aktueller Debatten und empirischer Erkenntnisse eröffnen sich Chancen für einen anderen Umgang mit Körpern in den Künsten. Ob sie ergriffen werden, bleibt abzuwarten. Es wird notwendig sein, solche Maßnahmen auch wissenschaftlich und aus der Perspektive der Betroffenen zu begleiten, um Erkenntnisse über ihre Wirksamkeit für wahrhaftig geschützte, diskriminierungskritische Räume in den Künsten zu schaffen. ●

Literatur

Brenner, Katharina: „Access rider tutorial. Conversation with Ren Loren Britton“. In: Praktiken wider-spenstiger Lernräume, 2024, H. 3. Online: <https://praktiken-widerspenstiger-lernraeume.de/> (Stand 12.11.2024).

Difalco Daugherty, Elaine/Trommer-Beardslee, Heather: Consent Practices in Performing Arts Education. Bristol: Intellect 2024.

Dill, Helga/Schubert, Tinka/Behringer, Franziska/Meyer, Sebastian/Müller, Charlotte/Pusti Dal, Melike: Vollerhebung zu Machtmissbrauch, Diskriminierung und sexualisierter Gewalt bei den Mitgliedern der Hochschule für Musik und Theater München: Institut für Praxisforschung und Projektberatung 2024. Online: https://hmtm.de/wp-content/uploads/PDF/Abchlussbericht-IPP-HMTM_2024-04-18.pdf (Stand 12.11.2024).

Freier Zusammenschluss von student*innenschaften fzs: Forderungen zur Prävention und Intervention von übergriffigem, unangemessenem und missbräuchlichem Verhalten an Musikhochschulen. Berlin: fzs e.V. 2024. Online: www.fzs.de/forderungskatalog-zur-pravention-und-intervention-von-ubergriffigem-unangemessenen-und-missbrauchlichem-verhalten-an-musikhochschulen (Stand 12.11.2024).

Saner, Philippe/Vögele, Sophie/Vessely, Pauline: Schlussbericht Art.School.Differences. Researching Inequalities and Normativites in the Field of Higher Art Education. Zürich: Institute for Art Education, Zürcher Hochschule der Künste 2016. Online: https://blog.zhdk.ch/artschooldifferences/files/2016/10/ASD_Schlussbericht_final_web_verlinkt.pdf (Stand 12.11.2024).

Angst, Stress, Depressionen

Was die Akzeptanz psychologischer Unterstützung fördert

Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit nehmen weltweit zu. Fast die Hälfte aller Menschen sind irgendwann in ihrem Leben davon betroffen. Psychische Probleme sind für mehr als 4 Prozent des globalen Verlusts bei Bruttoinlandsprodukten verantwortlich und die Hauptursache für Erwerbsunfähigkeit. Trotzdem erhalten viele Menschen nicht die Behandlung, die sie benötigen – und die durchaus verfügbar wäre. Francesco Capozza berichtet von einem Experiment, das diese Lücke zu schließen versucht.

Francesco Capozza

Junge Menschen sind überdurchschnittlich belastet: Etwa 75 Prozent der psychischen Probleme treten vor dem 24. Lebensjahr auf. Junge Menschen, insbesondere Studierende an Universitäten, tun sich aber schwer damit, Unterstützung für ihre psychische Gesundheit zu suchen: Das Bewusstsein über die Bedeutsamkeit psychischer Gesundheit ist schwach, es gibt viele falsche Vorstellungen über die Möglichkeiten der Behandlung, und die Hemmschwelle, Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist hoch. Universitäten versuchen allerdings, die Verfügbarkeit von psychologischen Diensten durch Beratung und digitale Ressourcen wie Apps zur psychischen Gesundheit zu verbessern. Diese Dienste sind sehr hilfreich, und doch nimmt ein großer Teil der Studierenden, die unter psychischen Symptomen leiden, keine professionelle Unterstützung an. Von den Teilnehmenden der Studie, die ich im Folgenden vorstelle, suchten beispielsweise nur etwa

26 Prozent der Personen mit entsprechenden Symptome Hilfe, obwohl solche Ressourcen zur Verfügung standen.

Vielversprechend scheinen Maßnahmen zu sein, die darauf abzielen, die Stigmatisierung psychischer Probleme zu verringern und die Suche nach Hilfe zu fördern. Doch obwohl diese Maßnahmen großes Potenzial haben, gibt es bislang nur wenig Belege für ihre Wirksamkeit. Um diese Lücke zu schließen, haben wir in einer experimentellen Studie untersucht, ob Maßnahmen, die Kenntnisse über psychische Gesundheit vermitteln, die Nachfrage von Studierenden nach Unterstützungsleistungen erhöhen könnte.

Unsere Studie umfasste ein Online-Experiment mit knapp 3.000 Studierenden in den Niederlanden. Die Teilnehmenden wurden mit Informationen versorgt, die zwei Schlüsselbotschaf-

ten betonten: Erstens, dass psychische Gesundheit ein Spektrum darstellt, man also nicht einfach von „gesund“ oder „krank“ sprechen

„Teilnehmenden am Experiment wurde vermittelt, dass schon kleine Maßnahmen der Selbstfürsorge die psychische Gesundheit verbessern können“

kann, und zweitens, dass schon kleine Maßnahmen, etwa zur Selbstfürsorge, die psychische Gesundheit innerhalb dieses Spektrums verbessern und damit auch die akademischen Leistungen positiv beeinflussen können.

Wir haben uns aus mehreren Gründen auf Studierende konzentriert: Studentinnen und -studenten sind eine Gruppe, bei der vergleichsweise viele psychische Probleme auftauchen. Zudem können solche Probleme die Entwicklung des eigenen Potenzials während der Studienjahre, die eine entscheidende Phase für die persönliche und berufliche Entwicklung darstellen, erheblich behindern. Darüber hinaus steigen in den Niederlanden die Kosten für psychosoziale Dienste ab dem Alter von 18 Jahren, was erwachsene Studierende davon abhalten könnte, eine Behandlung in Anspruch zu nehmen.

In unserer Studie wurden die Studierenden nach dem Zufallsprinzip eingeteilt: Die Hälfte erhielt Informationen zur psychischen Gesundheit, die andere nicht. Die Intervention war so konzipiert, dass sie reale Aufklärungskampagnen nachahmte, denen Studierende möglicherweise begegnen, zum Beispiel in sozialen Medien oder auf Universitäts-Websites. Auf diese Weise konnten wir untersuchen, ob solche niedrigschwellige Interventionen die Nachfrage von Studierenden nach verschiedenen Arten von psychosozialen Diensten beeinflussen könnten.

Um diese Nachfrage zu messen, verwendeten wir zwei Größen: Die eine war die Bereitschaft der Studierenden, das einmonatige Abonnement einer App zu bezahlen, die Unterstützung bei Problemen wie Depression, Angst und Stress



Francesco Capozza ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Ökonomik des Wandels am WZB. francesco.capozza@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

bietet. Zum anderen beobachteten wir, ob die Studierenden Informationen über persönliche psychische Gesundheitsdienste wie psychologische Beratung oder Coaching suchten.

Unsere Analyse ergab mehrere wichtige Erkenntnisse. Die Bereitschaft der Studierenden, für eine Gesundheits-App zu bezahlen, wurde durch unsere Intervention nicht signifikant erhöht. Ohne weitere Informationen waren die Studierenden bereit, durchschnittlich 3,79 Euro für die App zu bezahlen. Die Intervention hatte einen kleinen positiven Effekt auf diesen Be-

„Männliche Studierende, für die psychische Probleme meist stärker negativ besetzt sind, zeigten eine deutlich höhere Bereitschaft, für eine Gesundheits-App zu zahlen“

trag, dieser Effekt war aber zu klein, um als aussagekräftig zu gelten. Zweitens untersuchten wir, welche Art von Gesundheitsdiensten die Studierenden bevorzugten. Die Studierenden in der Interventionsgruppe suchten mit 3,9 Prozentpunkten höherer Wahrscheinlichkeit nach Informationen über Coaching-Angebote, die eine geringe Intensität haben und sich auf die Entwicklung von Fähigkeiten und die Überwindung von Leistungsproblemen konzentrieren. Umso weniger fragten sie nach psy-

In der Oberberg-Klinik im brandenburgischen Wendisch Rietz werden Menschen mit Burnout behandelt.
Foto: © Maurice Weiss/OSTKREUZ,
alle Rechte vorbehalten.



chologischer Beratung, einer Dienstleistung mit hoher Intensität. Die Intervention führte also nicht zu einem Anstieg der Nachfrage nach psychologischen Diensten insgesamt, aber zu einer Verschiebung der Präferenzen von eingehender psychologischer Beratung hin zum Coaching. Wir untersuchten drittens, wie sich die Intervention auf verschiedene Gruppen von Studierenden auswirkte. Männliche Studierende beispielsweise, für die psychische Probleme meist stärker negativ besetzt sind, zeigten eine deutlich höhere Bereitschaft, für die Gesundheits-App zu zahlen. Die Intervention erhöhte die Wahrscheinlichkeit, dass männliche Studierende ein positives Angebot für die App abgeben würden, um etwa 4 Prozentpunkte. Möglicherweise spielten auch hier die Bedeutung der Selbstfürsorge und die geringere Intensität von Optionen wie Apps eine Rolle.

Schließlich stellten wir fest, dass Studierende mit nur mäßiger psychischer Belastung ihre Nachfrage eher von psychologischer Beratung auf Coaching-Dienste verlagerten. Die Intervention könnte also dazu beigetragen haben, dass diese Studierenden den Wert von niedrigschweligen Angeboten wie Coaching erkannt

haben, die für Personen mit weniger schwerwiegenden psychischen Problemen möglicherweise besser geeignet sind.

Um zu verstehen, warum die Intervention diese Auswirkungen hatte, befragten wir die Studierenden zu ihren Überzeugungen in Bezug auf psychosoziale Dienste. Demnach führte die Intervention dazu, dass den Studierenden die Wirksamkeit von Apps für psychische Gesundheit stärker bewusst wurde, insbesondere den männlichen Befragten. Diese Veränderung der Wahrnehmung trug wahrscheinlich zur beobachteten Zunahme der Zahlungsbereitschaft für die App bei Männern bei. Interessanterweise fanden wir aber auch Hinweise darauf, dass die Intervention das Bewusstsein der Studierenden für das Stigma geschärft haben könnte, das mit intensiven psychischen Gesundheitsdiensten wie psychologischer Beratung verbunden ist. Dies könnte erklären, warum einige Studierende ihre Präferenzen in Richtung weniger intensiver Dienstleistungen wie Coaching verschoben haben.

Drei Wochen nach dem ersten Experiment befragten wir die Studierenden erneut, um fest-

zustellen, ob die Intervention nachhaltige Auswirkungen auf ihr Verhalten oder ihre psychische Gesundheit hatte. Es zeigte sich, dass jene Studierenden, die bereit waren, für die App zu bezahlen, auch sehr viel stärker dazu neigten, tatsächlich psychosoziale Unterstützung zu suchen. Außerdem erhöhten Informationen über

„Wer bereit war, für die App zu bezahlen, neigte auch sehr viel stärker dazu, tatsächlich psychosoziale Unterstützung zu suchen“

Coaching oder Beratung die Wahrscheinlichkeit, Hilfe bei einem Coach oder einer Psychologin zu suchen. Dies deutet darauf hin, dass unsere experimentellen Maßnahmen gut mit dem realen Verhalten übereinstimmen.

Einige Einschränkungen müssen allerdings berücksichtigt werden: Zwar war unsere Stichprobe weitgehend repräsentativ für die Studierenden dieser Universität, wir können aber nicht ausschließen, dass die Studierenden, die an der Studie teilnahmen, eher an Kampagnen zur psychischen Gesundheit interessiert waren als der Querschnitt der Studie-

renden. Außerdem fand die Studie während der Corona-Pandemie statt, was die Bedeutung von Fragen der psychischen Gesundheit erhöht haben könnte. Allerdings ist davon auszugehen, dass die verstärkte Aufmerksamkeit für psychische Gesundheit auch nach der Pandemie anhält.

Unsere Studie erbringt den Nachweis, dass eine kostengünstige Intervention zur Förderung der psychischen Gesundheit die Nachfrage nach niedrigschwelligen psychosozialen Diensten, wie etwa Coaching, erhöhen kann. Allerdings sind die Effekte nicht groß, und die Nachfrage hat sich von intensiveren zu weniger intensiven Angeboten verschoben. Das zeigt, wie wichtig es ist, Kampagnen zur psychischen Gesundheit sorgfältig zu konzipieren und präzise auf verschiedene Gruppen auszurichten. Künftige Forschungsarbeiten sollten untersuchen, wie Maßnahmen so gestaltet werden können, dass Stigmatisierung abgebaut und eine Inanspruchnahme nicht nur von niedrigschwelligen, sondern auch von hochintensiven psychosozialen Diensten gefördert werden. Je besser wir verstehen, wie Kampagnen zur psychischen Gesundheit zielgruppengerecht angelegt werden können, desto mehr verbessern wir den Zugang zur psychischen Gesundheitsversorgung. Ziel muss es sein sicherzustellen, dass jeder und jede Einzelne genau die Unterstützung erhält, die er oder sie zum jeweiligen Zeitpunkt braucht. ●

Literatur

Acampora, Michelle/Capozza, Francesco/Moghani, Vahid: Mental Health Literacy, Beliefs and Demand for Mental Health Support among University Students. Tinbergen Institute Discussion Paper, 2022, No. TI 2022-079/I.

Biasi, Barbara/Dahl, Michael S./Moser, Petra: Career effects of mental health. NBER Working Paper, 2021, 29031.

De Quidt, Jonathan/Haushofer, Johannes: Depression for Economists. NBER Working Paper, 2016, 22973.

Ridley, Matthew/Rao, Gautam/Schilbach, Frank/Patel, Vikram: „Poverty, Depression, and Anxiety: Causal Evidence and Mechanisms“. In: Science, 2020, (370), DOI: 10.1126/science.aay0214.

Shreekumar, Advik/Vautrey, Pierre-Luc: Managing Emotions: The effects of Online Mindfulness Meditation on Mental Health and Economic Behavior. Technical report 2021. Online: www.adviksh.com/files/in_progress/sv_mindfulness.pdf (Stand 12.11.2024).

Wie eine neue Pandemie

Dass Aufmerksamkeitsdefizite weltweit zunehmen, hat nicht nur medizinische Gründe

Vom Zappelphilipp war früher die Rede, wenn Kinder unkonzentriert und fahrig waren. Heute ist mehr bekannt über das Phänomen des „Aufmerksamkeitsdefizit-Syndroms“ – und es wird weltweit immer häufiger diagnostiziert. Dieser Anstieg ist nicht nur für die Medizin relevant, sondern mindestens so sehr für die Sozialwissenschaften.

Irem Tuncer-Ebetürk, Jessica Kim und Yasemin Soysal

ADHS – die Abkürzung bedarf kaum noch einer Aufschlüsselung. Die „Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung“ ist längst kein Nischenthema mehr. Das Phänomen ist, wie auch andere Spielarten der Neurodiversität, in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt. Als wir mit der Arbeit an diesem Beitrag begannen, wollten wir über bekannte Persönlichkeiten mit ADHS berichten und analysieren, wie diese Störung ihren Weg in die Populärkultur gefunden hat, verstärkt im letzten Jahrzehnt. Die sozialen Medien sind voll mit Tipps zur Selbstdiagnose und Strategien für den Umgang mit ADHS, die oft in eingängigen, ansprechenden Formaten präsentiert werden. Doch als wir uns näher mit dem Thema beschäftigten, stellten wir fest, dass sich das Bild von ADHS weit über diese Diskussionen hinaus entwickelt hat. ADHS ist heute so präsent, vor allem in englischsprachigen Medien, dass es fast so aussieht, als ob jede oder jeder jemanden kennt – oder jemand ist, der oder die sich als neurodivers bezeichnet. Die Fallzahl ist so hoch, dass einige argumentieren, ADHS könne einfach als Rechtfertigung für Bequemlichkeit dienen. Sie stellen den Krankheitswert in Frage oder behaupten, dass viele, die angeben, ADHS zu haben, die Diagnosekriterien nicht erfüllen. Ähnliche Zweifel werden in Bezug auf ADHS-Diagnosen bei Kin-

dern geäußert, die häufiger vorkommen und auch schon länger bekannt sind. Einige sagen, dass Kinder übertherapiert werden oder dass irgendwelche Verhaltensauffälligkeiten zunehmend als ADHS bezeichnet werden. In einem kürzlich erschienenen Artikel thematisieren wir die Faktoren, die hinter dem Anstieg der Zahl der Diagnosen bei Kindern stehen, der seit Jahrzehnten zu beobachten ist. Die aktuelle Zunahme von ADHS bei Erwachsenen lassen wir in diesem Zusammenhang außer Acht.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde ADHS als „amerikanische Krankheit“ abgetan und von Kritikern außerhalb der USA häufig in Frage

„ADHS wird anhand von Verhaltensmerkmalen und Beobachtungstests diagnostiziert, was Raum für Interpretationen und Unsicherheiten lässt“

gestellt. Heute wird diese Krankheit weltweit anerkannt und diskutiert. Bei Kindern hat die Diagnose an Umfang und Bedeutung zugenom-

men, sie spielt in den Bildungs- und Gesundheitssystemen in Ländern mit sehr unterschiedlichen Kulturen und politischen Systemen eine Rolle. Von Klassenzimmern in den USA bis hin zu Haushalten in Europa und Asien steht ADHS im Mittelpunkt vieler Gespräche über psychische Gesundheit, Bildung und die Entwicklung von Kindern. Trotz Jahrzehntelanger Forschung bleibt ADHS jedoch ein umstrittenes Phänomen. Im Gegensatz zu vielen anderen psychischen Erkrankungen, für die eindeutige Diagnoseverfahren existieren, gibt es für ADHS keinen eindeutigen medizinischen Test, der auf Gehirnstruktur oder Biochemie basiert. Stattdessen wird die Störung anhand von Verhaltensmerkmalen und Beobachtungstests diagnostiziert, was Raum für Interpretationen und Unsicherheiten lässt. In der medizinischen Fachwelt wird ADHS im Allgemeinen als eine neurologische Entwicklungsstörung betrachtet, doch die Ursachen und Behandlungsansätze sind noch immer unklar.

Diese Unklarheit macht die steigenden Raten von ADHS zu einem faszinierenden Thema auch für die Soziologie. Ein medizinischer Konsens fehlt, und dennoch nehmen ADHS-Diagnosen bei Kindern weltweit zu. Die empirischen Daten sind überzeugend, der Anstieg ist nicht nur in den Industrieländern zu beobachten – und unabhängig vom jeweiligen Bruttoinlandsprodukt, vom politischen System oder der Zu-

„Wir bieten eine Perspektive auf die soziokulturellen, wirtschaftlichen und institutionellen Faktoren, die die globale Verbreitung von ADHS vorantreiben“

gänglichkeit des Gesundheitswesens. Worauf ist dieser Anstieg zurückzuführen? Liegt es einfach an besseren Diagnoseinstrumenten, oder ist etwas Komplexeres im Spiel? Wir stellen Ergebnisse und theoretische Erkenntnisse vor, die auf unserer jüngsten Studie über das Vorkommen von ADHS in 135 Ländern in den Jahren von 1996 bis 2019 beruhen, und bieten eine Perspektive auf die soziokulturellen, wirtschaftlichen und institutionellen Faktoren, die die globale Verbreitung von ADHS vorantreiben.



Irem Tuncer-Ebetürk ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Global Governance am WZB.

Foto: © WZB/Thu-Ha Nguyen, alle Rechte vorbehalten.

Wir gehen davon aus, dass die wichtigsten Ursachen für den weltweiten Anstieg nicht rein medizinischer oder wirtschaftlicher Natur sind. Vielmehr hängt die Verbreitung der Diagnose eng mit kulturellen Veränderungen zusammen. Wir betrachten die soziale Konstruiertheit des Phänomens aus der theoretischen Perspektive der „Weltgesellschaft“ (World Society).

Eine wichtige Rolle spielt die zunehmende Betonung der Kinderfreundlichkeit. Die Art und Weise, wie Gesellschaften die Kindheit betrachten, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert: Kinder werden heute als einzigartige Individuen mit spezifischen Bedürfnissen und Rechten gesehen. Der wachsende Individualismus und das weltweite Eintreten für die Rechte der Kinder hat in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg diesen Wandel befördert, der in den 1990er-Jahren zu globalen Konventionen wie dem Übereinkommen der UN über die Rechte des Kindes führte. Dieser Vertrag, der in großem Umfang ratifiziert wurde, war ein Vorbild für die Anerkennung von Kindern als Individuen mit universellen Rechten. Es folgten wichtige politische Maßnahmen, darunter das Verbot von Kinderarbeit, strengere Gesetze über das Mündigkeitsalter und neue soziale Normen gegen harte Disziplinarmaßnahmen. Sowohl Schulen als auch Familien wandten sich einer positiven Sozialisierung zu und schufen so eine Welt, in der das geistige und körperliche Wohlbefinden der Kinder im Vordergrund steht. Dieser Wandel führte auch zu einer Neudeinition des Bildungswesens. Internationale Bewegungen in den 1990er- und 2000er-Jahren, wie zum Beispiel das UNESCO-

Aktionsprogramm „Bildung für alle“, forderten Reformen, die auf Bedürfnisse der Kinder ganzheitlich eingehen. In Bildungssysteme wurden nicht mehr nur die akademische, sondern auch die soziale, emotionale und kognitive Entwicklung der Kinder in den Vordergrund gestellt. In den Lehrplänen von Schulen auf der ganzen Welt wurden Ansätze eingeführt, die sich auf die Stimmen, die Entscheidungen und die Handlungsfähigkeit der Kinder konzentrieren. Diese kulturelle Ausrichtung auf die Förderung des Potenzials eines jeden Kindes wirkte sich auch auf das Familienleben aus: Eltern setzen sich immer stärker für das Wohlergehen ihrer Kinder ein. Das wird auch durch sinkende Geburtenraten begünstigt: Kleinere Familien bedeuten, dass Eltern ihre Ressourcen – also Zeit, Aufmerksamkeit und Geld – auf jedes einzelne Kind konzentrieren können. Werte wie Autonomie, individuelles Wachstum und Planung haben Hochkonjunktur.

In diesem Kontext wächst das Bewusstsein für kindliche Entwicklungsschwankungen natürlich, und Phänomene wie ADHS wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Da die Entwicklung

„Da die Entwicklung und das Verhalten der Kinder in der Schule und zu Hause genau beobachtet werden, wird jede Abweichung von den erwarteten Normen schnell erkannt“

und das Verhalten der Kinder in der Schule und zu Hause genau beobachtet werden, wird jede Abweichung von den erwarteten Normen schnell erkannt. Diese verstärkte Beobachtungskultur, die durch Bildungsreformen und Familiendynamik unterstützt wird, trägt zum Anstieg der ADHS-Diagnosen bei, vor allem in Gesellschaften, die großen Wert auf frühe Bildung legen und niedrige Geburtenraten haben. Die weltweit zunehmende Bedeutung von ADHS hat also mit Fragen der Kultur zu tun – aber nicht nur.

Es ist faszinierend zu beobachten, welche Rolle internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Gesundheitsbereich in diesem Zusammenhang spielen. Diese Organisationen sind zentral für die Verbreitung von Wissen, die Nor-



Jessica Kim Assistant Professor an der Universität Pittsburgh, war Mitarbeiterin in der Abteilung Globale Soziologie am WZB und beschäftigt sich unter anderem mit globaler und transnationaler Soziologie.

Foto: © WZB/Katy Otto, alle Rechte vorbehalten.

malisierung der Symptome von ADHS und die verbesserte Anerkennung und Behandlung weltweit. Wie NGOs zur Bildung von Normen im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit oder der Menschenrechte beigetragen haben, haben Gesundheitsorganisationen das globale Narrativ über ADHS vorangetrieben. Sie arbeiten mit nationalen Regierungen zusammen, um Gesundheitspolitik zu gestalten, die Öffentlichkeit aufzuklären und die Bildungspraxis zu beeinflussen. Indem sie sich für die Anerkennung von ADHS als behandlungsbedürftiger Krankheit einsetzen, haben internationale NGOs im Gesundheitsbereich dazu beigetragen, dass ADHS weltweit in gesellschaftlichen Diskussionen auftaucht. Dies erklärt, warum in vielen Ländern ADHS in ähnlichem Umfang diagnostiziert wird, auch wenn sich die medizinischen Infrastrukturen ebenso wie die wirtschaftlichen und politischen Systeme teils stark unterscheiden.

Die Erforschung von ADHS war lange Zeit auf bestimmte Länder, hauptsächlich die USA, beschränkt. Jüngere soziologische Studien bieten eine neue Sichtweise: ADHS ist nicht mehr nur eine medizinische Diagnose, sondern ein sozial konstruiertes Phänomen, das von vielen Faktoren beeinflusst wird. Wir betrachten es aus der theoretischen Perspektive der „Weltgesellschaft“ (World Society) und sehen, dass Faktoren wie Kinderfreundlichkeit und der Aufstieg von NGOs eine wichtige Rolle spielen.

Unsere Studie beantwortet allerdings noch nicht alle Fragen. So ist beispielsweise die Rolle

der Internetnutzung und der sozialen Medien für die Schaffung eines Bewusstseins für ADHS noch relativ unerforscht. Da die digitale Vernetzung zunimmt, ist es wahrscheinlich, dass Online-Plattformen eine immer wichtigere

„Die Rolle der Internetnutzung und der sozialen Medien für die Schaffung eines Bewusstseins für ADHS ist noch relativ unerforscht“

Rolle bei der Wahrnehmung von ADHS spielen werden. Ob durch Elternblogs, pädagogische Websites oder ADHS-Selbsthilfegruppen – das Internet könnte in den kommenden Jahren einen tiefgreifenden Einfluss darauf haben, wie ADHS verstanden, diagnostiziert und behandelt wird. Künftige Forschungsarbeiten könnten diesen Einfluss auf individueller Ebene genauer untersuchen, insbesondere die Auswirkungen von Online-Gemeinschaften auf das Verständnis der Eltern von ADHS-Symptomen. Sie könnten Erkenntnisse darüber schaffen, wie digitale Trends global ein größeres Bewusstsein und mehr Unterstützung für neurodiverse Menschen fördern können. Aufschlussreich wäre die Beobachtung von Plattformen wie Instagram und TikTok, auf denen ADHS-Influencer und Aktivist*innen für psychische Gesundheit vertreten sind.



Yasemin Soysal ist Forschungsprofessorin für Globale Soziologie am WZB, Universitätsprofessorin an der Freien Universität Berlin sowie stellvertretende Co-Direktorin und leitende Wissenschaftlerin des Exzellenzclusters SCRIPTS.
yasemin.soysal@wzb.eu

Foto: © WZB/Valerie Schmidt, alle Rechte vorbehalten.

Die Zunahme von ADHS-Diagnosen weltweit zeigt, wie stark globale Normen die Gesundheit von Kindern beeinflussen. Für Eltern, Pädagogen und Anwältinnen bedeutet dies, dass die Unterstützung von kindzentrierten Ansätzen und die Förderung des Verständnisses für ADHS dazu beitragen könnten, ein förderlicheres Umfeld zu schaffen. Unbehandeltes ADHS bei Kindern kann zu schulischen Schwierigkeiten, Ängsten und Gesundheitsproblemen im Erwachsenenalter führen – daher machen eine Sensibilisierung und ein Abbau der Stigmatisierung sowohl für Kinder als auch für Erwachsene einen Unterschied zum Besseren. ●

Literatur

Tuncer-Ebetürk, İrem/Kim, Jessica/Nuhoglu-Soysal, Yasemin: The Global Rise in Children's Attention-Deficit/Hyperactivity Disorder Prevalence: A Macro-Sociological Explanation (Manuskript in Begutachtung, auf Anfrage erhältlich).

Conrad, Peter/Bergey, Meredith R.: „The Impending Globalization of ADHD: Notes on the Expansion and Growth of a Medicalized Disorder“. In: Social Science & Medicine, 2014, 122, S. 31–43.
DOI: 10.1016/j.socscimed.2014.10.019.

Nigg, Joel T./Sibley, Molly H./Thapar, Anita/Karalunas, Sarah L.: „Development of ADHD: Etiology, Heterogeneity, and Early Life Course.“ In: Annual Review of Developmental Psychology, 2020, Jg. 2, H. 1, S. 559–583. DOI: 10.1146/annurev-devpsych-060320-093413.

Lusardi, Roberto: „Current Trends in Medicalisation: Universalising ADHD Diagnosis and Treatments“. In: Sociology Compass, 2019, Jg. 13, H. 27.
DOI: 10.1111/soc4.12697.

Die Gesundheit der Wendekinder

Unterschiede zwischen Ost und West auf lange Sicht

35 Jahre ist es her, dass die Berliner Mauer fiel und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten begann. Die Erinnerung an die turbulente Übergangszeit mag verblasen, doch die Spuren in den Biografien der damals jungen Generationen sind tief. Lara Bister beschäftigt sich mit der Gesundheit junger Ostdeutscher, die in den 1990er-Jahren Kinder oder Jugendliche waren, und fragt nach den Unterschieden zu gleichaltrigen Westdeutschen.

Lara Bister

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 war nicht nur der Beginn der deutschen Wiedervereinigung. Er markiert auch einen strukturellen Wendepunkt, der das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Ostdeutschland nachhaltig veränderte. Die Infrastruktur wurde umfassend modernisiert, die politischen Strukturen wurden denen der Bundesrepublik Deutschland angepasst. Für die Menschen in Ostdeutschland hatte die Wiedervereinigung einschneidende wirtschaftliche Folgen: Die Integration der ehemals zentralen Planwirtschaft Ostdeutschlands in die westdeutsche Marktwirtschaft führte zu umfangreichen Privatisierungen, zur Schließung von nicht wettbewerbsfähigen Betrieben, einem massiven Anstieg von Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und einer großen Abwanderungswelle insbesondere junger Fachkräfte in die alten Bundesländer. Vor allem in der unmittelbaren Zeit des Umbruchs zu Beginn der 1990er-Jahre bedeuteten diese Entwicklungen für viele Menschen große wirt-

schaftliche Unsicherheit. Die mit der Wiedervereinigung verbundene Wirtschaftskrise prägte somit auch den Alltag vieler Kinder und Jugendlicher in Ostdeutschland.

Hat sich die Übergangszeit in Ostdeutschland in den 1990er-Jahren auch auf die spätere Gesundheit der damaligen ostdeutschen Kinder

„Es besteht Grund zur Annahme, dass die Wirtschaftskrise in den 1990er-Jahren Spuren in der Gesundheit der Wendekinder hinterlassen hat“

und Jugendlichen ausgewirkt? Mit dieser Frage habe ich mich in meiner kürzlich abgeschlossenen Dissertation beschäftigt. Dabei habe ich

mich auf die Generation der „Wendekinder“ konzentriert, also diejenigen Kinder und Jugendlichen, die zum Zeitpunkt des Mauerfalls zwischen 0 und 17 Jahre alt waren oder erst in den Jahren danach, bis 1994, geboren wurden. Trotz der Aktualität und der politischen Relevanz dieses Themas gibt es kaum Studien zur Gesundheit im weiteren Lebensverlauf der Menschen aus diesen Geburtsjahrgängen. Dabei besteht Grund zur Annahme, dass die Wirtschaftskrise in den 1990er-Jahren in Ostdeutschland Spuren in der Gesundheit der Wendekinder hinterlassen hat. Aus umfangreicher Forschung in anderen Kontexten wissen wir, dass wirtschaftliche Unsicherheiten im jungen Alter nicht nur eine direkte gesundheitliche Belastung für Kinder und Jugendliche bedeuten. Sie können sich auch in ihrem späteren Leben negativ auf ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit auswirken.

So ist es nicht verwunderlich, dass ich in meiner Doktorarbeit einen klaren Gesundheitsunterschied zwischen den heute erwachsenen Wendekindern aus Ostdeutschland und den vergleichbaren westdeutschen Geburtsjahrgängen zeigen kann: Insbesondere junge ostdeutsche Frauen weisen höhere psychische Belas-

„Insbesondere junge ost-deutsche Frauen weisen höhere psychische Belastungen, erhöhte Blutfettwerte und einen erhöhten Blutdruck auf“

tungen im Alltag, erhöhte Blutfettwerte und einen erhöhten Blutdruck auf. Diese Ergebnisse konnte ich mithilfe von Umfrage-, Rentenversicherungs- und Gesundheitsdaten erzielen (genauer gesagt: dem Sozio-oekonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, der Versicherungskontenstichprobe der Deutschen Rentenversicherung und der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland des Robert Koch-Instituts). Ich habe mir Stoffwechselwerte, andere körperliche und psychische Gesundheitsmerkmale heute erwachsener Männer und Frauen aus Ostdeutschland angesehen und mit denen ihrer westdeutschen Altersgenossen verglichen.



Lara Bister ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Einstein Center Population Diversity in Berlin und in der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit am WZB. In ihrer Forschung befasst sie sich mit dem Zusammenspiel von Familie und Gesundheit im Lebensverlauf. lara.bister@wzb.eu
Foto: © Tjeer Rudmer de Vries, alle Rechte vorbehalten.

Die beobachteten Gesundheitsunterschiede zeigen sich vor allem bei Merkmalen, die bekannterweise mit erhöhtem Langzeitstress in Verbindung stehen. Die Datenlage in Deutschland lässt leider keine direkte Beurteilung des Stresslevels ostdeutscher Kinder und Jugendlicher in den 1990er-Jahren zu. Aus anderer Forschung zu den langfristigen Gesundheitsfolgen von Wirtschaftskrisen im jungen Alter lassen sich aber Schlüsse ziehen. Eine zentrale Rolle spielt demnach langfristige Überbelastung – oder: Stress – im jungen Alter aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit. Drohende und tatsächliche finanzielle Schwierigkeiten durch Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit oder steigende Lebenshaltungskosten können in Familien zu Einschränkungen bei der Ernährung, der Bildung oder der gesundheitlichen Versorgung geführt haben. Kinder und Jugendliche können dadurch Gesundheitsnachteile am eigenen Leib erfahren haben. Zudem können sich wirtschaftliche Unsicherheiten auch negativ auf die emotionale Belastung von Eltern und die familiäre Atmosphäre ausgewirkt und ebenfalls eine Belastung für deren Kinder dargestellt haben. Viele Menschen, die als Kinder in den 1990er-Jahren in Ostdeutschland gelebt haben, teilen vermutlich mindestens einige dieser Erfahrungen und haben solchen Stress erlebt.

Stress ist zunächst einmal die natürliche Reaktion des Körpers auf besonders herausfordrende oder als Bedrohung empfundene Situations-



Da war die Mauer schon gefallen.
Chor einer Schule in Berlin-Pankow, 1990.
Foto: © Hendrik Lietmann/OSTKREUZ,
alle Rechte vorbehalten.

nen. Dabei wird im Gehirn vermehrt das Stresshormon Cortisol ausgeschüttet, das durch Regulation körperlicher Stressreaktionen und schnelles Bereitstellen von Energie den Umgang mit belastenden Situationen erleichtern soll. Ein langfristig erhöhter Cortisolspiegel kann sich jedoch negativ auf die Funktionsfähigkeit der körperlichen Stoffwechsel- und Kreislaufsysteme, das Immunsystem und die psychische Widerstandsfähigkeit auswirken. Somit stellt langfristiger Stress eine Gesundheitsgefahr dar. Die Ergebnisse meiner Studien bestätigen diesen Eindruck und zeigen insbesondere erhöhte psychische Belastungen bei jungen ostdeutschen Frauen, deren Eltern in den 1990er-Jahren auch noch von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Auffällig ist, dass sich Gesundheitsunterschiede fast ausschließlich bei ostdeutschen Frauen finden, während sich die ostdeutschen Männer kaum von den westdeutschen unterscheiden. Das kann am unterschiedlichen Umgang mit dem erlebten Stress zwischen Mädchen und Jungen während der Wiedervereinigungszeit liegen. In Studien zeigt sich, dass viele Jungen eher dazu neigen, Belastungen durch nach au-

ßen gerichtete Verhaltensweisen zu kompensieren (etwa aggressives Verhalten oder schlechtere Schulleistungen). Mädchen hingegen tendieren dazu, Belastungen mit sich selbst

„Die Gesundheit ostdeutscher Männer unterscheidet sich kaum von der der westdeutschen“

auszumachen. Dies führt häufig dazu, dass langfristig Frauen unter Symptomen wie Ängstlichkeit, Depressionen oder psychosomatischen Beschwerden leiden. Das könnte erklären, warum sich die Gesundheitsunterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen jungen Erwachsenen nur bei Frauen äußern.

Dass meine Studien überwiegend Gesundheitsnachteile für junge ostdeutsche Frauen belegen, bedeutet nicht, dass die wirtschaftlichen Unsicherheiten der 1990er-Jahre spurlos an Jungen aus Ostdeutschland vorbeigegangen sind. In zwei aktuellen, noch nicht veröffentlichten

Studien untersuche ich deshalb gemeinsam mit Kollegen und Kolleginnen aus den Niederlanden und Spanien weitere Dimensionen der Gesundheit der ostdeutschen Wendekinder. Erste Ergebnisse deuten auf eine geringere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem erlebten Stress für junge ostdeutsche Frauen mit Eltern mit niedrigerem Bildungsabschluss hin. Zudem weisen junge ostdeutsche Männer im Vergleich zu ihren westdeutschen Altersgenossen erhebliche Nachteile im Gesundheitsverhalten auf. Weitere Analysen sollen auch hier Aufschluss zu Ungleichheiten im Gesundheitsverhalten, zum Beispiel beim Alkohol- und Tabakkonsum, geben.

Viele Lebensaspekte haben sich seit der deutschen Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland angeglichen. Meine Forschung belegt aber, dass sich die Folgen der wirtschaftlichen Unsicherheit in Ostdeutschland in den 1990er-Jahren noch heute in der Gesundheit der Wendekinder widerspiegeln. Alarmierend an diesem Befund ist, dass sich die Unterschiede in einem Alter zeigen, in dem allgemein der Gesundheitszustand noch ziemlich gut ist – die von mir beobachteten Jahrgänge waren höchstens 31 Jahre alt. Wenn Wendekinder aus Ostdeutschland bereits mit gesundheitlichen Nachteilen ins Erwachsenenleben starten, ist die Gefahr groß, dass sich die Tendenz in gesundheitlich ohnehin angespannteren Lebens-

„Wenn Menschen bereits mit gesundheitlichen Nachteilen ins Erwachsenenleben starten, ist die Gefahr groß, dass sich die Tendenz im weiteren Leben verstärkt“

phasen noch verstärkt. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, die durch den Transformationsprozess in Ostdeutschland entstanden sind, werfen also auch im Bereich der Gesundheit lange Schatten. Wenn langfristig gleiche Chancen und eine nachhaltige Gesundheit in ganz Deutschland gewährleistet werden sollen, sind politische Maßnahmen zur Verringerung dieser Ungleichheiten dringend notwendig. ●

Literatur

Bister, Lara/Spijker, Jeroen/Janssen, Fanny/Vogt, Tobias: „Scarred for Life? Early-Life Experience of the Post-Reunification Economic Crisis in East Germany and Physical and Mental Health Outcomes in Early Adulthood“. In: Comparative Population Studies, 2023, Jg. 48, S. 701-740. DOI: 10.12765/CPoS-2023-28.

Bister, Lara/Janssen, Fanny/Vogt, Tobias: „Early-Life Exposure to Economic Stress and Metabolic Risks in Young Adulthood: The Children of the Reunification in East Germany“. In: Journal of Epidemiology and Community Health, 2022, Jg. 76, H. 9, S. 786-791. DOI: 10.1136/jech-2021-218637.

Körper und Widerstand

Protestcamps in autoritären Regimen

Gekommen, um zu bleiben: Protestcamps sind anders als Demonstrationen auf eine gewisse Dauer angelegt – das zeigt schon ihre äußere Form, nämlich die kontinuierliche, sichtbare Besetzung eines Ortes. Die Bilder der Protestcamps im Gezi-Park in Istanbul, auf dem Maidan in Kiew, im Mong-Kok-Viertel in Hongkong und auf dem Tahrir-Platz in Kairo sind in den Erinnerungen vieler Menschen bis heute präsent. Auf der großen Landkarte politischer Proteste sind diese Camps zu wichtigen physischen Infrastrukturen geworden, entscheidend für die Mobilisierung von Massen im Protest gegen autoritäre Regime. Wenig ist aber darüber bekannt, wie dort den grundlegenden körperlichen Bedürfnissen Rechnung getragen wird.

Anna Fruhstorfer, Ismael Benkrama und Rebecca Kittel

Überall auf der Welt protestieren Menschen unter schwierigen Bedingungen, oft bringen sie sich dabei körperlich in Gefahr. Als Symbol des Widerstands und als physische Organisationsbasis errichten Demonstrierende Protestcamps. Diese Camps geben Halt, sie stützen die physische Präsenz und das Durchhaltevermögen im Herzen des Aufstandes. Sie bringen Gleichgesinnte zusammen und bieten so einen Raum, in dem sich politisch Aktive treffen und eine stärkere und handlungsfähige Opposition bilden können.

Im politischen Protest erscheinen Körper als Symbole, Schlachtfelder, umstrittene Konzepte, politische Werkzeuge oder als die Verkörperung des Protests selbst. Körper spielen also bei den meisten Arten von Protest eine wichtige Rolle – für das Verständnis der Dynamik von Protestcamps sind sie besonders wichtig. Hier zeigt sich der Wunsch der Protestierenden, über das Vorbringen von Forderungen hinauszugehen und eine Politik zu leben, die

Raum beansprucht, affektive Bindungen aufbaut und autonome Einheiten bildet. Das ist ein ziemlich radikaler Ansatz: In Autokratien stellen Protestcamps eine gefährliche Herausforderung für das jeweilige Regime dar, sie bieten eine effektive Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger in Proteste über längere Zeit an einem Ort einzubinden. Die dauerhafte Präsenz von Körpern an einem Ort ist für die Existenz des Protestcamps von grundlegender Bedeutung und prägt seine konkrete und seine symbolische Dimension. Der Körper ist Produzent und Produkt des Camps zugleich.

Als Produzent hält der Körper das Camp am Laufen, indem er die für seine (Re-)Produktion notwendige Arbeit leistet: Er baut die Infrastruktur auf, hält die Funktionalität aufrecht und repariert, was Verschleiß oder Zerstörung unterliegt. Oft dient der Körper auch als Schutzwall zwischen dem Camp und externen Bedrohungen wie der Polizei oder Gegenprotesten. Aber während Wissenschaft und Medien

öffentliche sichtbaren Aspekten von Protesten erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet haben, ist bisher wenig über die physischen Abläufe hinter den Kulissen von Protestcamps bekannt. In der Literatur wird bisweilen festgehalten, dass die Logistik als „Backstage“-Bereich sowohl die Dauer der Proteste als auch ihre politische Stabilität trägt. Es gibt aber nach wie vor kaum konzeptionelle und empirische Analysen über den Aufbau und die Infrastruktur. Dabei bilden sie das Herzstück eines jeden Protestcamps: Toiletten, Suppenküchen, Handy-Ladestationen und medizinische Grundversorgung.

Durch genau diese Einrichtungen wird der Körper jedoch auch zum Produkt des Camps: Er ist auf das Lager angewiesen, um seine physischen Bedürfnisse zu befriedigen. Die erwähnte zeitliche Dauer und räumliche Beständigkeit von Protestcamps schaffen eine neue Beziehung zwischen Protestierenden und Protestform. Die Menschen sind darauf angewiesen, dass ihre Grundbedürfnisse – Schlaf, Essen, Sicherheit, Hygiene – erfüllt werden. Es entsteht eine wechselseitige Dynamik: Protestcamps müssen eine Infrastruktur schaffen, die das Wohlergehen, ja das Überleben der Teilnehmenden sichert, damit diese wiederum das Camp aufrechterhalten können. Die spezifischen Anforderungen an diese Infrastruktur können je



Anna Fruhstorfer ist Leiterin des ERC-Projekts *LOOPS (Logistics of Popular Uprisings in Competitive Authoritarian Regimes)* an der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB.
anna.fruhstorfer@wzb.eu

Foto: © frischefotos/Heiko Marquardt, alle Rechte vorbehalten.

nach Ort, Dauer und politischem Kontext des Protestcamps variieren.

Die häufigste Form der Infrastruktur ist das Zelt. Es gibt auch Suppenküchen, Sanitäranlagen und Stromversorgung – doch das Zelt ist Basis wie Symbol von Protestcamps. Zelte bieten einen Ort, an dem sich der Körper erholen und ausruhen kann. Größere gemeinschaftliche Zelte bieten Raum, in dem sich Menschen versammeln und gemeinsam essen können; Zelte versorgen den Körper über die Bereitstellung von Nahrung also mit Energie. Je nach Dauer, politischem Kontext und Ort benötigt der menschliche Körper allerdings noch weitere Infrastruktur. Kinder benötigen besonderen Schutz und Freizeiteinrichtungen, bei Studierendenprotesten müssen Lernumgebungen eingerichtet werden, und in Camps mit hohem Konfliktpotenzial müssen Verletzte in behelfsmäßigen medizinischen Einrichtungen versorgt werden. Die Beziehung zwischen dem Camp und dem Körper ist also keineswegs festgeschrieben, sondern wird durch die äußere Welt und ihre Einflüsse, wie Polizeigewalt, drückende Hitze oder eisige Temperaturen, definiert.

Um die komplexe Struktur der körperlichen Präsenz im politischen Protest zu erfassen, stützen wir uns in unserem Forschungsprojekt vorwiegend auf die Analyse von Bildern. In unserer empirischen Forschung nutzen wir einen Methodenmix, der automatisierte Datensamm-



Ismael Benkrama ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe *LOOPS (Logistics of Popular Uprisings in Competitive Authoritarian Regimes)* an der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf Framingprozessen, Emotionssoziologie und der Politischen Psychologie von Protestmobilisierung.
ismael.benkrama@wzb.eu

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.



Rebecca Kittel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin im ERC-Projekt *LOOPS (Logistics of Popular Uprisings in Competitive Authoritarian Regimes)* und Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. rebecca.kittel@wzb.eu

Foto: © Tobias Koch, alle Rechte vorbehalten.

lung und Klassifizierung von Bildern auf Social Media mit umfangreichem Codieren sowie Einzelfallstudien verbindet. Dabei wollen wir Protestcamps nicht nur als Symbole, sondern als Träger und Produkt körperlicher Bedürfnisse und körperlicher Arbeit analysieren. Fotos vermitteln viele Facetten, sie fangen Momente der Solidarität, der Spannung, der Kreativität und des Widerstands ein und ermöglichen so ein nuanciertes Verständnis der Erfahrungen in den Protestcamps. Die Darstellung dieser komplexen Geschichten durch Bilder ermöglicht es, Menschen über die Grenzen der Sprache hinaus zu verstehen.

Die zeitgenössische Kultur bietet uns eine Vielzahl von Bildern als Daten. Diese Bilder sind aussagekräftig, sie liefern zusätzliche Informationen, sind manchmal weniger gefiltert als Text und vermitteln mehr Emotionen in kürzerer Zeit. Bilder ermöglichen es uns oft, Ereignisse genauer auszuwerten, sie geben uns eine vergleichende Perspektive, was zum Beispiel Gewalt, die Größe der Menschenmenge, soziale Merkmale der Teilnehmenden oder spezielle Informationen über die Veranstaltung angeht. Die Politikwissenschaftlerin Silvia Michelle Torres Pacheco beschreibt es so: „Bilder von Protesten können sowohl die Wut der Teilnehmer als auch den Schmerz der Opfer zeigen, für die sie stehen. Sie können eine große und aktive Menschenmenge zeigen, die das breite Spektrum einer Bewegung illustriert, oder sie können sich auf bestimmte Personen konzen-

trieren. Bilder können viel über die Intensität der Aktionen der Demonstranten aussagen, aber auch Informationen darüber liefern, wie der Staat reagiert.“

Ein anschauliches Beispiel für die unterschiedlichen Camps, die wir untersuchten, ist das der Umbrella-Bewegung 2014 in Mong Kok, Hongkong (die Demonstrierenden wehrten sich mit Regenschirmen gegen Pfefferspray und Tränengas). Es zeichnete sich durch ein hohes Maß an Organisation und Autarkie aus. Unsere jüngste Studie untermauert diese Erkenntnisse mit knapp 3.000 Bildern aus den sozialen Medien von diesem Protestcamp, die wir analysierten. Wir konzentrierten uns zunächst auf die grundlegende Infrastruktur (Zelte, Suppenküchen, sanitäre Einrichtungen und Ladestationen). Zelte waren, wie oben vermutet, die häufigste Infrastruktur – sie sind auf über 90 Prozent der Bilder zu sehen. Sie symbolisieren die Widerstandsfähigkeit und die Entschlossenheit der Demonstrierenden, einen Raum über einen längeren Zeitraum zu besetzen. Ihre Häufigkeit deutet darauf hin, dass das Camp in erster Linie darauf ausgerichtet ist, eine physische Präsenz und einen sichtbaren Widerstand gegen die Autorität aufzubauen. Sie belegen allerdings auch das menschliche Grundbedürfnis, eine Unterkunft zu haben.

Suppenküchen und Essensausgaben gehörten ebenfalls zu den am häufigsten fotografierten Einrichtungen, auch wenn es vor allem Wasserflaschen und abgepackte Snacks und keine vollständigen Mahlzeiten gab. Überraschenderweise kamen Toiletten und sanitäre Einrichtungen nur selten vor. Es ist zwar wenig überraschend, dass sanitäre Anlagen nur selten im Fokus von Protestfotos sind, aber selbst in den häufig vorhandenen Übersichtsfotos sind sanitäre Anlagen nicht zu sehen. Auch Ladestationen für Strom waren kaum vorhanden, was den Mangel an grundlegender Versorgung unterstreicht. Die Sicherheit, die angesichts eines repressiven Regimes von entscheidender Bedeutung ist, bleibt eindeutig ein grundlegendes menschliches Bedürfnis: Wir fanden eine Reihe von Bildern, auf denen Barrikaden zu sehen sind. Das städtische Umfeld und die öffentliche Unterstützung für dieses Lager bieten eine Erklärung für das unterschiedliche Vorkommen – oder Fehlen – verschiedener Infrastruktur. Restaurantbesitzerinnen boten kostenlose Mahlzeiten an, selbstgemachte Suppe und Küchen wurden häufig von Anwohnern bereitge-

stellt. Wir fanden auch Anhaltspunkte dafür, dass die Teilnehmenden auf nahegelegene Geschäfte oder Wohnhäuser auswichen, um Lebensmittel und Zugang zu sanitären Einrichtungen zu erhalten. Dies legt auch eine Analyse der Umgebungsbilder nahe. Umfragen sowie Gespräche mit Protestteilnehmenden bestätigen unsere Forschungsergebnisse.

Zusätzlich zu den Grundeinrichtungen erfassen wir in unserem Forschungsprojekt weitere Punkte. Wir untersuchten Freizeitaktivitäten (zum Beispiel anhand von Yogamatten und Spielstationen), Orte für religiöse Versammlungen, Treffpunkte, Arbeitsplätze und Kinderbetreuungseinrichtungen. Am häufigsten wurden im Fall des Umbrella-Camps Treffpunkte und Arbeitsplätze gefunden – immerhin auf einem Drittel der Bilder. Während Freizeitaktivitäten in der Infrastruktur des Camps eine Rolle spielten, waren Kinderbetreuungseinrichtungen und religiöse Räume nur selten vertreten. Solche Vorkehrungen mögen weniger wichtig erscheinen als Einrichtungen zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse. Die Demonstrierenden verbringen jedoch einen großen Teil ihrer Zeit in den Camps; und meist protestieren sie nicht aktiv, sondern halten sich dort auf. Da-her helfen ihnen all diese Einrichtungen dabei, normale Aktivitäten aufrechtzuerhalten, denen sie vor ihrer Zeit im Camp nachgegangen sind. Einige der Demonstrierenden haben weiterhin ein Leben außerhalb, sie gehen zur Universität

oder zur Arbeit. In diesen Fällen ist es ebenfalls wichtig, dass das Camp Raum und Ausrüstung zur Verfügung stellt, damit sie ihre Pflichten außerhalb erfüllen können. Außerdem stellten wir fest, dass Kunstausstellungen und andere kreative Installationen ein wichtiger Bestandteil der Bilder waren. Die Demonstrierenden steckten viel Energie in Kunstprojekte, um das Publikum (in Hongkong, aber auch weltweit) über den Protest und über ihre Forderungen zu informieren.

Protestcamps sind also mehr als nur physische Räume. Sie verkörpern den Geist des Widerstands gegen autoritäre Regime oder sind einzigartige Symbole einer Mobilisierung. Mit unserer Untersuchung verschiedener Protestcamps möchten wir nachzeichnen, wie sie zu wichtigen Zentren für die Organisation von Gemeinschaft und die Solidarität unter den Protestierenden werden. Die eigentlich gewöhnlichen Zelte stehen für das Durchhaltevermögen der Demonstrierenden, während der Mangel an Einrichtungen wie sanitäre Anlagen und Stromstationen zeigt, mit welchen Widrigkeiten sie konfrontiert sind. Die Camps sind entscheidend dafür, dass menschliche Grundbedürfnisse befriedigt werden, was Protestbewegungen maßgeblich stabilisieren kann. Protestcamps – sei es in Autokratien oder in Demokratien – dienen nicht nur den Einzelnen als Basis, sie stehen auch für eine kollektive Energie der Veränderung. ●

Literatur

Frenzel, Fabian/Feigenbaum, Anna/MCCurdy, Patrick: „Protest Camps: An Emerging Field of Social Movement Research“. In: The Sociological Review, 2014, Jg. 62, H. 3, S. 457–474. DOI: 10.1111/1467-954X.12111.

Rucht, Dieter: „Exploring the Backstage: Preparation and Implementation of Mass Protests in Germany“. In: American Behavioral Scientist, 2017, Jg. 61, H. 13, S. 1678–1702. DOI: 10.1177/0002764217744135.

Steinert-Threlkeld, Zachary: „The Future of Event Data Is Images“. In: Sociological Methodology, 2018, Jg. 49, H. 1, S. 68–75. DOI: 10.1177/0081175019860238.

Torres Pacheco, Silvia Michelle: „A Visual Political World: Determinants and Effects of Visual Content“. In: Arts & Sciences Electronic Theses and Dissertations, 2019, 1767. DOI: 10.7936/zsgt-tc65.

Yuen, Samson/Cheng, Edmund W.: „Protest Onsite Survey in Hong Kong's Umbrella Movement“. In: Harvard Dataverse, V1, 2021. DOI: 10.7910/DVN/8JHOYR.

Bestechung und Bomben

Korruptionsbekämpfung dient auch der nationalen Sicherheit

Satte 3,6 Billionen US-Dollar jährlich gehen der Wirtschaft weltweit durch Korruption verloren – so schätzte jedenfalls UN-Generalsekretär António Guterres 2018. Doch Bestechung ist nicht nur wirtschaftlich kostspielig. Eine neue Studie zeigt, dass Korruption geradezu tödlich sein kann, denn sie führt auch zu einer Zunahme terroristischer Gewalt.

Daniel Auer und Daniel Meierrieks

Das Phänomen des Terrorismus lässt sich auch aus ökonomischer Perspektive betrachten. Dabei liegt die Grundannahme nahe, dass Terroristen rationale Akteure sind, die dann aktiv werden, wenn Terrorismus die beste, das heißt nutzenmaximierende Handlungsoption ist, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Wie wirkt sich Korruption, also der Missbrauch öffentlicher Ämter zum eigenen Vorteil, auf dieses rationale Kalkül aus?

Mehrere Zusammenhänge sind denkbar. Erstens führt Korruption dazu, dass öffentliche Ausgaben eher für Maßnahmen getätigt werden, die privilegierten Gruppen zugutekommen (zum Beispiel großangelegte Infrastrukturprojekte in Städten), anstatt für öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit für alle Bürger*innen. Zweitens senkt Korruption das Vertrauen in Regierung und Politiker*innen und damit die politische Zufriedenheit und Partizipation, etwa im Rahmen von Wahlen und friedlichen Demonstrationen. Drittens bedeutet Korruption, dass weniger Ressourcen für Verteidigung und Terrorismusbekämpfung zur Verfügung stehen; beispielsweise kann dies die Folge von systematischen Unterschlagungen bei Polizei und Armee sein. Schließlich kann weit verbreitete

Korruption es Terrorgruppen leichter machen, durch kriminelle Geschäfte (z. B. den Schmuggel von Drogen, Zigaretten und Waffen) Einkünfte zu erzielen, wodurch ihnen mehr Ressourcen für die Durchführung von Anschlägen zur Verfügung stehen.

In Bezug auf das Kalkül ökonomisch-rational agierender Terroristen bedeutet Korruption also, dass Alternativen zum Erreichen politischer Ziele, etwa Wahlen oder andere Formen der politischen Teilhabe, im Vergleich zum Terrorismus weniger attraktiv werden, während der Terrorismus zugleich lohnender (z. B. durch einträglichere kriminelle Geschäfte) und weniger risikoreich wird (z. B. durch eine geringere Effektivität staatlicher Antiterror-Maßnahmen). Aus diesen Überlegungen leitet sich die zentrale Hypothese unserer Arbeit ab: Mehr Korruption führt zu mehr Terrorismus.

Um unsere Hypothese zu testen, nutzen wir Daten für 175 Länder über den Zeitraum von 1970 bis 2018. Wir setzen Daten zu nationaler Korruption (aus dem Varieties of Democracy Dataset) in Beziehung zu Daten zu Terroranschlägen (aus der Global Terrorism Database). In einem ersten analytischen Schritt zeigen

wir, dass bei stärkerer Verbreitung von Korruption in der Tat auch verstärkte terroristische Aktivität zu beobachten ist. Damit lässt sich aber noch nicht belegen, dass das eine die Ursache des anderen wäre. Es könnte auch sein, dass Variablen eine Rolle spielen, die wir in unserem empirischen Modell nicht berücksichtigen. Möglich ist auch, dass Korruption nicht nur zu Terrorismus führt, sondern dass Terrorismus umgekehrt auch die Korruption verstärken kann – es entsteht eine Art Feedback-Schleife. Zum Beispiel könnten finanzstarke Terrorgruppen in der Lage sein, durch Korruption Gefängnisse mit terroristischen In- sassen zu infiltrieren oder gerichtliche Ent- scheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Um einen kausalen Zusammenhang sicher nachweisen zu können, verwenden wir eine Instrumentenschätzung. Hier suchen wir zunächst ein Instrument, also eine Variable, die mit Korruption einhergeht und die nur durch ihren Einfluss auf Korruption einen Effekt auf Terrorismus haben kann. Für unsere Arbeit ist diese Instrumentenvariable das durchschnittliche Korruptionsniveau in benachbarten Ländern, das heißt in jenen Staaten, die dem jeweils untersuchten Land geografisch nah und ökonomisch ähnlich sind. Dieses regionale Korruptionsniveau hängt mit dem lokalen Korruptionsniveau zusammen, da es zu Diffusionsprozessen kommt: Es ergibt sich eine gemeinsame Toleranz für Korruption, da die geografisch und



Daniel Auer ist Assistenzprofessor am Collegio Carlo Alberto in Turin sowie Fellow am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Er untersucht unter anderem, wie lokale Normen und politische Maßnahmen die Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen beeinflussen und wie Ungleichheit, Konflikte, individuelle Präferenzen und Migration interagieren.

daniel.auer@uni-mannheim.de

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

wirtschaftlich benachbarten Staaten ähnliche historische, politische, kulturelle und ökonomische Gegebenheiten und Präferenzen aufweisen. Zugleich hat diese regionale Korruptions- toleranz nur durch ihren Einfluss auf die lokale

„Unsere Ergebnisse zeigen, dass Korruption die Zahl der Terroranschläge in den untersuchten Ländern substanziell erhöht“

Korruption einen Einfluss auf die Entstehung des lokalen Terrorismus. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Korruption die Zahl der Terroranschläge in den untersuchten Ländern substanziell erhöht. Die eben erläuterte Instrumentenschätzung erlaubt letztendlich eine kausale Interpretation dieser empirischen Ergebnisse: Mehr Korruption führt zu mehr Terrorismus.

In einem weiteren Schritt untersuchen wir, warum sich der verstärkende Einfluss von Korruption auf Terrorismus ergibt. Ist es, wie oben angesprochen, ein Mangel an öffentlichen Gütern, gesteigerte politische Unzufriedenheit, und/oder sind es fehlende Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung? Wir stellen fest,



Daniel Meierrieks ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich der Entwicklungsökonomik, politischen Ökonomie des Terrorismus sowie der Migrationsforschung.

daniel.meierrieks@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

dass Korruption in der Tat die Bereitstellung wichtiger öffentlicher Güter (Bildung und Gesundheit) negativ beeinflusst. Auch verringert Korruption die Fähigkeit von Staaten, den Terrorismus effektiv zu bekämpfen, was sich beispielsweise in verringerten Ausgaben für

„Korruption beeinträchtigt die Bereitstellung wichtiger öffentlicher Güter wie Bildung und Gesundheit“

nationale Verteidigung zeigt. Wir finden jedoch keine Belege dafür, dass politische Unzufriedenheit – gemessen etwa durch das Ausmaß friedlichen politischen Protests – mit Korruption zusammenhängt. Ein Mangel an öffentlichen Gütern und fehlende Mittel zur Terrorismusbekämpfung bedingen also einen Anstieg terroristischer Aktivitäten. Damit bestätigen

sich die Erwartungen des oben skizzierten ökonomisch-rationalen Modells der Terrorismusentstehung.

Zusammenfassend zeigen wir, dass Korruption nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Sicherheitslage von Ländern negativ beeinflusst. Dies wiederum bedeutet, dass die Korruptionsbekämpfung auch im Interesse der nationalen Sicherheit ein globaler Schwerpunkt von „guter Regierungsführung“ (good governance) sein sollte. In diesem Zusammenhang kann auch Entwicklungszusammenarbeit nützlich sein. Wenn nämlich Auslandshilfe Korruption verringern kann (wie einige andere Arbeiten nahelegen), dann könnte sie dadurch auch ein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus sein. Da Terrorismus wiederum eine internationale Dimension haben kann, zum Beispiel durch grenzüberschreitende Terrorattacken, kann es auch im eigenen Sicherheitsinteresse der Geberländer sein, durch Entwicklungszusammenarbeit gute Regierungsführung in Nehmerländern zu fördern. ●

Literatur

Le Billon, Philippe: „Buying Peace or Fuelling War: The Role of Corruption in Armed Conflicts“. In: Journal of International Development, 2003, Jg. 15, H. 4, S. 413-426. DOI: 10.1002/jid.993.

Caplan, Bryan: „Terrorism: The Relevance of the Rational Choice Model“. In: Public Choice, 2006, Jg. 128, H. 1, S. 91-107. DOI: 10.1007/s11127-006-9046-8.

Meierricks, Daniel/Auer, Daniel: „Bribes and Bombs: The Effect of Corruption on Terrorism“. In: American Political Science Review, 2024.
DOI: 10.1017/S0003055424000418.

Rotberg, Robert I. (Hg.): Corruption, Global Security, and the World Order. Washington: Brookings Institution Press 2009.

Sandler, Todd: Terrorism: What Everyone Needs to Know. New York: Oxford University Press 2018.

Shelley, Louise I.: Dirty Entanglements: Corruption, Crime and Terrorism. New York: Cambridge University Press 2014.

Tavares, José: „Does foreign aid corrupt?“ In: Economic Letters, 2003, Jg. 79, H. 1, S. 99-106. DOI: 10.1016/S0165-1765(02)00293-8.

Mangelware Arbeitskraft

Wie Personalengpässe entstehen und wie ihnen begegnet werden kann

Der Fachkräftemangel hat viele Gesichter – Personalengpässe unterscheiden sich je nach Region und Branche. Auf der LABOR.A® 2024, der hybriden Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung zur Zukunft der Arbeit, präsentierten die Autor*innen Beispiele für das Problem und Lösungsansätze aus Elektroindustrie und Handwerk.

Lianara Dreyer, Mario Michael Ottaiano und Jonas Ferdinand

Der deutschen Wirtschaft fehlen Fachkräfte, und dies nicht nur in bestimmten Branchen, sondern über Qualifikationen und Berufe hinweg. Paradox ist dabei, dass sowohl das Beschäftigungs niveau in Deutschland als auch die Arbeitslosenquote steigen. Die Beschäftigung befindet sich auf einem Allzeit-hoch: Im Juli 2024 waren laut Bundesagentur für Arbeit (BA) mit circa 46 Millionen Menschen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands (aktuell rund 84 Millionen) berufstätig. Auch die Anzahl aller geleisteten Arbeitsstunden bildet mit rund 61 Millionen einen Rekord. Seit 1990 ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen laut der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamts von 2023 um 2,2 Prozent gestiegen (mit einigen Schwankungen). Währenddessen ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je einzelne Erwerbsperson im ungefähr gleichen Zeitraum um 13,5 Prozent gesunken. Dies ist laut dem GenderDatenPortal des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung vor allem auf einen Anstieg der Teilzeitarbeit zwischen 1991 und 2006 zurückzuführen. Auch deshalb wer-

den Rufe von Unternehmensseite nach einer Erhöhung der Regel-Arbeitszeit lauter. Gleichzeitig waren im Juli 2024 laut BA 6,1 Prozent der erwerbsfähigen Personen in Deutschland arbeitslos – das sind rund 2,87 Millionen Menschen. Im Juli 2023 lag die Arbeitslosenquote ebenfalls bei 6 Prozent und damit höher als im Juli 2019 mit damals 4,8 Prozent. Dies ist vor dem Hintergrund eines allgemein vermeldeten Fach- beziehungsweise Arbeitskräftemangels bemerkenswert. Die Besonderheiten von Regionen und Branchen sollen im Folgenden anhand der bayerischen Elektroindustrie und des Handwerks betrachtet werden.

Nicht überall in Deutschland fehlen die gleichen Arbeitskräfte. Zudem wären die Auswirkungen des Fachkräftemangels deutlich stärker zu spüren, wenn die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik derzeit besser wäre. So meldet der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (bayme VBM) auf der Basis einer Umfrage unter seinen Mitgliedsunternehmen im Juli 2024, der Auftragsmangel habe den Fachkräftemangel als größtes Produktionshemmnis abgelöst. Aufgrund der schwachen

konjunkturellen Entwicklung wolle knapp die Hälfte der befragten Unternehmen Arbeitsplätze abbauen, anstatt neue zu schaffen. Zwei Drittel von ihnen haben unbesetzte Stellen und suchen vor allem Facharbeiter*innen in Metall-

„Der Auftragsmangel hat den Fachkräftemangel als größtes Produktionshemmnis abgelöst“

und Elektroberufen, was die Heterogenität und strukturellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt aktuell verdeutlicht. In Bayern können derzeit rund 90 Prozent aller offenen Stellen in der Elektroindustrie wegen fehlender Qualifikationen nicht besetzt werden, wie das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) für 2023 mitteilte. Die unternehmerischen Anforderungen passen offenbar nicht zum regionalen Arbeitskräfteangebot.

Wenngleich einzelne Branchen, Regionen und Gewerke stärker vom Fachkräftemangel betroffen sind, haben die Auswirkungen des demografischen Wandels, die das gesamte Land betreffen werden, gerade erst begonnen. Denn erst seit dem vergangenen Jahr gehen die geburtenstarken Jahrgänge, die sogenannten Babyboomer, nach und nach in Rente. Bis 2035 werden rund 18 Millionen Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, während im gleichen Zeitraum nur 11 Millionen Menschen eintreten – die Lücke im Erwerbspersonenpotenzial, also der Zahl aller Menschen im erwerbsfähigen Alter, liegt somit bei rund 7 Millionen Menschen. Soll das bisherige Niveau gehalten werden – und davon hängt die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und damit auch der Wohlstand unserer Gesellschaft ab –, bräuchte Deutschland eine jährliche Nettozuwanderung von 400.000 Arbeitskräften, sagen der Arbeitsforscher Johann Fuchs und seine Kolleg*innen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfor- schung der Bundesagentur für Arbeit.

Dennoch müssen Unternehmen und können auch Betriebsräte und Gewerkschaften etwas dafür tun, dass es besser läuft, als es die Zahlen vermuten lassen. Zwar hat die schlechte konjunkturelle Lage der vergangenen Monate die Situation für die Unternehmen getrübt, dennoch vollzieht sich der Wandel von einem Ar-



Lianara Dreyer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Stipendiatin des Promotionskollegs „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ am WZB.
lianara.dreyer@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

beitgeber- hin zu einem Arbeitnehmermarkt. Gut ausgebildete Fachkräfte können neue Ansprüche und Forderungen an die Unternehmen formulieren. Im Idealfall geschieht dies kollektiv und in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften. Die Beschäftigten haben mehr Marktmacht und damit die Möglichkeit, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Unternehmen zu kämpfen. Besonders die jüngeren Alterskohorten rücken zunehmend in den Mittelpunkt der Debatte. Vor einigen Jahren war es noch die sogenannte Generation Y, heute ist es die Generation Z, die in jüngster Zeit aufgrund vermeintlich zu hoher Ansprüche an ihre zukünftige Erwerbsarbeit in den Fokus der Unternehmen gerückt ist. Nach

„Die Beschäftigten haben mehr Marktmacht und damit die Möglichkeit, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen“

Ansicht des Soziologen Martin Schröder von der Universität des Saarlandes greift diese Generationenzuschreibung jedoch zu kurz: Es handele sich nicht um einen Generationeneffekt, sondern um einen Alterseffekt, weil beide Kohorten im gleichen Alter befragt wurden und sie daher die gleichen Vorstellungen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit haben. Es spielt

also keine allzu große Rolle, zu welcher Zeit jemand geboren wurde, sondern eher, wie alt er oder sie zum Zeitpunkt der Befragung ist. In erster Linie aber seien Zeit- beziehungsweise Periodeneffekte (also in welchem Jahr jemand befragt wurde) relevant. Diese beeinflussten die gesamte Gesellschaft. Daher wirke es zwar so, argumentiert Martin Schröder, als sei die Erwerbsarbeit für junge Menschen heute weniger wichtig als für frühere Generationen, doch habe sich die Einstellung zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit altersübergreifend und gesamtgesellschaftlich verändert.

Im Handwerk stellt sich die Situation wie folgt dar: In den mehr als 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland gibt es ebenfalls Personalengpässe. Nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) waren im Jahr 2024 rund 5,6 Millionen Menschen im Handwerk beschäftigt; das sind rund 12 Prozent aller Erwerbstätigen. Damit kommt dem Handwerk eine relevante wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung zu. Der Fachkräftemangel ist eines der drängendsten Probleme: In der Auswertung des KOFA von 2022 zeigte sich, dass in den letzten 10 Jahren der Bedarf an Handwerker*innen kontinuierlich gestiegen ist (mit einem Einbruch in den Jahren der Corona-Pandemie). 2022 lag die Zahl der offenen Stellen mit 237.000 auf einem Höchststand. Vor allem Fachkräfte mit Berufsausbildung wurden gesucht. Auf der Ebene der Meisterqualifikation ist der Mangel am größten: 6 von 10 Meisterstellen können aktuell nicht besetzt werden, wobei diese Positionen insgesamt natürlich weniger zahlreich sind.

Handwerkskammern und -betriebe versuchen mit unterschiedlichen Initiativen, dem Nachwuchs- und Fachkräftemangel zu begegnen. Traditionell verläuft der Weg ins Handwerk über die betriebliche Ausbildung. Rund 28 Prozent aller Berufsausbildungen finden in Handwerksbetrieben statt – bei 12 Prozent aller Berufstätigen in diesem Sektor eine weit überdurchschnittliche Leistung. Diese Ausbildungsleistung wurde jüngst sogar noch intensiviert, nicht zuletzt durch die bundesweite Imagekampagne des Deutschen Handwerkskammertages. Es zeigt sich, dass die Ausbildungsstellen dann am erfolgreichsten besetzt werden können, wenn ein Bündel an Maßnahmen verfolgt wird: Vorstellungen in Schulen, Betriebsbesuche von Schulklassen, Praktikumsangebote und insbesondere die zielgruppengerechte



Mario Michael Ottaiano ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Forschungsgruppe „Arbeiten mit Künstlicher Intelligenz“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft Berlin e. V.

mario.ottaiano@weizenbaum-institut.de

Foto: © Grit Hiersemann, alle Rechte vorbehalten.

Ansprache potenzieller Bewerber*innen auf Social Media. Im Kontext des zunehmenden Wettbewerbs um Fachkräfte und Auszubildende setzen die Betriebe auf den Ausbau ergänzender Leistungen, die über finanzielle Anreize hinausgehen. Übliche Benefits im produzie-

„Rund 28 Prozent aller Berufsausbildungen finden in Handwerksbetrieben statt – bei nur 12 Prozent aller Berufstätigen eine weit überdurchschnittliche Leistung“

renden Handwerk sind zum Beispiel die private Nutzung von Firmenfahrzeugen und der Werkstatt. Hinzu kommt die kostenfreie Verpflegung am Arbeitsplatz, aber auch Veranstaltungen zur Stärkung der Bindung der Mitarbeitenden und Apps zur betriebsinternen Kommunikation. Darüber hinaus werden im Kontrast zu bisherigen, oft starren Arbeitszeiten flexiblere Arbeitszeitmodelle diskutiert. So können Arbeitsplätze für jüngere Personen attraktiver werden, älteren Mitarbeitenden und Personen mit Care-Verpflichtungen kommt mehr Flexibilität ebenfalls entgegen. Noch praktizieren erst wenige Betriebe eine Vier-Tage-Woche; weitere Fachkräfte-Engpässe



Jonas Ferdinand ist Stipendiat im Promotionskolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB.
jonas.ferdinand@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

könnten jedoch zur Ausweitung alternativer Arbeitszeitmodelle führen.

Auch die Digitalisierung kann im Zusammenhang mit dem Fachkräftebedarf Lösungen bereitstellen. In den Handwerksbetrieben, die Lianara Dreyer im Rahmen ihres Dissertationsprojekts untersucht, fallen drei Ansätze auf: Durch die Digitalisierung von Arbeitsprozessen können administrative Tätigkeiten wie die Zeit erfassung per Stundenzettel reduziert und so der Anteil an wertschöpfenden Tätigkeiten erhöht werden. Zweitens können Tätigkeiten ver-

einfacht werden, was den Einsatz von unge lernten Arbeitskräften erleichtert. Schließlich kann menschliche Arbeitskraft durch Maschi nen ersetzt werden, was den Bedarf nach Ar beitskräften insgesamt reduziert. Für Betriebe ist dies jedoch eine Abwägung, da der erhöhte Einsatz von digitalen Technologien den Bedarf an spezifischen IT-Kompetenzen zur Anwen dung und Wartung steigert.

Ein Großteil der untersuchten Betriebe investiert in Maßnahmen zum Gesundheitsschutz zur Reduzierung physischer Belastungen, um so die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten langfristig zu erhalten. Konzepte wie Arbeitsplatz rotationen, die in einigen Betrieben bereits angedacht werden, könnten bei einseitigen und monotonen Belastungen ebenfalls Abhilfe schaffen. Darüber hinaus liegt der Fokus der Handwerksbetriebe auf der Förderung von Auszubildenden und jüngeren Beschäftigten. Die Weiterbildung älterer Beschäftigter erhält dabei oft weniger Unterstützung, obwohl ver stärkte Qualifizierungsmaßnahmen deren Ein satzmöglichkeiten und damit die Chancen zur Weiterbeschäftigung im Alter erweitern könnten. Dies betrifft auch die Weiterqualifizierung ungelernter Arbeitskräfte. Eine gezielte Unter stützung dieser Beschäftigten hin zu einer Berufsausbildung bleibt oft aus, obwohl hierdurch die Möglichkeit für die Betriebe bestände, nicht nur bereits bestehende, sondern auch zukünf tige Personalbedarfe zu decken. ●

Literatur

Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris/Weber, Brigitte: „Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060 – Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen“. In: IAB-Kurzbericht, 2021, Jg. 25, H. 12. Online: <https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf> (Stand 12.11.2024).

Malin, Lydia/Hickmann, Helen: Fachkräftemangel und Ausbildung im Handwerk. In: KOFA Kompakt, 2022, H. 5. Online: <https://www.iwkoeln.de/studien/lydia-malin-helen-hickmann-fachkraeftemangel-und-ausbildung-im-handwerk.html> (Stand 12.11.2024).

Schröder, Martin: „Der Generationenmythos“: In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2018, Jg. 70, H. 3, S. 469–494. DOI: 10.1007/s11577-018-0570-6.

Statistisches Bundesamt „Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden 1970–2022“. In: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktberechnung – Lange Reihen ab 1970, 2023, S. 47–85. Online: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.pdf> (Stand 12.11.2024).

Zentralverband des deutschen Handwerks: Umfrage zu den aktuellen Herausforderungen – KW 6/2024. Online: <https://www.zdh.de/ueber-uns/fachbereich-wirtschaft-energie-umwelt/sonderumfragen/zdh-umfragen-zur-aktuellen-herausforderungen/umfrage-zu-den-aktuellen-herausforderungen-kw-6/2024/> (Stand 12.11.2024).

Danke, Jutta Allmendinger!

Abschiedsgrüße nach 17 Jahren als Präsidentin des WZB

Am 4. September haben wir im WZB ein großes Fest gefeiert, um den Wechsel im Amt der Präsidentin würdig, freudig, feierlich zu begehen (die WZB-Mitteilungen haben berichtet). 17 Jahre lang hat Jutta Allmendinger das Haus geleitet, bevor sie es jetzt in die Hände von Nicola Fuchs-Schündeln übergab. Es ist nicht weniger als das Ende einer Ära, denn die Sozialwissenschaftlerin hat das WZB als Einrichtung, sein Netzwerk und seine Reputation in Wissenschaft und Gesellschaft wesentlich geprägt. Reflexe dieser Strahlkraft sind in den folgenden Abschiedsgrüßen versammelt – Reminiszenzen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Medien.

Als es um die Nachfolge von Jürgen Kocka als Präsident des WZB ging, saß ich als Präsident der Humboldt-Universität im Kuratorium des WZB und habe meine Hand bei der entscheidenden Abstimmung für die Kandidatin gehoben, die mich mit ihrer Vorstellung beeindruckt hatte. Als Jutta Allmendinger aus diesem Amt verabschiedet wurde, saß ich als Präsident der Akademie der Wissenschaften im Publikum und habe meine Hand zum dankbaren Applaus gehoben. Dazwischen liegen viele

Jahre. Jahre, in denen ich auf ganz anderen Feldern geforscht habe und doch etwas von dem Wirken der Präsidentin mitbekommen habe, selbst im Wartezimmer des Zahnarztes, wenn ich in der „Brigitte“ blätterte. Seit ich am Gendarmenmarkt arbeite, bin ich noch viel mehr beeindruckt, manchmal sogar etwas neidisch –

spätestens, wenn ich die wunderbaren Filme zum Jahreswechsel ansehe. Ich zweifle nicht, dass sich das alles auch in ihrer neuen Lebensphase so fortsetzen wird, für die ich Jutta Allmendinger von Herzen alles Gute wünsche, Gesundheit zuallererst!

Christoph Marksches ist Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Foto: © Pablo Castagnola.



Jutta Allmendinger beschreibt Bewegung. Als Soziologin misst, erklärt, bewertet sie Beziehungen zwischen Menschen. Beziehungen sind nie statisch, sondern stets dynamisch. Sie ändern sich von Person zu Person, von Gruppe zu Gruppe und von Zeit zu Zeit. Jutta Allmendinger setzt in Bewegung. Als Wissenschaftlerin bringt sie Projek-



te auf den Weg, als Public Intellectual stößt sie gesellschaftliche Debatten an, als WZB-Präsidentin versetzte sie eine Forschungseinrichtung in Schwung, als Vorbild voller Verantwortung gibt sie Wissenschaftler*innen einen Schubs. Jutta Allmendinger ist Bewegung. Eine Frau auf dem Sprung, lebendig, heiter und klug.

Kai Uwe Peter ist Geschäftsführer des Sparkassenverbands Berlin und war Gründungsvorsitzender der Freunde des WZB e.V. Foto: © DLA Marbach/Jens Tremmel.

Was mir an Jutta Allmendinger als Kollegin immer schon gefiel, war ihre Unkonventionalität. Sie trat oft mit einer fast expressionistischen Energie auf, immer überraschend, und schaffte es, Aufmerksamkeit und frischen Wind zu erzeugen. Sie hat ihre eigene unverwechselbare

Marke geprägt. Als Präsidentin des WZB bewunderte ich an ihr besonders die einzigartige Kombination aus Zielstrebigkeit und Responsivität. Sie wusste genau, wohin sie wollte, und ließ sich kaum von ihrem Kurs abbringen.

Gleichzeitig war sie bemerkenswert offen für Anregungen und Ideen – sei es von Direktorinnen, Mitarbeitenden oder Kuratorinnen. Man hatte immer das Gefühl, sie höre einem wirklich zu, und doch verknüpfte sie zugleich, wie von Zauberhand, stets die Interessen und Wünsche der Anderen mit ihrer eigenen Version. Hoffentlich stehen uns weitere Jahre der Zusammenarbeit bevor.

Michael Zürn ist Direktor der Abteilung Global Governance am WZB. Foto: © Valerie Schmidt/WZB.

YOU – eine Libelle, die herumschwirrt, energiegeladen, stirring water and earth with its fragile wings.

DU – a pure-bred race horse, immer im Endspurt auf der Zielgeraden.

YOU – vermittelnd und anstoßend, with indelible charm and grace.



DU – who raises the bar mit freundlichem Lachen, leaving no one behind.

YOU – die weiß, wie man Andere anspornt für die eigene Sache, so that it also becomes a thing for others.

DU – who knows how to lead – von vorne und von hinten.

DU/YOU – virtuoso of translation von Ideen und zwischen Menschen.

Peter J. Katzenstein ist Politikwissenschaftler an der Cornell University in Ithaca, USA. Acht Jahre war er Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des WZB. Foto: © privat.

Ich erinnere mich noch sehr genau an mein erstes Treffen mit Jutta Allmendinger. Während der Recherchen zu unserem Projekt „#Motherfuckinghood“ am Berliner Ensemble hatten wir Jutta Allmendinger um ein Gespräch gebeten. Es kam prompt eine Antwort: Sie wollte uns treffen! Ehrfürchtig traten wir in ihr Büro. Der Tisch, an dem wir saßen, war gefühlte zehn Meter lang. Wir waren gut vorbereitet, sicherlich würden wir mit dem ein



oder anderen Fachausdruck punkten können ... Wohlerzogen und gut gekleidet (sogar meine Haare hatte ich anlässlich des Termins frisch gewaschen, das hatte mir meine Mutter beigebracht), setzte ich

an, unser Anliegen zu formulieren, zugegebenermaßen etwas steif (vor Aufregung). Aber so, hatte ich mir vorgestellt, sei eben der Umgang in einem Wissenschaftsinstitut und mit einer Persönlichkeit wie Frau Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger Ph.D., – einer Frau, die sogar den Papst berät! Ich hatte noch nicht mal richtig eingeatmet, als Jutta Allmendinger lachend loslegte: „Aha, so sehen also Künstlerinnen aus, aha ...“ Was folgte, lag jenseits meiner Vorstellungskraft. Jutta Allmendinger entwickelte sich zu einer Naturgewalt. Sie redete, gestikulierte, erzählte, lachte und erläuterte auf eine dermaßen unkonventionelle, erfrischende und vor allem wahnsinnig lustige Art, dass ich aus dem Staunen nicht mehr rauskam. Was für ein Schauspiel! Und ich war mir in dem Moment sicher: Ich möchte, dass sie in unserem Stück eine Rolle spielt! Was sie ja auch tatsächlich tut, wofür ich ihr sehr dankbar bin. Es war nicht nur das Fachwissen und ihre Kompetenz, son-

dern die Art, wie Jutta Allmendinger für eine bessere Welt kämpft, die mich mit Bewunderung erfüllt. So viel Leidenschaft, immer noch, nach all den Jahren des mühsamen Kampfes für ein gerechteres Miteinander, und so viel Humor, immer noch, obwohl die Mühlen der Veränderung offensichtlich sehr, sehr langsam mahlen. Sie gehört zu den klügsten Menschen, die ich kenne, ohne dabei auch nur eine Spur überheblich zu sein. Ein absolutes Vorbild.

Danke, Jutta!

Claude De Demo ist Schauspielerin und Mitglied des Berliner Ensembles. Foto: © Julian Baumann.

Vor meinem ersten Treffen hatte ich gehörigen Respekt. Damals war ich Stipendiatin am WZB, Jutta Allmendinger die Präsidentin. Doch nach einer halben Stunde lachten wir beide schallend, sie mit der flachen Hand auf den langen

Konferenztisch schlagend, so dass die Assistentin sich besorgt erkundigte, ob alles okay sei. Allmendinger erzählte, ungläubig staunend, von älteren Männern in Machtpositionen, die spät im Leben an ihren erwachsenen Töchtern einen Missstand beobachteten, den sie bis dato ignoriert hatten: dass Frauen am Arbeitsmarkt aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden. Auch in den folgenden zehn Jahren blieben unsere Treffen denkwürdig: Als ich 2021 ihr Buch „Es geht nur gemeinsam!“ vorstellte, war unser Gesprächspartner Richard Reeves von der Brookings Institution online zugeschaltet. Dann versagte die Technik, der Mann war weg. Allmendinger übernahm souverän. Ein Jahr später moderierte ich ein Gespräch mit ihr und dem Wirtschaftswissenschaftler Adam Tooze bei der Atlantik-Brücke.

Für mich eine intellektuelle Debatte auf Speed, für sie: „Hat Spaß gemacht.“ Jutta Allmendinger moderieren, das bedeutet: sich sehr gut vorbe-



reiten. Ausgeschlafen erscheinen. Sich einlassen auf ein Gespräch mit Unwägbarkeiten und sich nie ganz sicher sein, dass man die Gesprächsführung behält. Ein bisschen Angst bleibt. Kaum jemand weiß so viel wie Allmendinger, denkt so schnell und vermag all das so verständlich herüberzubringen. Ihr Gespür für Themen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus scheint untrüglich. Wenn es spannend wird, wenn es um Machtstrukturen geht, wenn Reibungen zu erwarten sind, ist sicher: Jutta Allmendinger ist schon da. Und wo sie ist, wird es meist auch lustig.

Birte Meier ist Chefreporterin Investigativ bei RTL News. 2013 war sie Journalist in Residence am WZB. Foto: © Madlen Krippendorf.

Arbeitszeiten, die zum Leben passen, Gleichstellung und gute Arbeit: Wesentliche Bereiche der Forschung und des öffentlichen Wirkens von Jutta Allmendinger sind zentrale Themen der IG Metall. Sie hat sich in diesen Bereichen große Verdienste als Spitzenforscherin erworben, war Wegbereiterin und starke Stimme im öffentlichen Diskurs. Ihre Forschung hat uns geholfen, unsere Forderungen wissenschaftlich zu untermauern. Stets hat

Jutta Allmendinger der IG Metall mit Rat und Tat zur Seite gestanden und jede Diskussionsrunde durch ihre lebhafte, pointierte und leidenschaftliche Debattenführung bereichert. Mit dem Promotionskolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ hat sie gewerkschaftlich hoch relevante Nachwuchsforschung am WZB verankert. Für die gute Zusammenarbeit, Unterstützung und Inspiration bedanken wir uns ganz herzlich und wünschen ihr alles Gute!

Christiane Benner ist Erste Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall. Foto: © Thomas Pirot/IG Metall.



Personen

Gäste

Tobias Asmuth ist im Januar und Februar 2025 als Journalist in Residence am WZB und befasst sich mit der Frage, wie die Berliner Politik Einfluss auf die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz in Deutschland nimmt. Tobias Asmuth ist freier Journalist und Medienberater.

Dr. Maarten Boudry ist Wissenschaftsphilosoph aus Gent und bis Dezember 2024 Gast in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung, um die kulturelle Entwicklung religiöser Glaubenssysteme zu erforschen.

Jan Fabian Dollbaum ist bis Mai 2025 Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er ist Postdoctoral Research Fellow am University College Dublin und wird im Rahmen eines ERC-Forschungsprojekts Interviews mit Politikern, politischen Beraterinnen und Journalisten durchführen.

Mirco Good, Doktorand und Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern, ist bis Februar Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er forscht zum Euroskeptizismus in der Schweiz.



Dr. Alexander D. Hoppe ist Kohliefellow und Postdoc in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Er untersucht die Mikrofundamente des Kapitalismus, mit besonderem Interesse an der Modebranche.

Dr. Umut Yener Kara ist Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Seine Forschung bewegt sich an den Schnittstellen von Wissenschafts- und Technikforschung, Medien- und Kommunikationswissenschaft und kritischer Daten- und Algorithmusforschung.

Juli Katz ist im Januar und Februar 2025 im Rahmen des Journalist-in-Residence-Pro-

gramms am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Sie ist selbständige Journalistin, Autorin und Moderatorin und arbeitet am WZB zum Themengebiet Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement.

Julia Lerch Ph.D. ist Associate Professor an der University of California, Irvine, und wird von Januar bis März 2025 die Forschungsprofessur Global Sociology als Gastwissenschaftlerin unterstützen. Sie arbeitet an den Schnittstellen zwischen Bildungssoziologie, globaler und transnationaler Soziologie und Kultursociologie.

Imanol Negral, Doktorand der Politikwissenschaften an der Universität des Baskenlandes, besucht ab März die Abteilung Global Governance für vier Monate. Aktuell forscht er zu den Themen Nostalgie, Delegitimierung und Polarisierung mit besonderem Interesse an der Wahlunterstützung radikaler Rechtsparteien in den EU-Ländern.



James Rosenberg ist Doktorand der Soziologie an der University of Wisconsin-Madison. In seiner Dissertation befasst er sich mit der Verknüpfung staatlich geförderter Initiativen zur digitalen Identität in digitalen Zahlungssystemen.

Prof. Dr. Bernd Schlipphak, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Münster, ist bis Ende Februar Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance. Aktuell setzt er sich mit den Konsequenzen der Schuldverlagerung des Staates auf die Europäische Union auseinander.



Katharina Stückradt ist bis Dezember 2024 Gastwissenschaftlerin der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Sie promoviert an der Universität Amsterdam in Soziologie und beschäftigt sich mit organisationalen Kontexten von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Zhen Min Sun, Doktorand der Politikwissenschaften an der Tsinghua-Universität (Peking), ist von März bis Juni Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance. Er wird bei den Forschungsprojekten des Exzellenzclusters Contestedas of the Liberal Script (SCRIPTS) mitwirken.

Ehrungen / Preise



Prof. **Lena Hipp** Ph.D. wurde mit dem diesjährigen Wissenschaftspreis des Stifterverbandes „Forschung in Verantwortung“ ausgezeichnet. Sie ist

Forschungsprofessorin Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit am WZB und Professorin für „Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik“ an der Universität Potsdam. Der Preis wird alle zwei Jahre auf Vorschlag der Leibniz-Gemeinschaft für hervorragende Forschungsleistungen vergeben, die sich neben wissenschaftlicher Qualität auch durch gesellschaftliche Relevanz auszeichnen.

Prof. **Eva Illouz** Ph.D. erhielt für ihren Beitrag zur Soziologie der Emotionen den Aby Warburg-Preis der Stadt Hamburg. Sie ist Forschungsprofessorin Emotional Idioms of Capitalism am WZB, Professorin für Soziologie an der Hebräischen Universität Jerusalem und Studiendirektorin am Centre Européen de Sociologie et de Science Politique Paris.

Prof. Dr. **Wolfgang Merkel**, Emeritus und früherer Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, ist im Dezember 2024 als John F. Kennedy Policy Fellow am Center for European Studies/Harvard University.

Das Projekt **NeMobil** wurde mit dem Deutschen Mobilitätspreis in der Kategorie „Neue Mobilitätslösungen“ ausgezeichnet. NeMobil wird von mehreren Projektpartnern getragen, unter anderem der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung am WZB.

Sigurd Vitols Ph.D., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Globalisierung, Arbeit und Produktion, wurde in den Beirat zum Lieferkettenorgfaltspflichtengesetz (LkSG) berufen.

Preis der Freunde des WZB

Für ihren gemeinsam mit Jan Paul Heisig und Heike Solga verfassten Artikel

„Strengthening the Labour Force Participation of Low-qualified Individuals in Europe“



erhält **Carla Hornberg**, Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt, den **Friends of the WZB Award 2024**. Der Preis würdigt die Vermittlung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft. Der Text ist ein starkes Plädoyer dafür, bei Einstellungsverfahren neben formalen Qualifikationen auch tatsächliche Fähigkeiten zu berücksichtigen.

Mitarbeitende



David Albrecht Ph.D. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Verhalten auf Märkten. Er ist im Projekt Lab² als Forschungs- und Laborkoordinator tätig und arbeitet

daran, große Teams von Wissenschaftler*innen zusammenzubringen, um gemeinsam an Crowd- und Meta-Science-Projekten zu forschen.



Iván Felipe Pérez Carillo ist Doktorand an der Goethe-Universität Frankfurt/Main und seit September Mitglied der Forschungsgruppe Inequality, Social Mobility and Growth am WZB. Derzeit untersucht

er die Auswirkungen des Übergangs vom Konflikt zum Frieden auf die Bildungsergebnisse in Kolumbien.

Minju Choi Ph.D. unterstützt als wissenschaftliche Mitarbeiterin seit November 2024 die

Forschungsprofessur Global Sociology. Sie forscht zu Themen der Globalen und transnationalen Soziologie und vergleichenden Bildungssoziologie.

Cannon Cloud ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt/Main und gehört seit September 2024 zur Forschungsgruppe Inequality, Social Mobility and Growth. Er arbeitet an einer wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation im Bereich der Geographie und Klimawissenschaften.



Annika Pohlmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten im Projekt „Expert:innenforum“

Startchancen“. Die Sozialwissenschaftlerin beschäftigt sich mit Strukturen von Bildungsungleichheiten.

Franziska Riepl, Doktorandin an der Goethe-Universität Frankfurt, ist seit September wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Inequality, Social Mobility and Growth. Ihre aktuelle Arbeit beschäftigt sich mit der Auswirkung von Staatsbürgerschaft auf den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund sowie der Rolle von Weiterbildungen für die Erwerbsverläufe von Müttern.

Veranstaltungen

28. Januar 2025

Junge Wissenschaft trifft Politik Gespräch

Mit Ehrengast Dr. Felor Badenberg, Berliner Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz. Die Veranstaltungsreihe bringt Wissenschaft und Politik miteinander ins Gespräch. Junge Sozialforscher und Sozialforscherinnen treffen auf Entscheiderinnen und Entscheider aus der Politik, um über gesellschaftlich relevante Fragen zu diskutieren. Welche Antworten hat die Politik auf drängende gesellschaftliche Probleme? Was kann die (junge) Wissenschaft zu ihrer Lösung beitragen?

Veranstalter: WZB; Informationen bei: Dr. Katrin Schwenk, E-Mail: katrin.schwenk@wzb.eu

13. bis 14. März 2025

11th WZB Annual Conference on Migration and Diversity „10 Jahre danach: Deutschland, Europa und die Geflüchteten von 2015“

Konferenz

Die Jahreskonferenz der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung beleuchtet aus Anlass des zehnten Jahrestages die Folgen der Zuwanderung 2015–2016 für Deutschland, Europa und die Geflüchteten selbst. Deutschsprachige Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen ziehen Bilanz und teilen ihre Einsichten zum Stand und zu den Bedingungen von Integration und zu den sozialen, ökonomischen und politischen Folgen für die aufnehmenden Gesellschaften.

Veranstalter: Dr. Jonas Wiedner, Prof. Dr. Ruud Koopmans (beide WZB); Informationen bei Dr. Jonas Wiedner, E-Mail: jonas.wiedner@wzb.eu

Kohli-Preis erstmals am WZB verliehen

Wege zu einer inklusiveren Gesellschaft zu finden – das treibt die Forschung der kanadischen Kultursoziologin Michèle Lamont von der Harvard University an. Mitte November wurde ihr der hochdotierte Kohli Prize for Sociology vom Stifter Martin Kohli persönlich in einer feierlichen Zeremonie am WZB verliehen. Auch der European Social Survey (ESS), der sozialwissenschaftliche Daten europaweit zugänglich macht, wurde von der Kohli Foundation geehrt.

Michèle Lamont forscht zu Anerkennung und wie diese, wenn man sie als kulturellen Prozess untersucht, sozialer Ungleichheit und der Ausgrenzung verschiedener Gruppen entgegenwirken kann. Durch vergleichende qualitative Forschung versucht sie zu verstehen, wie unterschiedliche kulturelle Kontexte die Erfahrungen des Einzelnen mit Anerkennung und Sichtbarkeit prägen. In ihrer Preisrede erläuterte sie, wie sich Ausgrenzung von Gruppen über die Zeit verändert; beispielsweise inwiefern Menschen mit HIV/AIDS heutzutage weniger stigmatisiert werden. Wie Anerkennung die Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verändern kann, möchte sie in ihrem kommenden Buch erforschen.

Mit dem Infrastructure Prize for Sociology wurde außerdem Rory Fitzgerald geehrt, stellvertretend für den European Social Survey



Michèle Lamont mit Stifter Martin Kohli

(ESS). Der ESS liefert frei zugänglich Daten zu Einstellungen, Überzeugungen und Verhalten in der Bevölkerung, europaweit. Seit Herbst 2024 ist außerdem Alexander D. Hoppe Kohli-Fellow am WZB: Sein Postdoc-Projekt in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion beschäftigt sich mit den Arbeitsprozessen in der Modebranche.

Der Kohli Prize for Sociology wird in Kooperation mit der Kohli Foundation künftig alle zwei Jahre am WZB verliehen. ●



Rory Fitzgerald vom European Social Survey (ESS)



WZB-Präsidentin Nicola Fuchs-Schündeln eröffnete die Preisverleihung. Alle Fotos: © Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Regulierungen helfen nur teilweise

Jelena Cupać, Mitja Sienknecht

Künstliche Intelligenz (KI) bietet nicht nur faszinierende neue Möglichkeiten, sie hat auch eine negative und demokratiegefährdende Seite. Dazu gehören Desinformationskampagnen und Wahlmanipulation. Die Europäische Union hat weitreichende Regulierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht, wie die Datenschutz-Grundverordnung und den Digital Services Act. Die Autorinnen untersuchten systematisch, wie solche Maßnahmen wirken. Auf vier Hauptinstrumente stützt sich die EU beim Schutz der Demokratie vor dem schädlichen Einsatz von KI: Verbot, Transparenz, Risikomanagement und digitale Bildung. Die KI bleibt aber eine Herausforderung für demokratische Systeme, die mit bestehenden Regulierungsmaßnahmen nur zum Teil bewältigt werden kann.

Jelena Cupać/Mitja Sienknecht: „Regulate Against the Machine: How the EU Mitigates AI Harm to Democracy“. In: *Democratization*, 2024, Jg. 31, H. 5, S. 1067–1090. DOI: 10.1080/13510347.2024.2353706.

Der politische Islam in Europa

Eylem Kanol

Europas Staaten stehen vor der Herausforderung, muslimische Gemeinschaften sozial und politisch zu integrieren. Und das in einer Zeit, in der der politische Islam in der muslimischen Welt an Bedeutung gewinnt – also eine Herrschaftsideologie, die sich zwar vom gewaltbereiten dschihadistischen Islamismus abgrenzt, aber ebenfalls Staat und Politik an islamischen Werten ausrichten will. Nur wenige Studien haben bisher untersucht, wie Muslim*innen in der Diaspora zum politischen Islam stehen. Ey-

lem Kanols repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2021 unter 1.300 in Deutschland lebenden Muslimen zeigt, dass die Neigung zum politischen Islam häufig mit einer starken Identifikation mit dem Herkunftsland einhergeht. Autoritäre Einstellungen sind ebenfalls entscheidend: Personen mit starker ethnischer Identität und autoritären Ansichten unterstützen eher den politischen Islam.

Eylem Kanol: „Von Herkunft zu Überzeugung: Deutschlands Muslime im Spannungsfeld von Nationalismus und Politischem Islam“. In: ZRGP Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 2024. DOI: 10.1007/s41682-024-00174-7.

Streik oder Protest?

Gesine Höltmann, Endre Borbáth, Swen Hutter

Je schwächer Gewerkschaftsbewegungen institutionalisiert sind, desto eher konzentrieren sie sich auf Protest abseits des betrieblichen Streiks. Das zeigt eine Studie von Gesine Höltmann, Endre Borbáth und Swen Hutter vom Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Ihre Auswertung der Jahre 2000 bis 2021 in 27 europäischen Ländern zeigt, dass Gewerkschaften nach wie vor wichtige Akteure in der Protestarena sind – Protestaktionen im öffentlichen Raum jenseits des klassischen Streiks kommen dabei insgesamt häufiger vor. Die Wissenschaftler*innen interpretieren diese Entwicklung als Mittel innerhalb einer hyperglobalisierten Wirtschaft, um schwindende institutionelle Macht zu kompensieren. Gleichzeitig könnte der außerbetriebliche Protest aber auch als Instrument gewerkschaftlicher Wiederbelebung gelesen werden.

Gesine Höltmann/Endre Borbáth/Swen Hutter: „Varieties of Trade Union Protest“. In: *Socio-Economic Review*, 2024. DOI: 10.1093/ser/mwae056.

Kinderwunsch und Wirklichkeit

Hannah Zagel

Wann und wie bekommen Menschen Kinder? Die Frage ist nicht so privat, wie es zunächst scheint. Diskussionen um das Recht auf Abtreibung, um den Zugang zu Fortpflanzungsmedizin und um Sexualerziehung zeigen, wie hochpolitisch das Feld der Reproduktion ist. Der Sammelband bietet einen Überblick über institutionelle Bedingungen und ideologische Auseinandersetzungen und vergleicht dabei Länder und Politikbereiche. Die dahinterstehende Frage ist: Wie würde eine Gesellschaft aussehen, die reproduktive Autonomie gewährt?

Hannah Zagel (Hg.): *Reproduction Policy in the Twenty-First Century. A Comparative Analysis.*. Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar Publishing 2024. DOI: 10.4337/9781035324163.

Geld spielt eine Rolle

Corinna Frodermann, Lena Hipp,
Mareike Büning

Obwohl die Zahl berufstätiger Mütter und damit der Paare, in denen beide arbeiten, gestiegen ist, bleibt der Übergang zur Elternschaft ein kritischer Moment, in dem viele Paare an traditionellen Rollen festhalten. Wie es um die Einstellungen zur Berufstätigkeit von Müttern in Deutschland steht, haben die Autorinnen basierend auf einer groß angelegten Erhebung in Deutschland ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass hauptsächlich wirtschaftliche Gründe maßgeblich dafür sind, ob man sich für oder gegen, bzw. für eine geringere Erwerbstätigkeit von Müttern ausspricht. Negative Meinungen über die Berufstätigkeit von Müttern gehen also nicht unbedingt aus dem Glauben an traditionelle Geschlechterrollen hervor, sondern sind eher an konkrete Umstände wie die Qualität der verfügbaren Kinderbetreuung gekoppelt.

Corinna Frodermann/Lena Hipp/Mareike Büning: „Money Matters! Evidence From a Survey Experiment on Attitudes Toward Maternal Employment Across Contexts in Germany“. In: *Gender & Society*, 2024, Jg. 38, H. 3, S. 436–465. DOI: 10.1177/08912432241252601.

Sozial gerechte Mobilität

Tobias Kuttler

Schichten von 14 bis 17 Stunden sind keine Seltenheit unter Taxifahrern im indischen Mumbai. Digitale Plattformen wie Uber haben die Vermittlung der Fahrdienste übernommen, sie ersetzen zunehmend die traditionellen schwarz-gelben Taxis oder die Fahrrad-Rikschas. In einer Feldstudie hat Tobias Kuttler ausführliche Interviews mit Fahrern, Nutzer*innen, Stadtplaner*innen und Plattformtreibern geführt. Er berichtet von schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, Kontrolle und Ausbeutung. Dieses Bild steht in deutlichem Kontrast zum von Plattformen und Metropolen verbreiteten Narrativ, nach dem im digital vermittelten Individualverkehr die Lösung zahlreicher wirtschaftlicher und ökologischer Probleme liegt. Der Artikel fragt, wie die neuen Formen von Mobilität Arbeiter*innen mehr Möglichkeiten zu Gestaltung und Mitsprache bieten können.

Tobias Kuttler: „Urban Mobilities in Mumbai: Towards Worker-centric Platformisation beyond ‚Urban Solutionism‘“. In: *Urban Studies*, 2024. DOI: 10.1177/00420980241264645.



Schwierige Arbeitsbedingungen. Fahrer einer Autorikscha in Mumbai.
Foto: © picture alliance/NurPhoto/Himanshu Bhatt, alle Rechte vorbehalten.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Konferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Sprechende Zahlen

Wie lange wird dieser Befund noch gelten? Die deutsche Teilung ist Geschichte, aber in den sozialen Verhältnissen sind immer noch Unterschiede zu finden. 35 Jahre nach dem Mauerfall ist der 18. Datenreport erschienen, erstmals unter dem Namen „Sozialbericht“. Die Bundeszentrale für politische Bildung verantwortet das Kompendium zusammen mit dem Statistischen Bundesamt, dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, dem Sozio-ökonomischen Panel und dem WZB. Leser*innen werden nicht mit den statistischen Daten alleingelassen, sondern außerdem mit fundierten sozialwissenschaftlichen Analysen versorgt. Von Armutsrisko (hoch, im Osten höher) bis Zuwanderung (notwendig) – die 442 Seiten finden Sie online unter www.sozialbericht.de.

Amerika – Kater I

Haben die Republikaner trotz oder wegen ihres Kandidaten gewonnen? Das ist eine der Fragen, die sich der Politikwissenschaftler Johannes Gerschewski nach dem Wahlsieg von Donald Trump stellt. Der Demokratieforscher hatte beste Gelegenheiten, dem amerikanischen Wahlvolk auf den Zahn zu fühlen: Er ist – zusammen mit seiner WZB-Kollegin Pola Lehmann – von September bis Dezember als Fellow des Thomas Mann House in Los Angeles. In einem Essay für ZEIT ONLINE („Die Beklemmung bleibt“) lässt er sich beim Verarbeiten des Wahlergebnisses quasi zuschauen, denn den ersten Teil schrieb er vor, den zweiten nach dem 5. November. Kamala Harris, so seine Analyse, wäre mit Trumps Verhalten nicht durchgekommen: „Es scheint, die beiden Kandidaten haben nicht die gleiche Prüfung geschrieben; die doppelten Standards sind nicht wegzudiskutieren und sagen viel aus über Misogynie und Rassismus im Land.“ Interessant sind auch die Online-Kommentare unter Gerschewskis Beitrag: Es überwiegen jene, die dem

Autor „Hochnäsigkeit“, „Pseudodemokratie“ und „Trump-Bashing“ vorwerfen.

Amerika – Kater II

„Warum konnte ein antidemokratischer Kandidat zur Option für Wähler*innen in den USA werden?“, fragte Daniel Ziblatt zu Beginn unseres Podiumsgesprächs „Amerika hat gewählt – und nun?“. Er beschrieb eine populistische Koalition in den USA, in der alle Bereiche nach rechts rückten. Wer das Gespräch von ZEIT-Journalistin Anna Sauerbrey mit WZB-Präsidentin und Ökonomin Nicola Fuchs-Schündeln und den beiden WZB-Politikwissenschaftlern Daniel Ziblatt und Michael Zürn am 20. November, also genau zwei Wochen nach den US-Wahlen verfolgte, nahm eine gehörige Portion schlechter Nachrichten mit. Innen- und Außenpolitik, Zölle, eine neue Weltordnung, Sicherheitspolitik, fehlende Unterstützung für den Globalen Süden, Klimapolitik – das vielfältige Bild aus der Perspektive der drei Sozialwissenschaftler*innen zeigt nicht nur eine Krise in den USA mit innen- und außenpolitischen Auswirkungen, sondern eine Krise der liberalen Demokratien. Ausgelöst durch eine sukzessive Abschaffung der „Vernunftproduktion“, eine Zerstörung der liberalen Öffentlichkeit, wie es Michael Zürn nennt. Kleine Hoffnungs-schimmer gibt es: Widerstand aus der Zivilgesellschaft, mögliche Korrekturen der Trumpschen Politik durch Märkte und Wirtschaft, der US-Föderalismus. Aber: Es werden unruhige Zeiten.

Vorlese

Dazu passt unser kommendes Heft. Im März heißt der Schwerpunkt der WZB-Mitteilungen „Veränderung“. Deutschland wird gewählt haben, Trump wird regieren. Veränderung macht Angst, aber in dem Begriff steckt auch das ganze Potenzial menschlicher Kreativität, Gestaltungskraft und Streitlust.

Mit 26 Jahren, da fängt das Leben an

Nein, nicht am alten Hit von Udo Jürgens hat sich Andreas Knie orientiert, sondern an der empirischen Feststellung, dass ab Mitte 20 die Vernunft die Oberhand gewinnt gegenüber dem Rausch der Geschwindigkeit. Die Rede ist vom jüngsten Vorschlag des Mobilitätsforschers: Männer sollten erst mit 26 einen Führerschein erhalten können, fordert Knie. Er weiß selbst, dass diese Maßnahme nicht umsetzbar ist. Dem medienfahrenden Wissenschaftler geht es um etwas Anderes. Er wollte das Problem der illegalen Autorennen, die jährlich zahlreiche Todesopfer fordern, ins Gespräch und ins Bewusstsein bringen. Das ist ihm gelungen: Kaum ein Medium, das nicht über den unkonventionellen Vorschlag berichtet hätte.

Ein Preis – zwei Forschende

Geteiltes Leid ist halbes Leid. Ein geteilter Preis aber macht doppelt glücklich – das spiegeln die Gesichter von WZB-Forscherin Lena Hipp und Fischereiwissenschaftler Robert Arlinghaus auf den Fotos der Preisverleihung. Die beiden Forschenden teilen sich in diesem Jahr die Auszeichnung „Forschung in Verantwortung“ des Stifterverbands. Unterschiedlicher könnten ihre Themen nicht sein: Robert Arlinghaus entwickelt Grundlagen für eine nachhaltige Angelgerechtigkeit, insbesondere in Binnen- und Küstengewässern. Lena Hipp hat am WZB innovative Forschungsmethoden entwickelt, um zu zeigen, wie kulturelle Einstellungen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern prägen, selbst dann, wenn traditionelle Strukturen längst aufgebrochen sind. Wir freuen uns mit ihr. Wie jubelte die frühere WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger auf der Plattform LinkedIn: Hipp Hipp Hurra!

Ein Forscher – zwei Preise

Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ging in diesem Jahr an drei US-Forscher, die einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis des unterschiedlichen Wohlstands unterschiedlicher Länder geleistet haben. Einer der drei ist im WZB wohlbekannt: Daron Acemoglu vom Massachusetts Institute of Technology. Wir waren nämlich früher dran – im November 2023 erhielt Acemoglu im WZB den A.SK Social Science Award. Ob sich da ein Muster abzeichnet? Immerhin hat mit Esther Duflo schon einmal eine A.SK-Preisträgerin (2015) später den Nobelpreis gewonnen (2019). Lassen Sie es uns weiter probieren: Bis Februar 2025 können Nominierungen für den A SK Award 2025 eingereicht werden.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 186, Dezember 2024

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Nicola Fuchs-Schündeln Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 49 16 84
Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich.

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth,
Kaja Kröger



Korrektorat

Kathrin Kliss

Redaktionsassistenz

Lisa Heinig

Übersetzung

Gabriele Kammerer (S. 14-18, 32-39)



Bildredaktion

Gesine Born, www.bilderinstitut.de

Auflage

8.100

Foto S. 3: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter:
<https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.



Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repository EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen.

Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung:

(CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.

Zu guter Letzt:

Nicht rekord-verdächtig In Sachen Inklusion liegt Deutschland weit hinten

Steffen Huck

Was haben beim Umgang mit Behinderungen die USA, Kanada, Japan, Südkorea, Norwegen, die Schweiz, Frankreich und Deutschland gemein? Und was Brasilien, China, Iran, Tunesien und die Ukraine – aber auch Großbritannien?

Ich wünschte, ich könnte Sie jetzt spekulieren hören. Sieht man einmal von Großbritannien als einer Art Ausreißer ab, geht es womöglich um „reicher versus ärmer“. Oder vielleicht um das westliche liberale Skript, jene Normen und Regeln des Zusammenlebens also, deren Anfechtungen in einem Forschungsverbund studiert werden, dem auch das WZB angehört, im Exzellenzcluster SCRIPTS? Auf der anderen Seite stünden dann Staaten mit weniger gefestigter Demokratie. Sicher fallen Ihnen noch andre Sortierungen ein.

Sei es wie es sei, hier ist die konkretisierte Frage: In welcher der beiden Ländergruppen hat man es als Sportler mit Behinderung leichter, gefördert zu werden?

Klar, werden Sie jetzt denken, das muss eine Fangfrage sein.

Aber hätten Sie es gedacht?

Ich muss gestehen, dass ich selbst einigermaßen schockiert war, als ich mir die Daten angesehen habe.

Welche Daten? – Daten von den Olympischen und Paralympischen Spielen in London 2012, in Rio 2016, in Tokio 2021 (2020) und in Paris 2024.

Die Gruppe um China umfasst Länder, die über den gesamten Zeitraum in den jeweiligen Medaillenspiegeln bei den Paralympischen Spielen mindestens so gut (und meistens besser) abgeschnitten haben wie bei den Olympischen Spielen. Für die Gruppe, in der sich Deutschland befindet, gilt, dass jedes einzelne Land in jeder einzelnen Disziplin bei den Paralympischen Spielen schlechter abgeschnitten hat als bei den Olympischen.

Die analytische Schönheit und empirische Brutalität an diesem Vergleich liegt darin, dass er unabhängig davon gilt, wie hoch das Pro-Kopf-Einkommen und die allgemeine Sportbegeisterung in den verschiedenen Ländern sind. Er sagt also etwas aus über gelebte Werte in diesen Ländern: darüber, wie wichtig ihnen Inklusion ist, und zwar nicht nur in der Rhetorik, sondern in gelebter Praxis.

Im Februar 1998 zog ich von Berlin nach London. Ich erinnere mich an die schrecklich schlechte Luft, als ich aus der U-Bahn-Station Highbury & Islington über Tage trat. Und ich erinnere mich auch an die vielen Obdachlosen, die vor ihr lungerten und mir in den nächsten Monaten täglich an jeder Ecke begegneten. Angelsächsischer Kapitalismus, dachte ich – das verstand ich.

Aber dann gab es auch etwas, das ich anfänglich nicht verstand, weil es mir so neu war. Warum waren da überall diese Böppel an den Kreuzungen und Gehwegüberquerungen?

Ein wenig später ging es mir freilich auf. Es handelte sich um taktiles Pflaster. Schon mal gehört, schon mal gesehen? Taktiles Pflaster ist ein zentraler Baustein für Barrierefreiheit im öffentlichen Leben. Wie die abgeflachten Bordsteine, die es überall gab und deren Sinn sich mir leichter erschloss.

26 Jahre später zurück in Deutschland. Wo, selbst in den Metropolen, sind die Bordsteine abgeflacht? Und wo sind die Böppel?



Steffen Huck ist Direktor der Abteilung Ökonomik des Wandels am WZB und Professor für Ökonomie am University College London.
steffen.huck@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Es ist eine Schande, der die Scham folgt. Zumal wenn Politikerinnen und Politikern der meisten Farben das Wort Inklusion so leicht über die Lippen geht.

Und wo sind die Schwerbehinderten am WZB?
Es gebe nicht genug qualifizierte Bewerber*in-

nen, hieß es, als ich mal nachfragte. Leider habe ich keine Zweifel daran, dass das stimmt. Denn das Problem fängt früher an, in den Schulen. Behindertenwerkstatt oder Inklusion? Mein WZB-Kollege Michael Wräse weist seit langer Zeit darauf hin, wie unzureichend die eigentlich rechtlich verbindliche UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland umgesetzt wird. (Denjenigen, die einen leichteren Einstieg in dieses Thema suchen, sei hier eine Komödie aus der ARD-Mediathek empfohlen, „Toni, männlich, Hebamme: Eine Klasse für sich“. Aber Trigger-Warnung: Es ist zum Heulen.)

Sport von klein auf am besten auch nur für die Fittesten. Mit denen, die nicht so können, auf der Ersatzbank ...

Das ist der Pfad, auf dem wir uns befinden.

Die Spiele halten uns einen Spiegel vor.

PS: Die Paralympischen Spiele 2012 in London waren die ersten und einzigen, die komplett ausverkauft waren.



Wer kickt denn da? Keine Geringere als Josephine Baker (1906–1975) – Sängerin, Tänzerin, amerikanische Bürgerrechtsaktivistin und französische Résistance-Kämpferin. In Berlin feierte die Künstlerin in den 1920er-Jahren rauschende Erfolge, in den 1930er-Jahren durfte sie hier nicht mehr auftreten. Auf dem Foto von 1966 spielt Baker Rugby mit ihren zehn Adoptivkindern aus aller Welt („Regenbogenfamilie“ nannte sie das selbst). Mal sehen, wie die Grünfläche belebt werden wird, die sich zwischen der Neuen Nationalgalerie und dem WZB erstreckt. Josephine Baker Garten heißt der Streifen seit dem letzten Herbst. Auch nach dem Ende einer Ausstellung über sie soll die Erinnerung an die künstlerisch wie politisch herausragende Frau einen dauerhaften Ort haben – in direkter Nachbarschaft zu unserem Grundstück am Reichpietschufer.

Das kommt:
„Ver-
änderung“
1|25



Foto oben: © picture alliance/akg-images/Hugues Vassal,
Foto links unten: © WZB, alle Rechte vorbehalten.